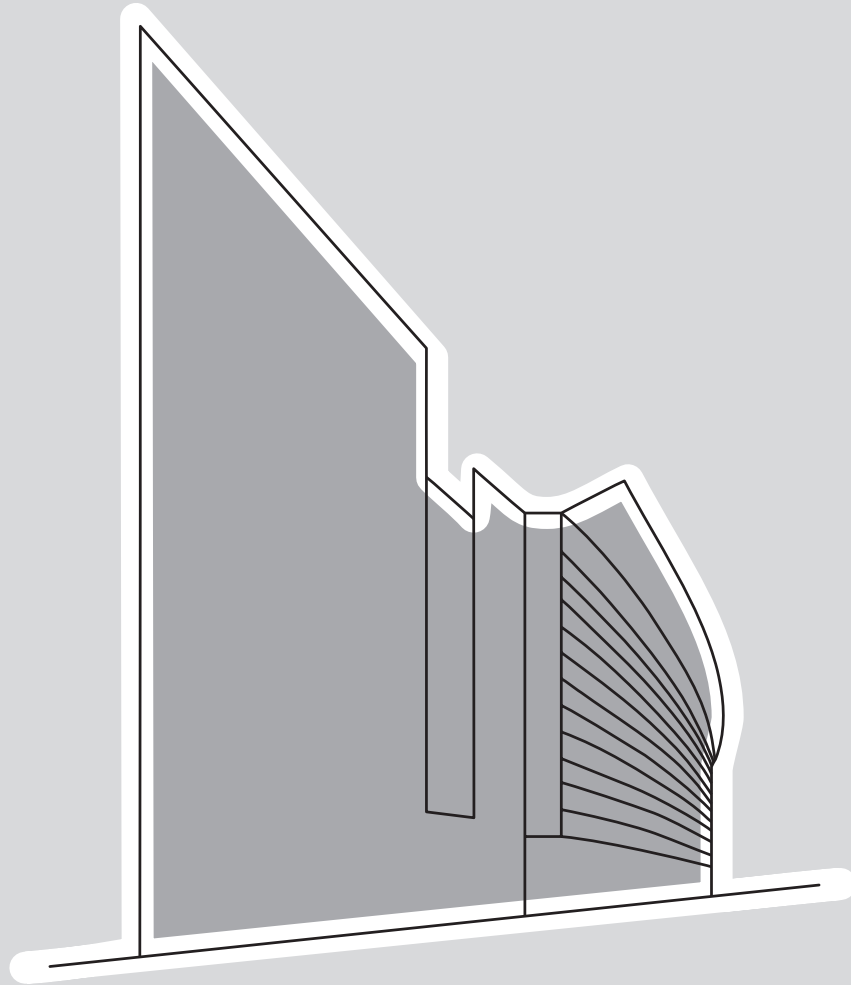


Geschäftsbericht 2011



Geschäftsbericht 2011

Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG
Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG

Inhalt

Gemeinsamer Lagebericht	4
Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG	9
Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG	71
Beiräte, Bezirksdirektionen Gruppe öffentlicher Versicherer	109

Gemeinsamer Lagebericht

Gesamtwirtschaftliche Situation

Das Geschäftsjahr 2011 war von der bislang schwersten Krise der Euro-Währung geprägt. Trotzdem wurde der konjunkturelle Aufholprozess der deutschen Wirtschaft auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise weiter fortgesetzt: das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg in 2011 um +3,0 % an.

Der deutsche Arbeitsmarkt profitierte vom konjunkturellen Aufschwung. Die Erwerbstätigkeit und darunter vor allem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erhöhten sich im Jahresdurchschnitt 2011 kräftig, die Arbeitslosigkeit sank deutlich. Mit 7,1 % erreichte die Arbeitslosenquote einen historischen Tiefstand. Auch in Sachsen waren 2011 mit einer Quote von 9,4 % deutlich weniger Menschen ohne Arbeit, als noch im Jahr zuvor.

Die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt spiegelte sich in den privaten Konsumausgaben wider. Diese stiegen im Berichtsjahr preisbereinigt mit +1,5 % so stark an wie zuletzt vor fünf Jahren. Damit erwiesen sich die privaten Haushalte als Stütze für die deutsche Wirtschaft. Die stärkste Zunahme für Konsumausgaben bezog sich auf die Felder Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Die Verbraucherpreise in Deutschland stiegen im Jahresdurchschnitt um 2,3 % gegenüber dem Vorjahr. Eine höhere Jahresteuern gab es seit 1995 nur im Jahr 2008. Ursächlich dafür waren neben Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Flugtickets, vor allem erhöhte Energiekosten.

Nachdem das Erwerbs- und Vermögenseinkommen in 2010 mit +5,1 % einen Rekordzuwachs verzeichnete, konnte auch im Berichtsjahr 2011 wieder ein Anstieg erreicht werden. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm um 3,3 % zu.

Der Staatssektor wies in 2011 eine Defizitquote von 1,0 % des BIP aus. Durch die im Aufschwung kräftig steigenden Steuereinnahmen, konnte die im Maastricht-Vertrag festgesetzte Schuldengrenze von 3,0 % wieder eingehalten werden.

Geld- und Kapitalmärkte

Das Jahr 2011 war geprägt von der Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone. Die hohe Staatsverschuldung sowie die sich fortsetzende Sorge über die Stabilität und Bonität einiger europäischer Staaten stellten und stellen Europa vor gewal-

tige Herausforderungen. Flächendeckende Bonitätsabstufungen durch die großen Ratingagenturen wirkten in 2011 verstärkend, da die institutionellen Anleger ihre oft schon mit Verlusten belegten Bestände an Staatsanleihen im Berichtsjahr nicht weiter ausbauen wollten bzw. konnten. Die Refinanzierung gestaltete sich für einige Euroländer damit zunehmend schwieriger und deutlich teurer. Andererseits flüchteten die institutionellen Anleger in vermeintlich risikoarme Staatsanleihen, die eine entsprechend geringe Verzinsung aufwiesen.

Obwohl der Wechselkurs zum Dollar mit 1,33 US-Dollar zu Beginn des Jahres und 1,30 US-Dollar zum Jahresende keinen großen Schwankungen unterlag, war das Geschäftsjahr 2011 das bisher schlimmste Krisenjahr für die europäische Gemeinschaftswährung.

Erstmals seit 2009 erhöhte die Europäische Zentralbank (EZB) im April und Juli 2011 den Leitzins auf 1,5 %, um diesen im November und Dezember in wiederum zwei Schritten auf 1 % zu senken. Mit dieser straffen Geldpolitik soll die Inflation unter Kontrolle gehalten werden.

Trotz glänzender Geschäfte in der Industrie und dem Einzelhandel schickten die Schuldenkrisen in Europa und Amerika die Aktienmärkte auf Achterbahnfahrt. Im September 2011 erreichte der DAX mit 4.966 Punkten sein Jahrestief.

Situation der deutschen Versicherer

Die starke konjunkturelle Erholungsphase nach der Wirtschaftskrise in 2008 wurde zunächst noch bis ins Jahr 2011 fortgeführt. Unruhen auf den Finanzmärkten und dem dadurch wachsenden Misstrauen der Bürger bremsen diese Aufschwungphase zum Ende des Berichtsjahres allerdings stark aus. Dennoch erwies sich das Geschäftsmodell der Versicherung auch in der Staatsschuldenkrise als robust. Mit dem Prinzip der langfristigen Kapitalanlage wirkte sie auf die zuletzt stark volatilen Finanzmärkte stabilisierend.

Der leichte Rückgang des Beitragsaufkommens in der Versicherungswirtschaft für das Jahr 2011 ist nicht auf diese wirtschaftliche Situation zurückzuführen. Die um 0,4 % geringeren Beitragseinnahmen basieren auf dem zuvor außergewöhnlich dynamischen Einmalbeitragsgeschäft in der Lebensversicherung. Betrachtet man nur die laufenden Beitragseinnahmen – also ohne das Einmalbeitragsgeschäft in der Lebensversicherung – war dagegen ein Plus von 2,4 % und damit in dieser Abgrenzung der höchste Zuwachs seit 2005 zu verzeichnen.

Durch Veränderungen politischer und regulatorischer Rahmenbedingungen, die Ausdifferenzierung der Kundengruppen sowie den demographischen Wandel gerät der deutsche Versicherungsmarkt stark in Bewegung. Dadurch werden die deutschen Versicherer auch zukünftig vor neue Aufgaben gestellt.

Situation der deutschen Lebensversicherer

Nach dem starken Einmalbeitragsgeschäft in den Vorjahren zeichnete sich 2011 eine Normalisierung in der Lebensversicherung ab. Das Einmalbeitragsgeschäft ebnete in 2011 – wie erwartet – ab, wobei das Neugeschäft gegen laufenden Beitrag nach zwei rückläufigen Jahren um 8,1 % anstieg. Insgesamt haben die Lebensversicherer einen Rückgang der Beitragseinnahmen um 4,8 % zu verzeichnen.

Positiv entwickelte sich in 2011 auch die Stornoquote, die zwischenzeitlich bei 3,5 % liegt. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass die Versicherten den Versicherungsunternehmen auch weiterhin ihr Vertrauen schenken und an ihren Altersvorsorgeverträgen festhalten.

Schaden- und Unfallversicherung

Die Schaden- und Unfallversicherer können mit 2011 auf das erfolgreichste Jahr seit 2003 zurückblicken. Bei den Beitragseinnahmen wurde ein Plus von rd. 2,7 % erzielt. Damit baute die Branche den Aufwärtstrend des Vorjahres spürbar aus.

In allen Versicherungszweigen verzeichneten die Schaden- und Unfallversicherer 2011 ein Plus in der Beitragsentwicklung, wobei die positive Entwicklung in der Kraftfahrtversicherung entscheidend für das insgesamt gute Ergebnis war.

Nach einem positiven Schadenjahr 2011 in Deutschland wuchs der versicherungstechnische Gewinn der Schaden- und Unfallversicherer erstmals seit zwei Jahren wieder an. Die Schaden-Kosten-Quote verbesserte sich um ca. 1 %-Punkt auf 97 %.

Sparkassen-Versicherung Sachsen

Der Sparkassen-Versicherung Sachsen ist es gelungen, die sehr gute vertriebliche Entwicklung aus 2010 im Geschäftsjahr 2011 weiter fortzusetzen.

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG weist Beitragseinnahmen in Höhe von 412,9 Mio. EUR aus. Der Rückgang bei den gebuchten Beiträgen insgesamt ist auf das starke Einmalbeitragsgeschäft in 2010 zurückzuführen.

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen bietet ihren Kunden unverändert leistungsstarke Produkte an. Durch diese erfolgreiche Produktentwicklung im Bereich der Lebensversicherung erzielte die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG trotz des rückläufigen Einmalbeitragsgeschäfts einen weiteren Zuwachs an Neuverträgen. Vor dem Hintergrund der enormen Vertragsablaufpotenziale in diesem und folgenden Jahren kommt das in 2010 entwickelte Modell zur erfolgreichen Ablaufberatung zur Anwendung.

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG erzielte im Berichtsjahr Beitragseinnahmen für das selbst abgeschlossene Geschäft in Höhe von 114,8 Mio. EUR. Damit verbunden war ein deutlicher Anstieg der Anzahl der Verträge, wobei sich die Zuwächse sowohl auf das private als auch gewerbliche Geschäft beziehen. Im Privatkunden-Geschäft wurde mit der Existenzversicherung ein neues, beitragsstarkes Produkt erfolgreich eingeführt. Im gewerblichen Bereich ist der Anstieg der gebuchten Beiträge zu einem großen Teil auf die stark forcierten Sanierungsmaßnahmen und einem daraus resultierenden steigenden Beitragsniveau zurückzuführen.

Die gebuchten Beiträge insgesamt – also unter Einbezug des übernommenen Geschäfts – sind deutlich rückläufig. Dies ist ausschließlich auf die Aufhebung eines Rückversicherungsvertrages mit der SV Sparkassenversicherung zurückzuführen.

Nach einem insbesondere im Elementarschadenbereich von Großschadenereignissen geprägtem Jahr 2010 kann die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG auf ein erfreuliches Schadenjahr 2011 zurückblicken.

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen erarbeitete im Berichtsjahr 2011 gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen und anderen im Geschäftsgebiet tätigen Versicherungs-

Gemeinsamer Lagebericht

unternehmen eine gemeinschaftliche Kampagne zur Sensibilisierung der sächsischen Bevölkerung für die Absicherung von Wohn- und Geschäftseigentum gegen Elementarschadenrisiken. Die Kampagne selbst wird 2012 starten.

In 2011 ist die Sparkassen-Versicherung Sachsen mit dem KUBUS-Kundenzufriedenheitsprädiat „Hervorragend“ ausgezeichnet worden. Dieses bestmögliche Gütesiegel bezieht sich auf die Betreuungsqualität sowie die Schadenabwicklung insgesamt. Das Unternehmen hat sich darüber hinaus an einem vom Verband der öffentlichen Versicherer initiierten Projekt zum Qualitätsmanagement intensiv eingebracht und zwei Agenturen bei der Erlangung des Agenturzertifikats nach DIN EN ISO 9001 begleitet. Auch im neuen Geschäftsjahr gibt die Sparkassen-Versicherung Sachsen ihren Agenturen umfangreiche Unterstützung hinsichtlich der weiteren Verbesserung der Beratungs- und Betreuungsqualität sowie der Erlangung des DQS-Gütesiegels zum geprüften Qualitätsmanagement.

Während die Sparkassen-Versicherung Sachsen insgesamt ihren Wachstumspfad im Berichtsjahr unverändert fortsetzte, hinterlässt die Kapitalmarktentwicklung bei beiden operativen Gesellschaften ergebnisrelevante Spuren. Beide Gesellschaften halten unter anderem Staatsanleihen im Bestand, die im Ausfluss der Staatsschuldenkrise zu einer Schmälerung der Kapitalanlageerträge führen. Darüber hinaus beeinflusst das anhaltende Niedrigzinsniveau die Neuanlage der Liquiditätsüberschüsse.

2011 sind innerhalb des Unternehmens zahlreiche Projekte fortgesetzt oder gestartet worden, die positiv auf die Ertragskraft, die Nachhaltigkeit und Sicherheit des Unternehmens wirken sollen.

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen verbindet ihre Kompetenz im Versicherungsgeschäft auch mit der Verantwortung für die Gemeinschaft. Durch ein breites gesellschaftliches Engagement in Kunst und Kultur, Sport und Sozialem stärken und fördern wir die Lebensqualität in Sachsen.

Zusammenarbeit mit Verbundpartnern

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen ist ein Tochterunternehmen der zwölf sächsischen Sparkassen und eine feste Säule in der Sparkassen-Finanzgruppe.

Unsere bedeutendsten Vertriebspartner sind die sächsischen Sparkassen. Sie gehören zu den bundesweit stärksten Sparkassen im Versicherungsvertrieb. Der Erfolg der Sparkassen-Versicherung Sachsen wird maßgeblich durch die hervorragenden Vertriebsleistungen der sächsischen Sparkassen getragen. Ihre besonders guten Vermittlungsleistungen im Berichtsjahr 2011 verhelfen der Sparkassen-Versicherung Sachsen zu einem ihrer unter vertrieblichen Gesichtspunkten erfolgreichsten Jahr seit ihrem Bestehen.

Durch die Zusammenarbeit im Verbund mit den Sparkassen können Versicherungs-, Finanz- und Anlageprodukte optimal aufeinander abgestimmt werden.

Wir bedanken uns für die vertriebliche Unterstützung im zurückliegenden Jahr herzlich. In diesem Vertrauensverhältnis sehen wir auch im 20. Jahr unserer Geschichte und darüber hinaus die Grundlage für den Erfolg unseres Unternehmens.

Mitarbeiter

Zum 31.12.2011 waren in der Unternehmensgruppe 882 Mitarbeiter beschäftigt (31.12.2010: 889). Davon entfallen 412 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Innendienst und 421 auf den Außendienst. Damit hat sich die Anzahl der Außendienstmitarbeiterinnen und -mitarbeiter erstmals leicht rückläufig entwickelt.

per 31.12.	2011	2010	2009	2008	2007
Innendienst	412	398	400	406	383
Außendienst	421	437	418	414	410
Auszubildende	49	54	60	80	72
Gesamt	882	889	878	900	865

Ebenfalls zurück gegangen ist die Anzahl der im Unternehmen beschäftigten Auszubildenden und Studenten (Berufsakademie). Hier spiegelt sich der auch für die Sparkassen-Versicherung Sachsen geltende Trend wider, wonach es aufgrund der demografischen Entwicklung immer schwieriger wird, geeignete Auszubildende oder Studenten für die Versicherungswirtschaft zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund sind wir sehr stolz, auch 2011 wieder die beste Auszubildende im Kammerbezirk Dresden sowie die beste Jungfacharbeiterin Sachsens im Ausbildungsberuf Versicherungskauffrau für Versicherungen und Finanzen zu stellen.

Dank des Vorstands

Unverändert steht auch im 19. Jahr des Bestehens der Sparkassen-Versicherung Sachsen das Wohl unserer Kundinnen und Kunden im Mittelpunkt unseres Handelns. Das Vertrauen unserer Kunden ist der Garant für unseren Erfolg und damit Pflicht und Ehre zugleich.

Besonders bedanken möchten wir uns bei den sächsischen Sparkassen, die mit ihren Vermittlungsergebnissen zu einem unserer vertriebsstärksten Jahre beigetragen haben. Wir wissen den respektvollen und wertschätzenden Umgang miteinander sehr zu schätzen.

Weiterhin bedanken wir uns herzlich bei unseren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Außen- und Innendienst, die unser Unternehmen mit Gemeinschaftsinn, Sachverstand und persönlicher Verantwortung vorantreiben. Sie sind die unverzichtbarste Antriebskraft der Sparkassen-Versicherung Sachsen. Unser Dank richtet sich auch an den Betriebsrat und die Interessenvertretung des selbständigen Außendienstes.

Gestärkt durch unseren Erfolg in 2011 nehmen wir die zahlreichen Herausforderungen in 2012 gern an und richten unser Handeln unverändert nach den Kundenbedürfnissen aus.

Prognosebericht

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen konnte sich 2011 gut behaupten und ist für die Herausforderungen der Zukunft gut aufgestellt.

Wir erwarten auch in den kommenden beiden Jahren eine marktüberdurchschnittliche Beitragsentwicklung.

Die S.V. Holding AG rechnet mit einer attraktiven Ausschüttung ihrer Tochtergesellschaften und mit einem normalen Verlauf der übrigen Geschäftstätigkeit.

Inhalt

Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG

Aufsichtsrat	11
Vorstand	11
Lagebericht	12
Versicherungsarten	25
Bewegung des Bestandes	26
Gewinnverwendungsvorschlag	28
Bilanz	30
Gewinn- und Verlustrechnung	34
Anhang	36
Bestätigungsvermerk	51
Bericht des Aufsichtsrats	52
Überschussverteilung	53

Aufsichtsrat	Joachim Hoof	Vorsitzender des Vorstands der Ostsächsischen Sparkasse Dresden, Dresden Vorsitzender
	Ulrich-Bernd Wolff von der Sahl	Vorsitzender des Vorstands der SV Sparkassenversicherung, Stuttgart stv. Vorsitzender
	Yvonne Adam	Vertreterin der Arbeitnehmer, Dresden
	Ayad Jabbour	Vertreter der Arbeitnehmer, Dresden
	Hans Perry	Vorsitzender des Vorstands der Erzgebirgssparkasse, Annaberg-Buchholz
	Jörg Plate	Vertreter der Arbeitnehmer, Dresden
	Reingard Pöhnitzsch	Vorsitzende des Vorstands der Kreissparkasse Döbeln, Döbeln
	Friedrich Schubring-Giese	Vorsitzender des Vorstands der Versicherungskammer Bayern, München,
Dr. Michael Völter	Mitglied des Vorstands der SV Sparkassenversicherung, Stuttgart	
Vorstand	Gerhard Müller	Vorsitzender
	Hans-Jürgen Büdenbender	
	Friedrich Scholl	

Lagebericht

Überblick

Das Unternehmen konnte 2011 das zweitbeste Neugeschäftsergebnis seit Bestehen der Gesellschaft erzielen und damit den erfreulichen Wachstumstrend der Vorjahre fortsetzen. Das Neugeschäft entwickelte sich sowohl bei der Zahl der Verträge, beim laufenden Jahresbeitrag als auch bei der versicherten Summe marktüberdurchschnittlich. Der Versicherungsbestand und die gebuchten laufenden Beiträge nahmen ebenfalls zu.

Bei der Kostenquote konnte das sehr gute Vorjahresniveau gehalten werden. Das Unternehmen zählt seit Jahren zu einem der kostengünstigsten Serviceversicherer.

Beiträge

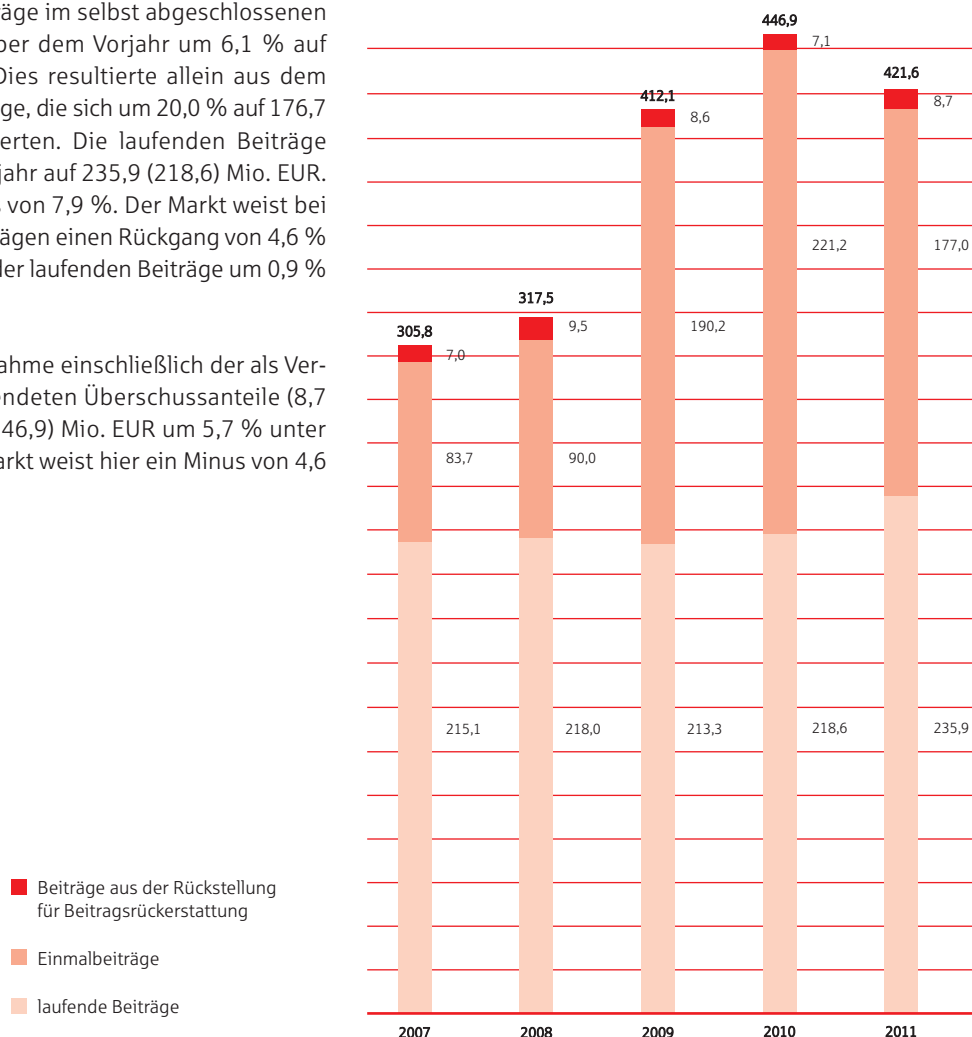
Die gebuchten Bruttobeiträge im selbst abgeschlossenen Geschäft sanken gegenüber dem Vorjahr um 6,1 % auf 412,5 (439,4) Mio. EUR. Dies resultierte allein aus dem Rückgang der Einmalbeiträge, die sich um 20,0 % auf 176,7 (220,8) Mio. EUR verringerten. Die laufenden Beiträge erhöhten sich im Berichtsjahr auf 235,9 (218,6) Mio. EUR. Das entspricht einem Plus von 7,9 %. Der Markt weist bei den gebuchten Bruttobeiträgen einen Rückgang von 4,6 % aus, wobei sich der Anteil der laufenden Beiträge um 0,9 % erhöhte.

Die gesamte Beitragseinnahme einschließlich der als Versicherungsbeiträge verwendeten Überschussanteile (8,7 Mio. EUR) lag mit 421,6 (446,9) Mio. EUR um 5,7 % unter dem Vorjahreswert. Der Markt weist hier ein Minus von 4,6 % aus.

Das seit mehreren Jahren anhaltende niedrige Zinsniveau der Kapitalmärkte setzte sich auch in 2011 fort. Als Resultat der europäischen Staatsschuldenkrise wurden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen, die das Kapitalanlageergebnis im Vergleich zum Vorjahr negativ beeinflussten.

Alle von der Gesellschaft betriebenen Lebensversicherungsarten sind auf Seite 25 aufgeführt.

Beitragseinnahmen in Mio. EUR



Bestand

Am Jahresende bestanden 497 480 (476 060) Lebensversicherungsverträge mit einer Versicherungssumme von 9 586,5 (8 937,6) Mio. EUR und einem laufenden Jahresbeitrag von 241,8 (224,5) Mio. EUR. Die Zuwachsraten betragen bei der Stückzahl 4,5 %, bei der Versicherungssumme 7,3 % und beim laufenden Beitrag 7,7 %. Die Bestandsstruktur zeigt einen Trend hin zu mehr Risikoversicherungen. Der summenmäßige Anteil von Kapital- und Rentenversicherungen am Gesamtbestand belief sich auf 67,2 %.

Der Bestand setzte sich wie folgt zusammen:

	31.12.2011		31.12.2010	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Kapitalbildende Versicherung	1 670,0	17,4	1 638,3	18,3
Risikoversicherung	2 930,7	30,6	2 626,9	29,4
Rentenversicherung	4 772,8	49,8	4 456,2	49,9
Fondsgebundene Lebensversicherung	213,0	2,2	216,2	2,4
	9 586,5	100,0	8 937,6	100,0

Die Stornoquote, d.h. das Verhältnis von Rückkäufen, Umwandlungen in beitragsfreie Versicherungen und sonstigen vorzeitigen Abgängen bezogen auf den mittleren Bestand der laufenden Beiträge, lag wie im Vorjahr bei 6,4 %. Bezogen auf die Versicherungssumme beträgt die Stornoquote 4,9 (5,4) %.

Lagebericht

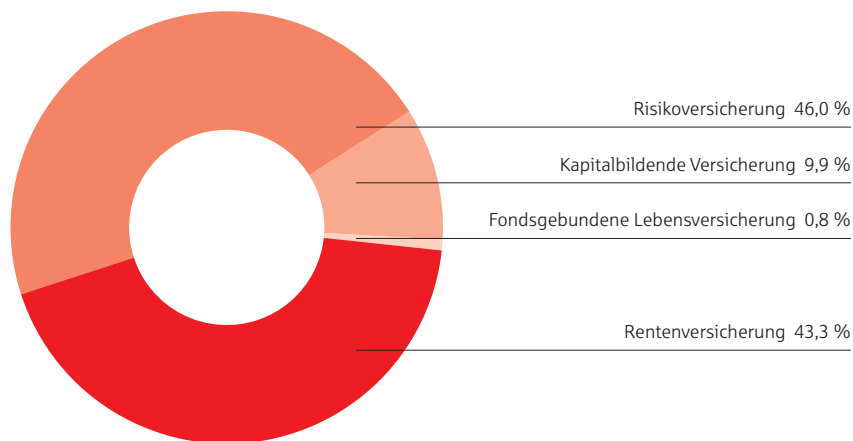
Neugeschäft

Im Berichtszeitraum wurde ein Neuzugang von 77 506 (64 735) Verträgen mit einer Versicherungssumme von 1 643,1 (1 533,4) Mio. EUR, einem laufenden Beitrag von 38,5 (27,4) Mio. EUR und einem Einmalbeitrag von 173,8 (219,5) Mio. EUR erzielt. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr ein Plus bei den Verträgen von 19,7 %, bei der Versicherungssumme von 7,2 % und beim laufenden Beitrag von 40,8 %.

Die Beitragssumme des Neugeschäfts betrug im Geschäftsjahr 893,8 (777,8) Mio. EUR, das entspricht einer Steigerung um 14,9 %.

Der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) weist für den Markt beim Neuzugang eine Veränderung in der Stückzahl von 2,9 %, der versicherten Summe von 7,7 % und beim laufenden Beitrag von 8,2 % gegenüber dem Vorjahr aus.

Struktur des Neugeschäfts (nach Versicherungssumme)



Abgänge

Der Abgang belief sich auf 56 300 (43 749) Verträge mit einer Versicherungssumme von 1 011,7 (869,9) Mio. EUR und einem laufenden Jahresbeitrag von 21,9 (22,8) Mio. EUR. Auf Abläufe entfielen 35 902 (22 360) Verträge mit einer Versicherungssumme von 516,1 (365,3) Mio. EUR und einem laufenden Jahresbeitrag von 5,8 (6,4) Mio. EUR. Durch Todesfälle war ein Abgang von 2 067 (1 755) Verträgen

mit einer Versicherungssumme von 24,1 (20,5) Mio. EUR und einem laufenden Jahresbeitrag von 0,6 (0,5) Mio. EUR zu verzeichnen. Zu vorzeitigem Abgang kam es bei 18 331 (19 634) Verträgen mit einer Versicherungssumme von 471,5 (484,1) Mio. EUR und einem laufenden Jahresbeitrag von 15,5 (15,9) Mio. EUR.

Leistungen

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 417,6 (514,4) Mio. EUR an Leistungen erbracht. Davon entfielen 337,1 (215,0) Mio. EUR auf unmittelbare Auszahlungen an die Versicherten oder Bezugsberechtigten. Im Einzelnen wurden an Ablaufleistungen 247,7 (131,8) Mio. EUR aufgewandt. Auf Todesfälle entfielen 21,4 (18,7) Mio. EUR und auf Rentenzahlungen 21,9 (19,7) Mio. EUR. Für Rückkäufe wurden 46,1 (44,8) Mio. EUR ausgezahlt. Auf Rückstellungen für künftige Leistungsverpflichtungen entfielen 80,5 (299,4) Mio. EUR. Die Deckungsrückstellung ist um 107,3 Mio. EUR auf 2 593,6 (2 486,3) Mio. EUR gestiegen.

Versicherungsleistungen in Mio. EUR



Kosten

Für das gesamte Geschäft entstanden Abschlussaufwendungen in Höhe von 51,0 (44,3) Mio. EUR. Die auf die Beitragssumme des Neugeschäfts bezogene Abschlusskostenquote lag wie im Vorjahr bei 5,7 %.

Die Verwaltungsaufwendungen beliefen sich auf 6,9 (7,5) Mio. EUR. Der Verwaltungskostensatz lag wie im Vorjahr bei 1,7 % der gebuchten Bruttobeiträge.

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Im Berichtsjahr wurde in geringem Umfang in Rückdeckung übernommenes Geschäft gezeichnet. Die gebuchten Bruttobeiträge beliefen sich auf 0,3 Mio. EUR.

Lagebericht

Kapitalanlagebestand

Entwicklung der einzelnen Anlagearten:

	31.12.2011		31.12.2010		Veränderung Mio. EUR
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	0,8	-	0,8	-	-
Beteiligungen	3,3	0,1	8,2	0,3	-4,9
Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	237,4	8,6	238,4	8,9	-1,0
Festverzinsliche Wertpapiere	1 101,0	39,8	1 059,1	39,7	41,9
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	7,3	0,3	7,7	0,3	-0,4
Namenschuldverschreibungen	468,1	16,9	479,8	18,0	-11,7
Schuldscheinforderungen und Darlehen	829,6	30,0	782,4	29,3	47,2
Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	3,0	0,1	3,2	0,1	-0,2
übrige Ausleihungen	20,5	0,7	22,9	0,9	-2,4
Einlagen bei Kreditinstituten	47,5	1,7	13,5	0,5	34,0
Andere Kapitalanlagen	50,0	1,8	50,0	1,9	-
	2 768,5	100,0	2 666,0	100,0	102,5

Der Bestand an Kapitalanlagen ist gegenüber dem Vorjahr um 3,8 % auf 2 768,5 Mio. EUR angewachsen. Der Anstieg setzte sich im Wesentlichen aus Zugängen in Höhe von 395,8 Mio. EUR und Abgängen in Höhe von 263,7 Mio. EUR zusammen. Es erfolgte eine Zuschreibung bei Beteiligungen in Höhe von 18,6 TEUR sowie außerplanmäßige Abschreibungen auf Beteiligungen, auf Investmentanteile sowie andere festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von insgesamt 21,0 Mio. EUR. Im Zuge der Gesetzesänderung des § 341 c HGB wurden Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 8,7 Mio. EUR aufgelöst. Aktien wurden im Berichtsjahr sowohl direkt als auch indirekt in Investmentanteilen nur in sehr geringem Umfang gehalten. Der Beitrag dieser zum Nettoergebnis war somit unwesentlich.

Bruttoneuanlagen

Die Bruttoneuanlagen beliefen sich auf 395,8 Mio. EUR, was einer Neuanlagequote von 14,8 % des Kapitalanlagebestandes entspricht. Der größte Teil der Bruttoneuanlage floss dabei mit 309,9 Mio. EUR in Inhaberschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen sank um 43,6 Mio. EUR auf 85,4 Mio. EUR. Das entspricht einem Minus von 33,8 %. Dadurch ergibt sich eine Verringerung der Nettoverzinsung von 5,1 % im Vorjahr auf 3,1 % im Berichtsjahr. Die Ergebnisse von 2010 und 2011 sind im Zusammenhang mit der Entwicklung der griechischen Staatsanleihen zu betrachten. So wurden in 2010 aufgrund des anzunehmenden Abschreibungsbedarfs auf diese Papiere massiv Reserven in Höhe von 32,4 Mio. EUR gehoben, welche dann in Folge des Rettungsschirms für Griechenland nicht zum Ergebnisausgleich benötigt wurden und zu einer überdurchschnittlichen Nettoverzinsung von 5,1 % führten. In 2011 hingegen war eine Abschreibung dieser Staatsanleihen auf Marktniveau gefordert. Daraufhin sank die Nettoverzinsung auf 3,1 %. Im Durchschnitt gesehen ergibt sich für den Betrachtungszeitraum eine Nettoverzinsung von 4,1 %.

Die laufenden Erträge stiegen im Berichtsjahr leicht um 3,9 Mio. EUR auf 109,5 Mio. EUR. Die Steigerung resultiert aus dem Kapitalanlagezuwachs.

Die laufende Durchschnittsverzinsung – berechnet nach der vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft empfohlenen Methode – sank von 4,1 % im Vorjahr auf 3,9 % im Berichtsjahr.

Eigenmittel

Das wirtschaftliche Eigenkapital beträgt 44,7 (44,0) Mio. EUR. Im Verhältnis zur Deckungsrückstellung beträgt die Eigenkapitalquote wie im Vorjahr 1,8 %.

Die Eigenmittel überstiegen die Solvabilitätsspanne um 42,0 (51,2) % bzw. 48,4 (57,7) Mio. EUR.

Jahresergebnis

Der Jahresüberschuss beträgt 700 TEUR. Nach Zuführung von 35 TEUR in die gesetzliche Rücklage ergibt sich ein Bilanzgewinn von 665 TEUR, über dessen Verwendung die Hauptversammlung beschließt. Der Gewinnverwendungsvorschlag ist auf Seite 28 aufgeführt.

Verbundene Unternehmen

Das Aktienkapital der Gesellschaft hält zu 99,84 % die S.V. Holding AG, Dresden, und zu 0,16 % die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden. Die Gesellschaft ist entsprechend den §§ 15 ff. AktG mit der S.V. Holding AG, Dresden, sowie der Beteiligungsgesellschaft der Sparkassen des Freistaates Sachsen mbH, Berlin, die ihrerseits 51% der Anteile der S.V. Holding AG hält, verbunden. Die restlichen 49 % des Aktienkapitals besitzt die BSÖ Beteiligungsgesellschaft mbH, München. Diese wiederum wird von der Bayern-Versicherung Lebensversicherung Aktiengesellschaft, München, und der SV Sparkassenversicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart, gehalten.

Weiter ist sie mit der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden, deren Aktienkapital sich zu 100 % im Besitz der S.V. Holding AG befindet, nach den §§ 15 ff. AktG verbunden.

Nach den Vorschriften des § 312 AktG erstellte der Vorstand einen Bericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen. Dieser schließt mit der Erklärung: „Die Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung. Dieser

Beurteilung liegen die Umstände zugrunde, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren. Berichtspflichtige Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse der mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmen wurden weder getroffen noch unterlassen.“

Vermittlungsgeschäft

Für die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden, wurden Schaden- und Unfallversicherungen vermittelt. Über die S.V. Holding AG bestehen weitere Landesdirektionsverträge mit der Union Krankenversicherung AG, Saarbrücken, zur privaten Krankenversicherung, mit der ÖRAG Rechtsschutz-Versicherungs-AG, Düsseldorf, zur Rechtsschutzversicherung, mit der SPensionsManagement GmbH, Düsseldorf, zur betrieblichen Altersvorsorge, mit der SV Sparkassenversicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart, zur Transport- und technischen Versicherung, mit der Union Reiseversicherung AG, Düsseldorf, zur Reise-Versicherung, mit dem Bayerischen Versicherungsverband VersicherungsAG, München, mit der Cardif Allgemeine Versicherung, Stuttgart, und der ProTect Versicherung AG, Düsseldorf, zur Arbeitslosenversicherung.

Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Allgemeine Einschätzung

Insbesondere für Versicherungsunternehmen als Risikoträger besitzt der Umgang mit Risiken einen hohen Stellenwert. Dies gilt sowohl für Risiken aus den Bereichen Versicherungstechnik und Kapitalanlage als auch für alle anderen Risiken der strategischen und operativen Unternehmensführung. Das Risikomanagementsystem der Sparkassen-Versicherung Sachsen trägt insofern wesentlich zum langfristigen Unternehmenserfolg bei und dient zur Vermeidung von negativen Auswirkungen der Risikoexponierung auf die Wirtschafts-, Finanz- und Ertragslage.

Das aufgrund des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementierte Risikomanagementsystem wird seit der Veröffentlichung des BaFin Rundschreibens 3/2009 „Aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA)“ kontinuierlich hin zu Solvency II weiterentwickelt. Die Vorschriften der Europäischen Rahmenrichtlinie und insbesondere für Deutschland die 10. VAG Novelle werden weitere spür-

Lagebericht

bare Auswirkungen auf die Gestaltung des Risikomanagementsystems haben. Bereits heute verfügt das Unternehmen über ein umfangreiches Kontroll-, Berichts- und Meldewesen. Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller handelnden Personen sind klar definiert. Die Verantwortung für die Übernahme von Risiken und die Kontrollfunktionen sind strikt getrennt. Das oberste Entscheidungsgremium im Risikomanagementsystem ist das Risikokomitee. Die Entscheidungskompetenz liegt dabei ausschließlich beim Gesamtvorstand, der im Risikokomitee vertreten ist, und ist nicht delegierbar. Die Teilnehmer sind so zusammengestellt, dass alle wesentlichen Funktionen unter Solvency II abgebildet werden und der Gesamtvorstand alle Beschlussvorschläge und Berichte fachkundig diskutieren kann. Im Rahmen des Risikokomitees erfolgt gegenüber dem Gesamtvorstand auch turnusmäßig die Berichterstattung zu den Kapitalanlagen bzw. des Kapitalanlagecontrollings. Des Weiteren zeichnet das Risikokomitee für die Einhaltung einheitlicher Standards und Methoden verantwortlich. Operativ wird das Risikokomitee dabei von dem Steuerungskreis Leben unterstützt. Der Steuerungskreis ist u.a. für den Aufbau und die Pflege des Risikosteuerungsmodells sowie die Anpassung an Unternehmensspezifika zuständig. Der Zusammenhang zwischen den finanziellen Ressourcen und der aktuellen Risikosituation wird dahingehend mehrdimensional hinsichtlich einer bilanzwirtschaftlichen, einer betriebswirtschaftlichen und einer aufsichtsrechtlichen Sichtweise herausgearbeitet. Grundsätzlich verfolgt die Sparkassen-Versicherung Sachsen einen primär dezentral ausgerichteten Risikomanagementansatz, bei dem die Risikoidentifikation und -bewertung sowie die Umsetzung von Maßnahmen zur Risikobegrenzung überwiegend den operativen Funktionseinheiten obliegt. Ergänzend dazu erfolgt die unternehmensweite Aggregation der Risiken zentral durch die unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF). Die URCF wird gemeinsam durch das Zentrale Risikomanagement und das Risikocontrolling im Bereich Unternehmensentwicklung wahrgenommen. Das Zentrale Risikomanagement ist im Bereich Vorstandsstab angesiedelt und verantwortet die Steuerung und Koordination des gesamten Risikomanagementprozesses (RMP) im Sinne eines Risikokontrollprozesses gemäß MaRisk (VA), die Weiterentwicklung eines unternehmensweiten Risikomanagementsystems sowie die Risikoberichterstattung. Weiterhin fördert das Zentrale Risikomanagement die Risikokultur in der Sparkassen-Versicherung Sachsen. Das Gesamtbild der aktuellen Risikosituation liefert der jährliche Risikobericht gemäß § 64a Abs. 1 Satz 4 Nr. 3 Buchstabe d VAG. Ergänzende Analysen und Informationen erhält der Gesamtvorstand in deutlich höherer Frequenz; in der Regel monatlich. Ein zentraler Bericht an den Gesamtvorstand ist

der Monatsbericht aus dem Unternehmenscontrolling. Neben dem genannten Bericht erhält der Vorstand eine Reihe weiterer regelmäßiger Berichte z.B. aus dem Aktuariat und dem Bereich Strategisches Kapitalanlagenmanagement sowie aus dem Kapitalanlagerisikomanagement gemäß dem BaFin Rundschreiben 4/2011.

Die evolutionäre Weiterentwicklung des bestehenden Risikomanagementsystems ist auch in 2012 und den Folgejahren auf die Erfüllung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen fokussiert. Zur vollumfänglichen Umsetzung der MaRisk (VA) hat die Sparkassen-Versicherung Sachsen unter Federführung des Zentralen Risikomanagements bereits in 2008 einen Handlungsplan entworfen. Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen einer Sonderprüfung zur Umsetzung der MaRisk (VA) im September 2011 eingeschätzt, dass der Gesamtvorstand der Sparkassen-Versicherung Sachsen umfangreiche Aktivitäten zur Umsetzung der MaRisk (VA) vorgenommen hat und sich die Sparkassen-Versicherung Sachsen mit dem Umsetzungsstand im Marktdurchschnitt bewegt. Die Empfehlungen werden voraussichtlich bis Mitte des Jahres 2012 umgesetzt.

Aktuell liegt der Hauptfokus der Aktivitäten auf der Finalisierung der Risikostrategie sowie des Risikotragfähigkeitskonzeptes und eines daraus abgeleiteten Limitsystems. Ziel ist es, neben den aufsichtsrechtlich geforderten Risikobegrenzungen auch ein System aufzubauen, das bei strategischen Fragestellungen wichtige Entscheidungshilfen geben kann. Darauf aufbauend richtet die Sparkassen-Versicherung Sachsen das Management der Kapitalanlagen anhand einer Strategischen Asset Allokation (SAA) konsequent an der Risikotragfähigkeit des Unternehmens aus. Zur fristgerechten Implementierung des operativen Betriebs zur Solvabilitätsberechnung im Standardansatz gemäß Solvency II und zu Berichtspflichten und Meldeanforderungen gemäß Säule III von Solvency II (vor allem datenrelevante Teile) wurde die Standardsoftware SOLVARA von der Steria Mummert ISS GmbH erworben. Im Rahmen eines Einführungsprojektes werden die Sparten Leben und Nichtleben in 2012 implementiert. Des Weiteren wird die Sparkassen-Versicherung Sachsen in 2012 auch weitere Anstrengungen im Zusammenhang mit dem Own Risk and Solvency Assessment (ORSA) gemäß Solvency II unternehmen. Zur Ermittlung des internen Risikokapitalbedarfs für Steuerungszwecke (Gesamtsolvabilitätsbedarf, overall solvency needs) wird die bisherige Unternehmensplanung hinsichtlich Solvency II bezogener Kennzahlen erweitert.

Um bestmöglich auf die künftigen quantitativen Anforderungen vorbereitet zu sein, wird die Sparkassen-Versicherung Sachsen 2012 erneut an einer freiwilligen Auswirkungsstudie zu Solvency II (QIS6) teilnehmen. Über Teilnahmen an Arbeitsgruppen, Erfahrungsaustauschen und Informationsveranstaltungen zum Themenkreis Solvency II stellt die Sparkassen-Versicherung Sachsen zudem laufend einen Know-how-Aufbau und eine Orientierung an Best Practice Lösungen sicher.

Weitere wichtige Bestandteile des Risikomanagementsystems der Sparkassen-Versicherung Sachsen sind das Interne Kontrollsystem (IKS), die Compliance-Organisation und das Business Continuity Managementsystem (BCM). Die verschiedenen Compliance Themen werden durch einen Compliance-Beauftragten koordiniert. Der Compliance-Beauftragte ist Mitglied des Risikokomitees. Eine Compliance Richtlinie regelt diesbezüglich seit Ende 2011 verbindliche Verhaltensgrundsätze für die Mitarbeiter. Das bisherige Notfallmanagement wurde ebenfalls in 2011 zu einem ganzheitlichen BCM ausgebaut. Im Zuge dieser Weiterentwicklung hat die Sparkassen-Versicherung Sachsen einen Notfallstab installiert und eine Notfallbeauftragte ernannt sowie ein standardisiertes Alarmierungsvorgehen definiert. BCM Pläne stellen sicher, dass die notwendigen Ressourcen für die kritischsten Geschäftsprozesse (Mitarbeiter, Räumlichkeiten, Externe Dienstleister, IT-Anwendungen, Dokumente) zeitgerecht zur Verfügung stehen.

Das Risikomanagementsystem der Sparkassen-Versicherung Sachsen wird turnusmäßig durch interne und externe Stellen überprüft. Die Aufgabe der Internen Revision ist es dabei, durch systematische und zielgerichtete Prüfungsleistungen zu bewerten, ob die Tätigkeiten des Risikomanagements ordnungsgemäß erfolgen. Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung hat der Wirtschaftsprüfer das Risikofrüherkennungssystem nach § 91 Abs. 2 AktG geprüft. Sowohl bei der jährlichen Prüfung der Internen Revision als auch bei der Jahresabschlussprüfung durch den Wirtschaftsprüfer gab es keine wesentlichen Beanstandungen.

Auch im Jahr 2011 wurden im Rahmen des Risikomanagementprozesses vierteljährliche Risikoinventuren durchgeführt, um alle wesentlichen Risiken systematisch zu erfassen. Die identifizierten Risiken unterliegen einer besonderen Beobachtung und werden laufend überwacht und gesteuert. Die Ergebnisse der Jahresrisikoinventur, das heißt die identifizierten Risiken einschließlich ihrer Bewertung sowie die Maßnahmenplanung zur Risikobegrenzung, bilden die Grundlage für die Berichterstattung gegenüber der Aufsichtsbehörde gemäß § 55c VAG.

Der Gesamtvorstand unterrichtet zudem den Aufsichtsrat im Quartalsbericht über das Risikoportfolio und im Rahmen der Aufsichtsrats-Sitzungen über den aktuellen Stand des Risikomanagementsystems.

Bis auf die weiterhin unsichere Entwicklung auf den Kapitalmärkten sind aus heutiger Sicht keine Entwicklungen erkennbar, aus denen sich eine nachhaltige Beeinträchtigung der Wirtschafts-, Finanz- und Ertragslage ableiten lässt. Die jeweiligen Risiken sind bekannt und werden bewusst gesteuert. Die aktuelle Kapitalmarktsituation erfordert ein erhöhtes Monitoring der Risikoexponierung. Investitionen in höchste Qualitäten sowie die Maßnahmen zur Risikovermeidung bzw. -früherkennung versetzen die Sparkassen-Versicherung Sachsen in die Lage, den aufsichtsrechtlichen Anforderungen jederzeit nachkommen zu können. Somit sieht sich die SLS in der Lage, alle Verpflichtungen aus den bestehenden Verträgen dauerhaft zu erfüllen.

Den Empfehlungen des Deutschen Standardisierungsrates zur Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen folgend, stellt sich die Risikosituation der Sparkassen-Versicherung Sachsen zum Ende des Jahres 2011 im Detail wie folgt dar:

Versicherungstechnische Risiken

Unser Portefeuille ist in den einzelnen Versicherungsarten ausgewogen, wobei die Rentenversicherungen dominieren. Es gibt klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Bearbeitung von Versicherungsverträgen. Versicherungstechnische Risiken im Bereich der Lebensversicherung können durch wesentliche Änderungen der biometrischen Risiken, wie beispielsweise Sterblichkeit oder Berufsunfähigkeit, entstehen. Der Lebensversicherungsvertrag sieht – im Unterschied zu Schaden-/ Unfallversicherungsverträgen – während der gesamten Vertragslaufzeit nur eingeschränkte Beitragsanpassungsmöglichkeiten bei geänderter Risikosituation vor.

a) Biometrisches Risiko

Da sich eine merkliche Veränderung der biometrischen Risiken normalerweise über einen langen Zeitraum erstreckt, könnte insbesondere bei Verträgen mit langer Vertragslaufzeit eine Finanzierungslücke für die Erfüllung der garantierten Leistungen entstehen. Daher wird regelmäßig die Angemessenheit der verwendeten Rechnungsgrundlagen überprüft. Die Einschätzung des Risikos der Berufsunfähigkeit wird derzeit seitens der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) überprüft. Nach aktuellem Stand wird in

Lagebericht

2012 eine neue BU-Tafel veröffentlicht, die aber keine eindeutigen Trends in Richtung Erhöhung/Verringerung der Invalidisierungswahrscheinlichkeiten ausweist, sondern ein sehr differenziertes Bild zeichnet. Die DAV-Empfehlung wird daher wohl die aktuelle BU-Tafel als ausreichend für die Reservierung bestätigen.

Die Beurteilung des Langlebighkeitsrisikos ist für die Deckungsrückstellung in der Rentenversicherung von besonderer Bedeutung. Bei laufenden Rentenversicherungen wurde in den letzten Jahren eine zunehmende Verringerung der Sicherheitsmargen hinsichtlich der für die Rückstellungsberechnungen verwendeten Sterbetafeln beobachtet. Unter Anwendung der seitens der DAV veröffentlichten Hinweise und Richtlinien zur ausreichenden Reservierung aller Verpflichtungen aus laufenden oder anwartschaftlichen Erlebensfalleistungen wird eine Zusatzrückstellung nach den jeweils neusten Erkenntnissen berechnet und zu Lasten des Jahresergebnisses in die Deckungsrückstellung eingestellt. Damit gehen die neuesten Sterblichkeitsentwicklungen in die Berechnung der Zuführungen zur Deckungsrückstellung ein. Gemäß den DAV-Hinweisen und unseren eigenen Beobachtungen wird mit großer Wahrscheinlichkeit auch zukünftig die Notwendigkeit weiterer Zuführungen bestehen. Unser verantwortlicher Aktuar stellt durch diese Maßnahmen sowohl bei der Tarifkalkulation als auch bei der Reservierung aller Risiken durch die Verwendung vorsichtiger biometrischer Rechnungsgrundlagen sicher, dass eine dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gegenüber unseren Kunden nach allen derzeitigen Erkenntnissen jederzeit gewährleistet ist.

Stornowahrscheinlichkeiten wurden bei der Bestimmung der versicherungstechnischen Rückstellungen – mit Ausnahme der Zusatzrückstellung für Erlebensfalleistungen (Rentennachreservierung) und der Zusatzrückstellung für Lebensversicherungen mit eingeschränkter Risikoprüfung – nicht berücksichtigt.

b) Rechtliches Risiko

Im Bereich der Versicherungsbedingungen bleibt der Blick der Öffentlichkeit weiterhin kritisch auf die Transparenz der Bedingungen und Kundeninformationen gerichtet. Die Sparkassen-Versicherung Sachsen ist von keinem der bisher ergangenen Urteile direkt betroffen. Neue Aspekte oder richtungweisende Urteile haben sich auch im vergangenen Jahr nicht ergeben. Dieses gilt auch für die laufenden Gerichtsverfahren wie z.B. die vor dem BGH über Ratenzuschläge bei unterjähriger Beitragszahlung, die Anwendung von Verordnungen zu Kreditgeschäften oder die Entschei-

dungen zu den Mindestrückkaufswerten. Diese oder ähnliche Grundsatzurteile könnten spürbare Auswirkungen haben. Dabei ist nicht auszuschließen, dass sie in den laufenden Versicherungsbestand eingreifen könnten. BGH-Entscheidungen zur Thematik der sogenannten Ratenzuschläge stehen in nächster Zeit bevor.

Das am 01.03.2011 ergangene EuGH-Urteil zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei der Bestimmung von Versicherungsprämien bedingt eine umfassende Neuorientierung der Kalkulationsgrundlagen der gesamten Branche. Zusammen mit unseren Verbänden der öffentlichen Versicherer und des GDV stellt sich die Sparkassen-Versicherung Sachsen dem Thema Unisex-Tarife, um die gesamte Produktpalette in 2012 umzustellen. Mit Einführung der Unisex-Kalkulation entsteht ein weiteres Risikomerkmak. Der Wahl des Mischungsverhältnisses kommt eine besondere Bedeutung zu. Auf ausreichende Sicherheitsmargen muss besonders geachtet werden, da sich das Mischungsverhältnis auch in laufenden Beständen noch ändern kann (vermehrte Abgänge von Versicherten eines Geschlechts).

Auswirkungen auf die Produktgestaltung durch Solvency II werden aktuell in der gesamten Branche stark diskutiert. Vielfach wird die heutige Kapitalgarantie als Geschäftsmodell in Frage gestellt. Daher befassen wir uns auf verschiedenen Ebenen ausführlich mit entsprechenden Alternativen.

c) Zinsgarantierisiko

Das Zinsgarantierisiko in der Lebensversicherung besteht darin, dass die gegenüber den Versicherungsnehmern abgegebenen Garantien über die Verzinsung ihrer Verträge nicht erfüllt werden können. Unsere derzeitigen Maßnahmen sind nach allen bestehenden Erfahrungen so festgelegt, dass alle langfristigen Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen erfüllt werden können. Die Kapitalmärkte pendeln im Bereich der festverzinslichen Papiere nach den Turbulenzen der Vorjahre auf einem sehr niedrigen Niveau. Im Laufe des Jahres 2011 wurden gemäß VVG (Versicherungsvertragsgesetz) keine verteilungsfähigen Bewertungsreserven festgestellt. Durch den weiteren Ausbau unseres Risikomanagements im Bereich der Aktiva und Passiva werden die Rahmenbedingungen des Kapitalmarktes laufend beobachtet. Unsere laufenden über mehrere Jahre gehenden Planungsrechnungen bestätigen, dass die durchschnittliche Mindestverzinsung der zugeordneten Kapitalanlagen die Garantieverzinsung der versicherungstechnischen Passiva übersteigt. Der durchschnittliche Garantiezins des Bestandes lag bei 3,00 % der Deckungs-

rückstellung. Die notwendige Garantieverzinsung konnte durch die Kapitalerträge erwirtschaftet werden. Der derzeit gültige Rechnungszinssatz für das Neugeschäft beträgt seit 01.01.2012 1,75 %. Dadurch erfolgt mittel- bis langfristig eine weitere laufende Entlastung des Zinsrisikos. Zusätzlich sorgten die sehr starken Abläufe im Jahr 2011 im Bestand mit 4 %iger Garantieverzinsung für ein überdurchschnittliches Sinken des durchschnittlichen Bestandsrechnungszinses.

Neben den unternehmensinternen Verhältnissen hat die Änderung der DeckRV Anfang März 2011 die Bedingungen für den Aufbau einer Zinszusatzreserve festgelegt. Durch den so für 2011 zu berechnenden Vergleichszins in Höhe von 3,92 % ist per 31.12.2011 erstmals für den Teilbestand mit einem Garantiezins von 4 % eine Zusatzrückstellung vorgeschrieben. Die anhaltende Niedrigzinsphase impliziert einen weiteren Ausbau dieser Zinszusatzreserve mit steigenden Beträgen in den nächsten Jahren. Die dafür notwendigen Beträge sind in die laufende Unternehmensplanung eingeflossen. Die DAV diskutiert zurzeit weitere Hinweise zum Umgang mit dieser Nachreservierungsproblematik und ihrer Finanzierung. Sie wird sie im Laufe dieses Jahres veröffentlichen.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Am Bilanzstichtag bestanden gegenüber Versicherungsnehmern und -vermittlern geringe Forderungen mit mehr als 90 Tage zurückliegendem Fälligkeitszeitpunkt. Zur Abdeckung des allgemeinen Ausfallrisikos wurden entsprechende Wertberichtigungen gebildet. Die Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft werden als nicht bestandsgefährdend eingestuft.

Risiken aus Kapitalanlagen

Einer der wesentlichen Erfolgsfaktoren eines Lebensversicherungsunternehmens ist das Management von Kapitalanlagerisiken. Daher messen wir diesem Bereich unserer Geschäftstätigkeit eine hohe Bedeutung bei. Im Bereich der Kapitalanlagen können Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken auftreten.

a) Marktrisiken

Marktrisiken können durch ungünstige Entwicklungen bei Zinsen oder Kursen von Wertpapieren entstehen. Um ein mögliches Risikovolumen ermitteln zu können, analysieren wir in regelmäßigen Abständen verschiedene Szenarien von Kursentwicklungen bei Aktien sowie Zinsänderungen.

Zur Überprüfung der Marktrisiken sind Stresstests entsprechend R01/2004 in der von der BaFin für 2011 vorgegebenen Form durchgeführt worden. Die Stresstests wurden bestanden. Es besteht deshalb nach heutigen Erkenntnissen keine Gefährdung der Garantien aus den eingegangenen Verpflichtungen durch das Kapitalmarktrisiko. Eine laufende Überprüfung und Aktualisierung der Risikoeinschätzung ist sichergestellt.

b) Kreditrisiken

Kreditrisiken können eintreten, wenn ein Schuldner insolvent wird. Um das Kreditrisiko zu minimieren, erfolgen die Investitionen breit gestreut und vornehmlich nur in fundamental erstklassigen Werten. Die Kapitalanlagen sind überwiegend in Anlagen des besseren Investmentgrade-Bereichs investiert. Nachfolgende Tabelle gibt die Aufteilung der Kapitalanlagen des Gesamtbestandes nach Rating wieder.

Rating	TEUR	in %
AAA	1 205 189	43,5
AA	554 808	20,1
A	508 688	18,4
BBB	322 064	11,6
Non-Investmentgrade	59 151	2,1
ohne Rating	118 621	4,3
Summe	2 768 521	100,0

Die Anlagen ohne Rating umfassen die strategischen Beteiligungen, die Spezialfonds, die Publikumsfonds, die Hypothekendarlehen und die Immobilien.

Von der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG werden Nachrangpapiere im Kapitalanlagebestand gehalten. Wir gehen derzeit davon aus, dass keine Nachträge ausfallen werden.

Staatsanleihen der sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) hält die Gesellschaft im Umfang von 118 667 TEUR.

Lagebericht

Land	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR
Portugal	18 293	9 800
Irland	9 933	7 916
Italien	33 706	24 889
Griechenland	6 600	6 600
Spanien	50 135	38 882
Summe	118 667	88 087

Das politische Bemühen, die Schuldenkrise der EU-Staaten nachhaltig beherrschbar zu machen, ist nach wie vor vorhanden. Sowohl der ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) als auch der EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) stellen geeignete Mittel dar, die europäische Schuldenkrise nachhaltig überwinden zu können. Unterstützung wird darüber hinaus noch von Seiten des IWF (Internationaler Währungsfonds) erwartet.

Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass auf den Staatsanleihen der Peripheriestaaten lediglich nicht dauernde Wertminderungen lasten. Eine Ausnahme zu der getätigten Aussage stellt Griechenland dar. Hier muss zwingend von einer dauernden Wertminderung ausgegangen werden. Dem folgend erfolgt eine Abschreibung auf den Marktwert.

c) Liquiditätsrisiken

Zur Vermeidung von Liquiditätsrisiken wird die Fälligkeitsstruktur der Kapitalanlagen nach den Bedürfnissen der Passivseite ausgerichtet, wobei die Wahrung der strukturellen Liquidität der nächsten Jahre von besonderem Gewicht ist. Die kurzfristige Liquidität wird mittels einer Liquiditätsplanung gesteuert, die alle prognostizierten Zahlungsströme des laufenden Jahres erfasst. Um unerwarteten Liquiditätsanforderungen – auch in erheblichem Ausmaß – begegnen zu können, ist stets ein Teil der Kapitalanlagen in hochliquiden Anlagen investiert, die jederzeit schnell und ohne größere Kursrisiken veräußert werden können.

Operationale Risiken

Operationale Risiken können im Zusammenhang mit betrieblichen Systemen oder Prozessen auftreten. Insbesondere können solche Risiken durch unzulängliche oder fehlgeschlagene mitarbeiter- und systembedingte oder aber externe Vorfälle entstehen. Unter operationalen Risiken fassen wir z.B. die Störung beziehungsweise den Ausfall des

Verwaltungsgebäudes, von technischen Systemen und der Informationstechnik (im BCM geregelt) wie auch dolose Handlungen (in Compliance-Leitlinien geregelt) und Bearbeitungsfehler zusammen. Das operationelle Risiko umfasst auch Rechtsrisiken, jedoch nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Die gesetzgeberischen Aktivitäten sowie die aktuelle Rechtsprechung werden laufend beobachtet und stellen eine zeitnahe Reaktion auf unternehmensspezifische Veränderungen und die unmittelbare Anwendung (z.B. Anpassung Produktportfolio) sicher.

Das wesentliche Instrument der Sparkassen-Versicherung Sachsen zur Begrenzung der operationalen Risiken ist das Interne Kontrollsystem (IKS). Durch Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, Abstimmungs- und Plausibilitätsprüfungen sowie hierarchisch abgestufte Vollmachten und Berechtigungen wird sichergestellt, dass mögliche Risiken im Rahmen der operativen Tätigkeiten der Funktionseinheiten vermieden bzw. auf ein akzeptables Maß reduziert werden. Die Führungskräfte der Sparkassen-Versicherung Sachsen sind gehalten, neben der Beschreibung der Risiken und Kontrollmaßnahmen auch die Auswirkung auf Wirtschaftlichkeit, Daten und Compliance zu bewerten. Die Nettorisiken nach Wirkung der Kontrollmaßnahmen sind zu überwachen und ab einem definierten Schadenerwartungswert ist das Zentrale Risikomanagement zu informieren. Durch die Interne Revision erfolgt planmäßig und fortlaufend die Überwachung der Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems. Überdies wird das bestehende IKS in 2012 grundlegend überarbeitet und zukünftig nicht mehr nach Funktionseinheiten sondern nach Geschäftsprozessen strukturiert. Dadurch wird gewährleistet, dass auch bereichsübergreifende Prozesse einschließlich der Kontrollen an den Schnittstellen im Internen Kontrollsystem berücksichtigt werden und eine effiziente Vollständigkeitsprüfung möglich ist.

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen misst der Informationssicherheit größte Bedeutung bei. Daher existieren für die Sicherheit und Stabilität der IT-Systeme umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen, die die Anforderungen nach dem BSI-Grundschutz abdecken. Im Focus stehen die Maßnahmen für schutzbedürftige Daten durch Einsatz von entsprechenden aktuellen Technologien der technischen Infrastruktur, Notfall- und Vorsorgepläne sowie organisatorische und personelle Maßnahmen.

Auch das gemeinsame Rechenzentrum GAVI hat zahlreiche organisatorische und technische Maßnahmen ergriffen, um den Sicherheitsanforderungen im Betrieb der IT-Systeme gerecht zu werden und den Ausfall der Technik zu vermeiden.

Das sind vor allem:

- Investitionen in die Gebäudeinfrastruktur zur Verbesserung von Brandschutz, Klimatisierung und Energieversorgung
- Räumliche Trennung von Produktions- und Back-up-Systemen in Rechenzentren mit 10 km Abstand
- Regelmäßige Überwachung der Sicherheitseinrichtungen und kontinuierliche Sicherheits- und Qualitätsprüfungen
- Vorhalten von Notfallregelungen und regelmäßige Notfall-Übungen

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen verwendet die IT-Anwendungslandschaft der SV Sparkassenversicherung Holding AG, Stuttgart. In gemeinsamen Gremien werden die strategische Weiterentwicklung der Systeme und die operationelle Beauftragung des gemeinsamen IT-Dienstleisters – der SVI – abgestimmt. Damit und durch konsequente Projektsteuerung und Überprüfung der Projektfortschritte wurden finanzielle, technische sowie fachliche Störungen als potentielle Risiken vermieden. Die zu erbringenden Dienstleistungen der SVI wurden vertraglich vereinbart.

Zusammenfassende Darstellung der Risikoabfrage

Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Geschäftsberichtes sind keine Risiken bekannt, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Vorgänge nach dem Bilanzstichtag

Sonstige Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Ablauf des Berichtsjahres nicht ergeben.

Ausblick

Die Geschäftsentwicklung in der Lebensversicherung wird 2012 vor allem durch die Wettbewerbssituation im Vergleich zu anderen Anlageformen geprägt. Zudem nimmt die Verunsicherung der privaten Haushalte vor dem Hintergrund der weltweit wieder pessimistischeren Konjunkturaussichten, vor allem aber auch wegen der Unwägbarkeiten der Krise im Euroraum spürbar zu.

Nach wie vor günstig stellt sich die Konkurrenzsituation zu anderen Anlageformen dar. Zwar wird 2012 für die Lebensversicherung ein weiterer moderater Rückgang der Überschussbeteiligung erwartet; zudem wird auch die Absenkung des Garantiezinses wirksam.

Angesichts der anhaltenden niedrigen Zinsen für als sicher geltende alternative Anlagen (Bundesanleihen) und vor dem Hintergrund, dass die Banken in ihren Angeboten gegenüber privaten Haushalten voraussichtlich kaum erneut zu hoch verzinslichen Einlageprodukten wie im Zuge der letzten Bankenkrise greifen werden, dürfte aber auch eine Gesamtverzinsung in der Lebensversicherung von um die 4 % weiterhin durchaus wettbewerbsfähig erscheinen. Selbst das neue Niveau des Garantiezinses von 1,75 % erhält im aktuellen Konkurrenzumfeld eine ungeahnte Attraktivität.

Traditionell gestützt wird die Lebensversicherungsnachfrage durch die weiter zunehmende Bedeutung der kapitalgedeckten Altersvorsorge. Mit der Garantie lebenslanger Leistungen kommt der Lebensversicherung hier über das Sicherheitsmotiv hinaus ein Alleinstellungsmerkmal zu. Allerdings schwächt sich der positive Grundtrend zur kapitalgedeckten Altersvorsorge etwa im Bereich der Riester- und Basis-Rente voraussichtlich weiter ab. Vor allem im Bereich der Riester-Rente erscheint der Markt weitgehend gesättigt.

Der Verlauf des Einmalbeitragsgeschäfts ist nur sehr schwer einschätzbar. Einerseits steht hier angesichts des Zinsumfelds und der verfügbaren Mittel der privaten Haushalte – trotz der verunsichernden Effekte der Euro-Krise – weiterhin ein nahezu unbegrenzter Markt zur Verfügung. Andererseits versucht der Großteil der Marktteilnehmer, das Neugeschäft in diesem Segment zu begrenzen. Es ist daher davon auszugehen, dass sich die Einmalbeitragsentwicklung nach der starken Expansion der Jahre 2009 und 2010 und der Korrektur im Jahr 2011 auf dem Niveau von 2011 einpendeln wird. Allerdings wäre auch ein leichter Rückgang denkbar.

Für die Lebensversicherung insgesamt geht der GDV daher von einem leichten Beitragsrückgang um 1 % aus.

Bei der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG sehen wir weiterhin Chancen, die regional starke Position im Bereich der privaten und betrieblichen Vorsorge und Vermögensbildung weiter auszubauen. Die Altersvorsorge und Todesfallvorsorge (Sterbegeld) wird auch in den kommenden Jahren wichtigster Bestandteil im Lebensversicherungsgeschäft bleiben. Durch optimal auf dieses Segment abgestimmte Vertriebskonzepte wollen wir unsere Marktanteile weiter ausbauen.

Lagebericht

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG verzeichnet zwischenzeitlich deutlich gestiegene Vertragsabläufe und damit gestiegene Versicherungsleistungen. Insofern liegt der vertriebliche Fokus nunmehr auch in der Ablaufberatung und der Nutzung der steigenden Ablaufpotentiale. Dazu wurde das Vertriebskonzept zur Ablaufberatung weiterentwickelt, um die enormen Marktpotentiale in Sachsen auch in Zukunft optimal für unser Haus zu nutzen.

Die Absenkung des Rechnungszinses auf 1,75 % zum 1.1.2012 wird kaum Auswirkungen auf das Neugeschäft entfalten. Unsere Produkte werden in hohem Maße nicht aus Renditegesichtspunkten nachgefragt. Ausschlaggebend ist eher die Förderung der Vorsorge durch Steuerersparnisse und Zulagen. Auch Geldleistungen im Todesfall werden stark nachgefragt.

Entscheidend für die Beitragseinnahmen wird vor allem die Entwicklung im Geschäft gegen Einmalbeitrag sein. Derzeit gehen wir für die kommenden beiden Jahre hier von einem geringeren Niveau als 2011 aus. Bei den laufenden Beiträgen erwarten wir – aufbauend auf der marktüberdurchschnittlichen Entwicklung im Jahr 2011 – auch für 2012/2013 Zuwächse. Aufgrund der starken Einmalbeitragsentwicklung der vergangenen Jahre ist ein Rückgang des Gesamtbeitragsvolumens im nächsten Jahr möglich. Für 2013 gehen wir auf Basis einer dann wieder normalisierten Entwicklung von einem Beitragszuwachs aus.

Mit Hilfe eines konsequenten Kostenmanagements und Prozessoptimierungen erwarten wir bis 2013 eine marktunterdurchschnittliche Entwicklung bei den Kostenquoten.

Die derzeitige Niedrigzinsphase wirkt sich aufgrund der langen Laufzeiten in den Kapitalanlagen derzeit nur marginal auf die laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen aus. Wir gehen daher davon aus, dass die Durchschnittsverzinsung auch in den nächsten zwei Jahren auf einem ähnlichen Niveau wie 2011 liegen wird. Für die Nettoverzinsung gehen wir, nach dem durch die Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen bedingten Rückgang, wieder von einem Anstieg aus.

Aufgrund der anhaltend niedrigen Zinsen an den Kapitalmärkten musste die Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG 2011 erstmals eine Zinszusatzreserve in Höhe von rund 5,2 Mio. EUR bilden. Für die Jahre

2012/2013 gehen wir von weiteren, deutlichen Zuführungen zur Rückstellung aus.

Diese Aussagen stehen allerdings unter dem Vorbehalt, dass die Geschäftsentwicklung in den nächsten zwei Jahren nicht von nachteiligen rechtlichen oder steuerlichen Neuregelungen sowie außergewöhnlichen Kapitalmarktentwicklungen – insbesondere bei Staatsanleihen – beeinflusst wird.

Versicherungsarten

Einzelversicherungen

- Kapitalversicherung
- Vermögensbildungsversicherung
- Risikoversicherung
- Risikoversicherung mit Beitragsrückgewähr
- Renten- und Pensionsversicherung
- Rentenversicherung nach dem Altersvermögensgesetz (AVmG)
- Berufsunfähigkeitsversicherung
- Fondsgebundene Lebensversicherung
- Fondsgebundene Rentenversicherung

Kollektivversicherungen

- Kapitalversicherung
- Risikoversicherung
- Risikoversicherung mit Beitragsrückgewähr
- Bausparrisikoversicherung
- Restkreditversicherung
- Saldenversicherung
- Renten- und Pensionsversicherung
- Rentenversicherung nach dem Altersvermögensgesetz (AVmG)
- Berufsunfähigkeitsversicherung

Zusatzversicherungen

- Unfall-Zusatzversicherung
- Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
- Risiko-Zusatzversicherung
- Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherung

Bewegung des Bestandes an Lebensversicherungen

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2011

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft				Einzelversicherungen Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungs- versicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonstige Lebensversicherungen	
	(nur Haupt- versicherungen)	(Haupt- und Zusatz- versicherungen)		(nur Haupt- versicherungen)	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR
	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Einmalbeitrag in TEUR	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahres- rente in TEUR		
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	476 060	224 483		8 937 538	94 430	51 468
II. Zugang während des Geschäftsjahres						
1. Neuzugang						
a) eingelöste Versicherungsscheine	77 506	32 736	168 045	1 552 291	16 265	4 225
b) Erhöhungen der Versicherungs- summen (o. Pos. 2)	-	5 769	5 802	90 880	-	439
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile				8 078		
3. Übriger Zugang	214	742	-	9 413	3	-
4. Gesamter Zugang	77 720	39 247	173 847	1 660 662	16 268	4 664
III. Abgang während des Geschäftsjahres						
1. Tod, Berufsunfähigkeit, etc.	2 067	611		24 077	649	302
2. Ablauf der Versicherung/Beitragszahlung	35 902	5 790		516 129	2 146	2 356
3. Rückkauf u. Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	13 703	12 846		265 929	2 546	1 756
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	4 432	2 020		188 401	1 245	545
5. Übriger Abgang	196	679		17 196	-	-
6. Gesamter Abgang	56 300	21 946		1 011 732	6 586	4 959
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	497 480	241 784		9 586 468	104 112	51 173

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		Einzelversicherungen Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungs- versicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonstige Lebensversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahres- rente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe in TEUR
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	476 060	8 937 538	94 430	1 317 177
davon beitragsfrei	(177 138)	(1 980 628)	(5 796)	(67 191)
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	497 480	9 586 468	104 112	1 340 108
davon beitragsfrei	(173 426)	(1 978 272)	(12 355)	(103 722)

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen

	Zusatzversicherungen insgesamt		Unfall-Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahres- rente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe in TEUR
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	32 125	877 510	1 162	26 994
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	31 401	856 238	1 038	25 508

D. Bestand an in Rückdeckung übernommenen Lebensversicherungen

1. Versicherungssumme am Anfang des Geschäftsjahres	84 144 TEUR
2. Versicherungssumme am Ende des Geschäftsjahres	78 423 TEUR

Einzelversicherungen Risikoversicherungen		Einzelversicherungen Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähig- keits- und Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Einzelversicherungen Sonstige Lebensversicherungen		Kollektivversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR
25 167	13 860	276 757	136 928	9 870	5 885	69 836	16 342
4 477	3 459	26 028	23 299	322	313	30 414	1 440
-	58	-	4 129	-	129	-	1 014
-	-	20	-	-	-	191	742
4 477	3 517	26 048	27 428	322	442	30 605	3 196
37	23	1 188	247	27	16	166	23
871	340	11 488	2 426	2	26	21 395	642
301	284	8 317	9 827	526	532	2 013	447
734	319	1 428	1 103	1	-	1 024	53
-	-	-	-	-	-	196	679
1 943	966	22 421	13 603	556	574	24 794	1 844
27 701	16 411	280 384	150 753	9 636	5 753	75 647	17 694

Einzelversicherungen Risikoversicherungen		Einzelversicherungen Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähig- keits- und Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Einzelversicherungen Sonstige Lebensversicherungen		Kollektivversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe in TEUR	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12fache Jahres- rente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe bzw. 12fache Jahres- rente in TEUR
25 167	1 937 578	276 757	4 417 668	9 870	216 176	69 836	1 048 939
(1 115)	(22 822)	(113 201)	(1 135 297)	(3 877)	(43 025)	(53 149)	(712 293)
27 701	2 189 105	280 384	4 722 197	9 636	213 029	75 647	1 122 029
(1 222)	(26 753)	(112 233)	(1 145 089)	(3 869)	(43 318)	(43 747)	(659 390)

Berufsunfähigkeits- oder Invaliditäts-Zusatzversicherungen		Risiko- und Zeitrenten- Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahres- rente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahres- rente in TEUR
28 031	702 164	2 354	135 626	578	12 726
27 519	687 908	2 270	129 907	574	12 915

Jahresüberschuss und Gewinnverwendungsvorschlag

	EUR
Gesamtüberschuss	12 075 974,91
Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung	11 375 974,91
Jahresüberschuss	700 000,00
Einstellung in die gesetzliche Rücklage	35 000,00
Bilanzgewinn	665 000,00
Der Hauptversammlung wird folgende Gewinnverwendung vorgeschlagen:	
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	665 000,00



Bilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva

	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				222 698,62	178
B. Kapitalanlagen:					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			814 406,56		822
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		74 000,00			74
2. Beteiligungen		3 228 100,58			8 098
			3 302 100,58		8 172
III. Sonstige Kapitalanlagen:					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		237 471 553,35			238 428
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		1 101 001 063,32			1 059 144
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen		7 309 990,47			7 705
4. Sonstige Ausleihungen:					
a) Namensschuldverschreibungen		468 092 165,32			479 765
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen		829 558 858,96			782 371
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine		2 997 640,37			3 238
d) übrige Ausleihungen		20 472 788,86	1 321 121 453,51		22 930
5. Einlagen bei Kreditinstituten		47 500 000,00			13 500
6. Andere Kapitalanlagen		50 000 000,00			50 000
			2 764 404 060,65		2 657 081
			2 768 520 567,79		2 666 075
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen				79 924 987,51	85 724

	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
D. Forderungen:					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer:					
a) fällige Ansprüche	3 383 082,80				2 709
b) noch nicht fällige Ansprüche	29 055 663,00	32 438 745,80			18 651
2. Versicherungsvermittler		7 910 962,98			7 461
			40 349 708,78		28 821
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			4 101 455,57		-
III. Sonstige Forderungen					
davon verbundene Unternehmen:					
EUR 1 207 563,89 (1 493 551,14)			3 410 394,84		5 276
				47 861 559,19	34 097
E. Sonstige Vermögensgegenstände:					
I. Sachanlagen und Vorräte			3 642 291,70		4 027
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			4 716 743,10		4 552
III. Andere Vermögensgegenstände			12 496 765,57		14 723
				20 855 800,37	23 302
F. Rechnungsabgrenzungsposten:					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			32 261 152,69		30 922
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			190 401,50		921
				32 451 554,19	31 843
				2 949 837 167,67	2 841 219

Bilanz zum 31. Dezember 2011

Passiva

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
A. Eigenkapital:				
I. Gezeichnetes Kapital		31 188 804,75		31 189
II. Kapitalrücklage		650 773,13		651
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	977 707,18			943
2. andere Gewinnrücklagen	11 188 728,25	12 166 435,43		10 877
IV. Bilanzgewinn		665 000,00		2 470
			44 671 013,31	46 130
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			26 000 000,00	26 000
C. Versicherungstechnische Rückstellungen:				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	22 677 670,00			16 249
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	320 611,75	22 357 058,25		-
II. Deckungsrückstellung		2 513 689 919,00		2 400 596
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle:				
1. Bruttobetrag	6 777 862,00			7 985
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	2 571 306,00	4 206 556,00		2 829
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgs- unabhängige Beitragsrückerstattung		113 940 135,20		134 887
			2 654 193 668,45	2 556 888
D. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird			79 924 987,51	85 724
E. Andere Rückstellungen:				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		10 143 033,00		7 956
II. Steuerrückstellungen		1 002 000,00		2 587
III. Sonstige Rückstellungen		13 962 279,83		10 416
			25 107 312,83	20 959
F. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			512 349,75	-

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
G. Andere Verbindlichkeiten:				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	106 174 800,24			81 999
2. Versicherungsvermittlern	10 142 082,41			6 571
		116 316 882,65		88 570
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		29 227,00		879
III. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: EUR 713 457,13 (664 804,19) verbundene Unternehmen: EUR 1 601 914,89 (4 584 201,69)		3 081 726,17		6 614
			119 427 835,82	96 063
H. Rechnungsabgrenzungsposten			-	9 455
			2 949 837 167,67	2 841 219

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten C. II. und D. der Passiva eingestellten Deckungsrückstellungen unter Beachtung des § 341f HGB sowie der aufgrund des § 65 Absatz 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden sind; für den Altbestand im Sinne des § 11c VAG und Artikel 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach den genehmigten bzw. zur Genehmigung eingereichten Geschäftsplänen berechnet worden.

Dresden, den 21. März 2012

Der Verantwortliche Aktuar
Karsten Domke

Ich bestätige gemäß § 73 VAG, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Dresden, den 22. März 2012

Der Treuhänder
Ulrich Franzen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

Gesamtes Versicherungsgeschäft

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung:				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	412 889 656,92			439 804
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	8 071 712,75			5 993
		404 817 944,17		433 811
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-6 429 103,00			1 070
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	320 611,75			-
		-6 108 491,25		1 070
			398 709 452,92	434 881
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			8 709 204,00	7 065
3. Erträge aus Kapitalanlagen:				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücks- gleichen Rechten und Bauten einschließ- lich der Bauten auf fremden Grundstücken	51 596,12			51
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	109 401 250,51			105 546
		109 452 846,63		105 597
b) Erträge aus Zuschreibungen		18 642,95		8
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		254 686,69		32 407
			109 726 176,27	138 012
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			7 179 440,19	12 603
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			10 517 738,90	4 425
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung:				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle:				
aa) Bruttobetrag	309 202 364,16			191 853
bb) Anteil der Rückversicherer	2 545 305,40			2 163
		306 657 058,76		189 690
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle:				
aa) Bruttobetrag	-1 207 041,00			209
bb) Anteil der Rückversicherer	257 521,00			442
		-949 520,00		-233
			305 707 538,76	189 457
7. Veränderung der übrigen versicherungs- technischen Netto-Rückstellungen Deckungsrückstellung			107 294 435,90	272 298
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung			11 375 974,91	49 493

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
9. Aufwendungen für den Versicherungs- betrieb für eigene Rechnung:				
a) Abschlussaufwendungen	51 001 074,04			44 350
b) Verwaltungsaufwendungen	6 887 909,04			7 467
c) davon ab:		57 888 983,08		51 817
erhaltene Provisionen und Gewinnbe- teiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		9 154 937,00		2 942
			48 734 046,08	48 875
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen:				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendun- gen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		2 414 129,80		2 225
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		20 971 197,55		1 658
c) Verluste aus dem Abgang von Kapital- anlagen		708 887,73		4 444
			24 094 215,08	8 327
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			17 472 916,96	5 126
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			12 969 744,51	14 208
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			7 193 140,08	9 202
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		28 931 627,36		28 207
2. Sonstige Aufwendungen		34 799 792,93		33 235
			-5 868 165,57	-5 028
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			1 324 974,51	4 174
4. Außerordentliche Aufwendungen			-	620
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		593 025,38		754
6. Sonstige Steuern				
davon Organschaftsumlage:				
EUR 25 248,82 (16 368,06)		31 949,13		200
			624 974,51	954
7. Jahresüberschuss			700 000,00	2 600
8. Einstellung in Gewinnrücklagen in die gesetzliche Rücklage			35 000,00	130
9. Bilanzgewinn			665 000,00	2 470

Anhang

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden entsprechend den Vorschriften des HGB, des AktG, des VAG und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der zum 31.12.2011 geltenden Fassung aufgestellt.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

Aktiva

Die immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten und gemäß ihrer Nutzungsdauer um planmäßig lineare Abschreibungen reduziert bilanziert.

Grundstücke und Bauten wurden mit den Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und eventuelle außerplanmäßige Abschreibungen, bilanziert. Der Zeitwert der Grundstücke wurde entweder nach dem von der Aufsichtsbehörde empfohlenen vereinfachten Ertragswertverfahren für die Bestimmung von Anrechnungswerten im Sicherungsvermögen ermittelt oder durch ein Gutachten nachgewiesen.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden mit den um Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten aktiviert. Die Ermittlung der Zeitwerte erfolgte in zwei Fällen durch Anwendung der Equity-Methode. Für eine Beteiligung fand ein externes Wertgutachten Verwendung, bei den übrigen Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen wurde der Zeitwert mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Investmentanteile, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sind mit den um Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten aktiviert worden. Ihr Zeitwert wurde mit den zum Abschlussstichtag ermittelten Wertpapierkursen angesetzt. Am Bilanzstichtag erfolgte die Bewertung der im Umlaufvermögen befindlichen Wertpapiere nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die im Anlagevermögen befindlichen Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Bei den auf fremde Währung lautenden Wertpapieren und Anteilen wurden alle Geschäftsvorgänge in der Originalwährung erfasst und zum jeweiligen Tageskurs (Devisenkassamittelkurs) in Euro umgerechnet. Zum Bilanzstichtag wurden die Forderungen und Verbindlichkeiten mit einer

Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger mit dem Devisenkassakurs umgerechnet. Die Gewinne und Verluste aus der Umrechnung sind gemäß § 256a HGB erfolgswirksam erfasst worden.

Grundschooldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine, übrige Ausleihungen sowie Einlagen bei Kreditinstituten wurden mit den um Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten aktiviert. Die Zeitwerte wurden durch die Barwertmethode bestimmt und gegebenenfalls um bonitätsabhängige Spreads angepasst.

Zero-Inhaberschuldverschreibungen, Zero-Namensschuldverschreibungen und Zero-Schuldscheindarlehen wurden mit ihren Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils auf Grund der kapitalabhängigen Effektivverzinsung ermittelten Zinsforderung aktiviert. Die Zeitwerte wurden durch die Barwertmethode bestimmt und gegebenenfalls um bonitätsabhängige Spreads angepasst.

Andere Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten aktiviert. Der Zeitwert wurde mit dem Barwertverfahren ermittelt, angepasst um bonitätsabhängige Spreads.

Im Zuge der Gesetzesänderung des § 341 c HGB wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr von Nennwertbilanzierung auf Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten umgestellt. Bei allen Rentenpapieren wurden Agio- und Disagio-beträge durch Amortisationen mit der Effektivzinsmethode auf die Laufzeit verteilt.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice wurden gemäß § 341 d HGB mit dem Zeitwert unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Vorsicht bewertet.

Wegen des allgemeinen Zahlungsausfallrisikos wurden die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer und Versicherungsvermittler pauschal wertberichtigt. Außerdem erfolgten bei Forderungen gegenüber ausgeschiedenen Vermittlern Einzelwertberichtigungen.

Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgte zu den Anschaffungskosten, vermindert um steuerlich zulässige Abschreibungen.

Sonstige Aktivposten wurden mit den Nominalwerten ausgewiesen.

Passiva

Die Beitragsüberträge wurden für jede einzelne Versicherung exakt nach der Zahlweise und dem jeweiligen Fälligkeitstermin ermittelt. Die nicht übertragbaren periodenabhängigen Kosten und rechnungsmäßigen Inkassokosten wurden abgesetzt.

Die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Geschäft einschließlich der darin enthaltenen Überschussbeteiligung und die Forderungen an Versicherungsnehmer (Aktiva D.I.1.b) sind mit Ausnahme der fondsgebundenen Lebensversicherung für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv und mit implizit angesetzten Kosten berechnet. Bei der fondsgebundenen Lebensversicherung wurde die Deckungsrückstellung retrospektiv berechnet. Verwaltungskostenrückstellungen wurden für fondsgebundene Rentenversicherungen mit Bindung an ein Garantiezertifikat gebildet. Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Lebensversicherung entspricht dem Wert der Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice. Die in der Bilanz unter den Posten C. II. und D. der Passiva eingestellten Deckungsrückstellungen sind unter Beachtung von § 341f HGB sowie der aufgrund § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden. Für die erstmals zu bildende Zinszusatzreserve wurden der Deckungsrückstellung 5 159 TEUR zugeführt. Darüber hinaus enthält die Deckungsrückstellung pauschale Beträge zur Anpassung der Deckungsrückstellung an aktuelle Rechnungsgrundlagen und für kapitalbildende Versicherungen mit eingeschränkter Gesundheitsprüfung. Die Rechnungsgrundlagen wurden für Rentenversicherungen aktualisiert. Die Anpassung erfolgte entsprechend den seit 2004 veröffentlichten DAV-Richtlinien und der Verlautbarung der BaFin für den Altbestand nach dem Ergänzungsgeschäftsplan. Bei den Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen bis Tarifwerk 1994 ist Grundlage für die Aktualisierung der Rechnungsgrundlagen das BAV-Rundschreiben aus VerBAV 12/98 sowie der genehmigte Geschäftsplan für den Altbestand. Bei kapitalbildenden Versicherungen mit eingeschränkter Gesundheitsprüfung wurde eine Rückstellung aus noch nicht verbrauchten Risikobeiträgen gebildet. Insgesamt sind somit 12 895 TEUR in der Deckungsrückstellung enthalten.

Für die wesentlichen Teilbestände des Altbestandes wurden

- bei Kapitalversicherungen die Sterbetafeln 1986 mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 35 ‰ der Versicherungssumme
- bei Rentenversicherungen die Sterbetafeln 1987R mit

einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 35 % der Jahresrente sowie für die Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge die DAV-Sterbetafeln 1994R mit einem Rechnungszins von 4 % und die DAV-Sterbetafel 2004R B7, bei laufender Rentenzahlung DAV-Sterbetafel 2004R B20, mit unternehmensindividuell bestimmten Werten für Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeit als Rechnungsgrundlagen verwendet.

Den Berechnungen für die wesentlichen Teilbestände des Neubestandes liegen

- bei Kapitalversicherungen die DAV-Sterbetafeln 1994T sowie ein Rechnungszins von 4 %, 3,25 %, 2,75 % bzw. 2,25 % und ein Zillmersatz von 40 ‰ der Beitragssumme
- bei Rentenversicherungen – abgeschlossen bis einschließlich Juli 2004 – die DAV-Sterbetafeln 1994R mit einem Rechnungszins von 4 %, 3,25 % bzw. 2,75 % und einem Zillmersatz von 40 ‰ der Beitragssumme sowie für die Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge die DAV-Sterbetafeln 2004R B7, bei laufender Rentenzahlung DAV-Sterbetafel 2004R B20, mit unternehmensindividuell bestimmten Werten für Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeit
- bei Rentenversicherungen – abgeschlossen ab August 2004 – die DAV-Sterbetafel 2004R mit einem Rechnungszins von 2,75 % bzw. 2,25 % und einem Zillmersatz von 40 ‰ der Beitragssumme
- bei Rentenversicherungen nach AVmG – abgeschlossen ab Januar 2006 – die Unisex-Sterbetafel (abgeleitet aus der DAV-Sterbetafel 2004R) mit einem Rechnungszins von 2,75 % bzw. 2,25 % und einem Zillmersatz von 9 ‰ der Beitragssumme in den ersten 5 Versicherungsjahren zugrunde.

Für die Berechnung der Zinszusatzreserve wurde ein Referenzzins von 3,92 % verwendet.

Die von uns eingesetzten biometrischen Rechnungsgrundlagen sind von der DAV hergeleitet worden und tragen den Erfordernissen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) Rechnung. Nähere Hinweise über die Herleitung dieser biometrischen Rechnungsgrundlagen finden sich in den Blättern der Deutschen Gesellschaft für Versicherungs- und Finanzmathematik e.V. (DGVFM), zu beziehen über den Springer Verlag Berlin/Heidelberg (www.springerlink.com). Weitere, nicht in den Blättern der DGVFM veröffentlichte Hinweise finden sich unter www.aktuar.de.

Anhang

Bei der Berechnung der Bonus- und Verwaltungskostenrückstellungen im Altbestand sowie im Neubestand liegen die gleichen Rechnungsgrundlagen vor wie bei der zugehörigen Hauptversicherung. Die Bildung einer Verwaltungskostenrückstellung war beim Bonus nicht erforderlich.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde für jeden bis zum Abschlussstichtag eingetretenen und bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versicherungsfall einzeln in Höhe der zu erwartenden Leistung angesetzt. Für jeden Versicherungsfall, der bis zum Abschlussstichtag eingetreten, jedoch erst nach der Bestandsfeststellung bekannt geworden ist, wurde in Höhe der unter Risiko stehenden Summe eine Spätschadenrückstellung gebildet. Für unbekannte Spätschäden wurde ein Pauschalzuschlag auf der Grundlage der eingetretenen Vorjahresspätschäden berücksichtigt. Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde entsprechend dem BMF-Erlass vom 02.02.1973 mit 1 % der in Frage kommenden Rückstellungen gebildet.

Das in Rückdeckung übernommene Geschäft wurde nach Vorgabe des Vorversicherers bilanziert.

Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Bei Pensionsrückstellungen erfolgte die Bewertung der Vor-sorgeverpflichtungen nach § 253 Abs. 1 und 2 HGB mit dem Teilwertverfahren bzw. der PUC-Methode unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und einem Zinssatz von 5,13 %. Bei gehaltsabhängigen Pensionszusagen wurde eine erwartete Gehaltssteigerung von 3 % sowie eine Rentendynamik von 1,5 % zugrunde gelegt.

Die Rückstellung für zu erwartende Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen wurde unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 3,94 % sowie einem Entgelttrend von 2,0 % p.a. gebildet. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Verpflichtungen des Bestandes von zwei Jahren wurden berücksichtigt. Die Altersteilzeitrückstellung wurde mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung dieser Schuld dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet. Die entsprechenden Wertpapiere wurden gemäß § 253 Absatz 1 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die sonstigen Rückstellungen wurden nach dem voraussichtlichen Bedarf gebildet.

Verbindlichkeiten wurden mit ihren Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Gegenüber einem Unternehmen, mit dem ein Beteiligungsverhältnis besteht, ergaben sich Nachschussverpflichtungen in Höhe von 1 336 TEUR. Aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Lage des Beteiligungsunternehmens wird das Risiko der Inanspruchnahme aus der Nachschussverpflichtung als gering eingestuft.

Gegenüber einem Unternehmen bestehen Verpflichtungen aus nicht eingezahltem Stammkapital in Höhe von 420 TEUR.

Die Gesellschaft ist gemäß §§ 124 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds kann Sonderbeiträge in Höhe von 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 3 545 TEUR.

Zusätzlich hat sich die Gesellschaft verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 31 906 TEUR. Die Inanspruchnahme ist von einem Sanierungsfall abhängig. Derzeit ist kein Konkurs einer Lebensversicherung bekannt. Deshalb wird die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme als gering eingestuft.

Die Gesellschaft hat aufgrund der Neuregelung des Versicherungsvermittlerrechts für ihre gewerbsmäßig tätigen Versicherungsvermittler mit einer uneingeschränkten Haftungsübernahme einen Gruppenvertrag zur Vermögensschäden-Haftpflichtversicherung abgeschlossen.

Dieser bezieht sich auf die

Grunddeckung Außendienst:

- auf die Grunddeckung von 1,13 Mio. EUR für Vermögensschäden; Gesamtleistung für alle Versicherungsfälle eines Jahres beträgt das Doppelte dieser Versicherungssumme (2,26 Mio. EUR)
- Für die Vermittlung von Finanzdienstleistungen steht eine separate Versicherungssumme von 200 TEUR, begrenzt auf 400 TEUR je Versicherungsjahr, zur Verfügung

erweiterte Deckung Außendienst:

- auf einen erweiterten Versicherungsschutz von 4 Mio. EUR für Vermögensschäden im Anschluss an 1,3 Mio. EUR für Vermögensschäden aus der Grunddeckung; die Gesamtleistung für alle Versicherungsfälle eines Jahres beträgt das Doppelte dieser Versicherungssumme (8 Mio. EUR); dieser Versicherungsschutz gilt für alle im Firmenkundengeschäft tätigen selbständigen Vermittler und deren im Firmenkundengeschäft tätigen selbständigen Außendienstmitarbeiter.

Grunddeckung nebenberufliche Vermittler Innendienst:

- auf die Grunddeckung von 1,13 Mio. EUR für Vermögensschäden; Gesamtleistung für alle Versicherungsfälle eines Jahres beträgt das Doppelte dieser Versicherungssumme (2,26 Mio. EUR)

Latente Steuern

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus Unterschieden zwischen handelsrechtlicher und steuerlicher Bewertung der Pensionsrückstellungen, der steuerlichen Nichtanerkennung handelsrechtlicher Abschreibungen auf Kapitalanlagen sowie Differenzen zwischen handelsrechtlich und steuerlich zu erfassenden Erträgen aus Fondsanlagen.

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Die Gesellschaft least selbst genutzte Teile des Verwaltungsgebäudes An der Flutrinne 12 in Dresden zur Durchführung des laufenden Geschäftsbetriebes. Aus diesem Vertrag werden keine Risiken erwartet.

Anhang

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III im Geschäftsjahr 2011

	Bilanzwerte Vorjahr TEUR	Zugänge TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	178	112
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	823	-
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	74	-
2. Beteiligungen	8 097	2 611
3. Summe B II.	8 171	2 611
B III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	238 428	258
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 059 144	139 430
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	7 705	-
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	479 765	46 523
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	782 371	170 495
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	3 238	1 948
d) übrige Ausleihungen	22 930	577
5. Einlagen bei Kreditinstituten	13 500	34 000
6. Andere Kapitalanlagen	50 000	-
7. Summe B III.	2 657 081	393 231
Insgesamt	2 666 253	395 954

Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
-	-	-	67	223
-	-	-	8	815
-	-	-	-	74
-	5 870	19	1 629	3 228
-	5 870	19	1 629	3 302
-	1 015	-	199	237 472
-	78 438	-	19 135	1 101 001
-2	393	-	-	7 310
-80	58 116	-	-	468 092
-8 680	114 627	-	-	829 559
-	2 189	-	-	2 997
5	3 039	-	-	20 473
-	-	-	-	47 500
-	-	-	-	50 000
-8 757	257 817	-	19 334	2 764 404
-8 757	263 687	19	21 038	2 768 744

Anhang

Verbundene Unternehmen und Beteiligungen (Angaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB)

Anteile an verbundenen Unternehmen	Anteil %	Geschäftsjahr	Eigenkapital EUR	Jahresergebnis EUR
S-FinanzManagement Leipzig GmbH, Leipzig	50,0	2010	25 000	3 399
S-Mobil GmbH, Dresden	49,0	2010	100 000	98 901
SIV Mittelsachsen GmbH, Freiberg	5,0	2010	250 000	191 093

Beteiligungen	Anteil %
Protektor Lebensversicherung-AG, Mannheim	0,15
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH	4,93
UBB Vermögensverwaltungs GmbH	5,00
Beteiligungsgesellschaft für betriebliche Altersversorgung der öffentlichen Versicherer mbH, Düsseldorf	2,60
BVS Betriebsvorsorge Service GmbH, München	3,70

Zeitwerte der Kapitalanlagen

	fortgeführte Anschaffungskosten 2011 TEUR	Zeitwert 2011 TEUR	Bewertungs- differenz 2011 TEUR
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	814	902	88
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	74	74	-
2. Beteiligungen	3 228	3 228	-
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	237 472	237 554	82
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 101 001	1 086 884	-14 117
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	7 310	8 062	752
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	468 092	468 692	600
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	829 559	830 738	1 179
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	2 997	4 375	1 378
d) übrige Ausleihungen	20 473	16 461	-4 012
5. Einlagen bei Kreditinstituten	47 500	47 500	-
6. Andere Kapitalanlagen	50 000	40 598	-9 402
Insgesamt	2 768 520	2 745 068	-23 452

Der Zeitwert der zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen betrug 2 745 068 TEUR (saldierte Lasten: 23 452 TEUR).

In den Lasten der zu Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen enthalten sind nicht vorgenommene Abschreibungen in Höhe von 186 705 TEUR. Diese teilen sich wie folgt auf:

	Buchwert TEUR	nicht vorgenommene Abschreibungen TEUR
Investmentanteile	114 688	4 040
andere festverzinsliche Wertpapiere	492 085	106 354
Hypothekendarlehen	7 310	22
sonstige Ausleihungen	561 725	66 887
andere Kapitalanlagen	50 000	9 402
Summe	1 225 808	186 705

Bei den anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den sonstigen Ausleihungen wird von einer Bedienung des Nominalwerts zur Fälligkeit ausgegangen, da 49 Mio. EUR der nicht vorgenommenen Abschreibungen auf Staats- und Kommunalanleihen entfallen. Weitere 56 Mio. EUR entfallen auf Pfandbriefe. 32 Mio. EUR der nicht vorgenommenen Abschreibungen bestehen bei Kreditinstituten mit einem Mindestrating von A-. Weitere 14 Mio. EUR stehen auf Wertpapieren der S-Finanzgruppe, welche durch die Institutsicherung zusätzliche Sicherheiten bietet. Hinzu kommen noch 6 Mio. EUR stille Lasten auf öffentlich garantierte Anleihen.

Die stillen Lasten auf Hypothekendarlehen beziehen sich auf Finanzierungsobjekte in der Zwangsversteigerung, welche jedoch durch werthaltige Grundschulden in Höhe der Forderungen gesichert sind.

Bei den anderen Kapitalanlagen handelt es sich um stille Beteiligungen, bei denen eine Wertaufholung aufgrund der langen Restlaufzeit erwartet wird.

Auf Aktien bestanden weder im Direktbestand noch innerhalb von Investmentanteilen stille Lasten.

	Buchwert TEUR	Reserven TEUR	Ausschüttung TEUR
Aktienfonds	50 112	-	1 947
Rentenfonds	104 688	-3 474	3 810
Immobilienfonds	81 264	3 363	5 028

Die nicht vorgenommenen Abschreibungen bei Investmentanteilen fallen auf Renten und Immobilien, deren Wertminderung voraussichtlich nicht von Dauer ist. Es wird von einer zukünftigen Wertsteigerung ausgegangen.

Die Rücknahme der Anteile der Immobilienfonds SEB Europe REI (20,0 Mio. EUR) und AIK Retail Germany Plus (10,0 Mio. EUR) ist jederzeit zum Monatsende möglich.

Währungsreserven

Zum Bilanzstichtag befanden sich mit Buchwert 67,3 Mio. EUR Öffentliche Pfandbriefe in dänischen Kronen (DKK) im Bestand. Darauf bestanden stille Lasten aus Fremdwährungen in Höhe von 167 TEUR.

Anhang

Nicht zum Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Bilanzposition	Struktur	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR
B.III.2.	Floater	10 000	9 554
	Floater mit Kündigungsrecht	4 992	4 344
B.III.4.a	Floater	100 000	88 065
B.III.4.b	Floater	20 000	16 817
	Floater mit Kündigungsrecht	11 800	11 773

Die Ermittlung der maßgebenden Bewertungsreserven, welche nach § 153 VVG in die Überschussbeteiligung einzubeziehen sind, wurde monatlich jeweils zum 2. Arbeitstag durchgeführt. Die Bewertungsreserven werden dem Versicherungsvertrag nach einem verursachungsorientierten Verfahren anteilig rechnerisch zugeordnet. Bei Beendigung des Vertrages, spätestens zu Beginn der Rentenzahlung, wird der dem Vertrag für diesen Zeitpunkt aktuell zugeordnete Betrag der Bewertungsreserven zur Hälfte zugeteilt und zur Erhöhung der Versicherungsleistung verwendet.

Um im Jahr 2011 zum Schutz des Gesamtbestandes die Auszahlung unerwartet hoher Bewertungsreserven zu vermeiden, wurde innerhalb des Beschlusses zur Gewinndeclaration festgelegt, dass ein Teil der Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven in Form einer Sockelbeteiligung erfolgt. Die Sockelbeteiligung an Bewertungsreserven ist an die Schlussüberschussbeteiligung gekoppelt und betrug im Jahr 2011 80 % der Schlussüberschussanteile.

Staatsanleihen in PIIGS-Staaten

	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR
Portugal	18 293	9 800
Irland	9 933	7 976
Italien	33 706	24 889
Griechenland	6 600	6 600
Spanien	50 135	38 882
Insgesamt	118 667	88 087

Das politische Bemühen, die Schuldenkrise der EU-Staaten nachhaltig beherrschbar zu machen, ist nach wie vor vorhanden. Sowohl der ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) als auch der EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) stellen geeignete Mittel dar, die europäische Schuldenkrise nachhaltig überwinden zu können. Unterstützung wird darüber hinaus noch von Seiten des IWF (Internationaler Währungsfonds) erwartet.

Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass auf den Staatsanleihen der Peripheriestaaten lediglich nicht dauernde Wertminderungen lasten. Eine Ausnahme zu der getätigten Aussage stellt Griechenland dar. Hier muss zwingend von einer dauernden Wertminderung ausgegangen werden. Dem folgend erfolgt eine Abschreibung auf den Marktwert.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern
von Lebensversicherungspolice

Bezeichnung des Fonds	Bilanzwert EUR	Stück
DekaFonds	82 402,17	1 433
AriDeka	24 428,56	540
Deka Bund + Finanz 1-3 TF	186 423,27	4 289
Deka-EuropaBond TF	42 917,69	1 124
WestInvest InterSelect	27 433,71	547
Deka-Zielfonds 2050-2054	5 682,99	195
Deka-Zielfonds 2015-2019	74 277,38	1 729
Deka-Zielfonds 2020-2024	59 648,73	1 526
Deka-Zielfonds 2025-2029	105 020,97	2 765
Deka-Zielfonds 2030-2034	72 261,16	1 788
Deka-Euroland DiscountStrategie TF	1 149,80	33
Deka-GlobalChampions TF	18 570,37	210
Deka-Zielfonds 2035-2039	43 838,56	1 467
Deka-Zielfonds 2040-2044	69 026,27	2 317
Deka-Zielfonds 2045-2049	10 114,80	340
DekaLux-MidCap TF (A)	3 117,51	81
DekaStruktur: 2 ErtragPlus	2 280 091,80	53 013
DekaStruktur: 2 Wachstum	5 011 307,34	132 190
DekaStruktur: 2 Chance	6 926 568,55	227 101
DekaStruktur: 2 ChancePlus	34 815 528,24	1 300 543
IFM AktienfondsSelekt	71 738,80	1 400
WestLB Mellon Compass Fund-Global E.M.Fund	28 154,13	3 167
Deka-Global ConvergenceRenten CF	4 534,08	109
Deka-Commodities TF (A)	56 671,12	784
Deka-GeldmarktPlan TF	18 403,98	19
DekaStruktur: V ErtragPlus	309 520,15	3 510
DekaStruktur: V Wachstum	764 036,28	8 982
DekaStruktur: V Chance	651 105,74	8 627
DekaStruktur: V ChancePlus	10 499 049,52	131 287
Deka-TopGarant 2018-2021	245 059,38	2 474
Deka-TopGarant 2022-2025	166 119,03	1 814
Deka-TopGarant 2026-2029	160 909,22	1 857
Deka-TopGarant 2030-2033	139 773,38	1 631
Deka-TopGarant 2034-2037	74 745,54	927
Deka-TopGarant 2038-2041	29 886,89	396
Deka-TopGarant 2042-2045	44 883,51	591
Deka-TopGarant 2046-2049	23 686,68	312
Deka-TopGarant 2050-2053	25 349,81	351
Rainbow Certificate (01.12.2008/2020)	3 843 190,00	3 700
Millenium Certificate (01.12.2009/2021)	3 686 789,40	4 227 000
Millenium Certificate (01.10.2010/2015)	576 008,50	635
Millenium Certificate (01.12.2010/2022)	8 645 552,50	9 425

Anhang

Andere Vermögensgegenstände

Hierbei handelt es sich um vorausgezahlte Versicherungsleistungen.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Die sonstige Rechnungsabgrenzung beinhaltet vorausgezahlte Aufwendungen, die das Folgejahr betreffen.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 31 189 TEUR. Es ist eingeteilt in 61 000 auf den Namen lautende Stückaktien. Das Aktienkapital hält mit 99,84 % die S.V. Holding AG, Dresden. Die restlichen Anteile hält die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG.

Die Mitteilung nach § 20 AktG ist der Gesellschaft ordnungsgemäß zugegangen.

Deckungsrückstellung

Gliederung der Deckungsrückstellung	Sterbetafel	Zinssatz in %	Zillmersatz in ‰ bis zu	Anteil an der Rückstellung in %
Kapitalbildende Versicherung	ADST 86	3,5	35 der Versicherungssumme	2,4
	DAV 94T	4,0	40 der Beitragssumme	6,8
	DAV 94T	3,25	40 der Beitragssumme	4,2
	DAV 94T	2,75	40 der Beitragssumme	3,5
	DAV 94T	2,25	40 der Beitragssumme	2,6
Rentenversicherung	ADST 87R	3,5	35 der zehnfachen Jahresrente	0,7
	DAV 94R	4,0	40 der Beitragssumme	15,0
	DAV 94R	3,25	40 der Beitragssumme	16,7
	DAV 94R	2,75	40 der Beitragssumme	2,3
	DAV 2004R	2,75	40 der Beitragssumme	12,8
	DAV 2004R	2,25	40 der Beitragssumme	27,1
	SVS-ST06Runi	2,75	9 der Beitragssumme in den ersten 5 Versicherungsjahren	1,7
	SVS-ST07Runi	2,25	9 der Beitragssumme in den ersten 5 Versicherungsjahren	2,3
Summe				98,1

Gesetzliche Rücklage

	TEUR
Bilanzwert Vorjahr	943
Einstellung aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres	35
Bilanzwert Geschäftsjahr	978

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die S.V. Holding AG, Dresden, hat der Gesellschaft in 2006 zur Stärkung der Kapitalausstattung ein Nachrangdarlehen in Höhe von 26 000 TEUR gewährt. Das Darlehen hat eine Laufzeit bis 2016.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	TEUR
Bilanzwert Vorjahr	134 887
Zuführung	11 376
Entnahme für die Versicherungsnehmer	32 323
Bilanzwert Geschäftsjahr	113 940

Von dem zum 31.12.2011 ausgewiesenen Betrag der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entfallen gemäß § 28 Abs. 8 RechVersV auf

	TEUR
a) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	18 340
b) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen	859
c) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	1 494
d) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe c	1
e) den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe b	18 895
f) den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung der Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe c	30 351
g) den ungebundenen Teil	44 000

Die Berechnungen für den Schlussüberschussanteilfonds sind prospektiv und einzelvertraglich durchgeführt worden.

Für den Altbestand im Sinne des § 11c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG wurde der Schlussüberschussanteilfonds als Barwert des erreichten Anspruchs auf den Schlussüberschussanteil am Ende des Geschäftsjahres unter Berücksichtigung der Ausscheidewahrscheinlichkeiten der jeweiligen Hauptversicherung und einem Gesamtdiskontsatz von 5,0 % berechnet. Der Schlussüberschussanteilfonds des Neubestandes wurde nach dem in § 28 RechVersV beschriebenen Verfahren mit einem Gesamtdiskontsatz von 5,0 % berechnet. Der darin enthaltene eigentliche Zinssatz erfüllt die Bedingungen des § 28 RechVersV.

Die Überschussanteile für die Versicherten sind auf den Seiten 53–69 dargestellt. Ebenso sind dort die Beträge zur Auffüllung der einzelvertraglich gebildeten Zusatzrückstellung für die Rentenversicherungen enthalten.

Anhang

Sonstige Rückstellungen

Hier sind u.a. Provisionsrückstellungen in Höhe von 5 650 TEUR, Rückstellungen für Erfolgsbeteiligungen mit 3 076 TEUR und für Lieferungen und Leistungen mit 3 097 TEUR enthalten.

Rückstellungen für Altersteilzeit	TEUR
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	287
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	293
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	909
Gebildete Rückstellungen für Altersteilzeit	622

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

Hier sind u.a. die den Versicherungsnehmern gugeschriebenen Überschussanteile mit 59 747 TEUR enthalten, die bis zur Fälligkeit der Versicherungsleistung verzinslich angesammelt werden.

Sonstige Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren existieren nicht.

Beiträge

Gebuchte Bruttobeiträge des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts	2011 TEUR	2010 TEUR
Einzelversicherungen		
laufende Beiträge	218 653	203 062
Einmalbeiträge	172 051	215 867
Kollektivversicherungen		
laufende Beiträge	17 234	15 554
Einmalbeiträge	4 608	4 956
	412 546	439 439
mit Gewinnbeteiligung bei denen das Kapitalanlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	406 461	423 260
	6 085	16 179
	412 546	439 439

In Rückdeckung gegebenes Versicherungsgeschäft

	2011 TEUR	2010 TEUR
Anteile der Rückversicherer an		
verdienten Bruttobeiträgen	7 751	5 993
Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle	2 288	2 606
Brutto-Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	9 155	2 942
Rückversicherungssaldo zu unseren Gunsten (-)/ zu unseren Lasten (+)	-3 692	445

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungs-
vertreter, Personalaufwendungen

	2011 TEUR	2010 TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungs- vertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	35 251	29 829
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	738	697
3. Löhne und Gehälter	15 601	14 017
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	2 318	2 259
5. Aufwendungen für Altersversorgung	1 958	469
6. Aufwendungen insgesamt	55 866	47 271

Anhang

Sonstige Angaben

Im Laufe des Geschäftsjahres waren durchschnittlich 266 Innendienst-Mitarbeiter und 424 Außendienst-Mitarbeiter angestellt.

Für das Berichtsjahr hat der Vorstand von der Gesellschaft 1 014 TEUR bezogen. Die Aufsichtsratsvergütungen betragen 86 TEUR.

Aufsichtsrat und Vorstand sind auf Seite 11 aufgeführt.

Der Jahresabschluss der Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Sachsen-Finanzgruppe, Leipzig, einbezogen. Dieser wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Für das Geschäftsjahr wurden vom Abschlussprüfer 105 TEUR für Abschlussprüfungsleistungen, 9 TEUR für Steuerberatungsleistungen und 20 TEUR für sonstige Leistungen berechnet.

Dresden, den 23. April 2012

Sparkassen-Versicherung Sachsen
Lebensversicherung AG



Gerhard Müller



Hans-Jürgen Büdenbender



Friedrich Scholl

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Dresden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit

und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 24. April 2012

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Roland Oppermann
Wirtschaftsprüfer

Rüdiger Hildebrandt
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Gesellschaft ständig überwacht und sich über deren Lage und Entwicklung durch mündliche und schriftliche Berichte des Vorstands unterrichten lassen.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011 sind durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, geprüft und mit den ordnungsgemäß geführten Büchern, den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung in Übereinstimmung befunden worden. Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsbericht, aufgrund dessen der Abschluss mit dem gesetzlichen Bestätigungsvermerk versehen wurde, Kenntnis genommen und erhebt keine Einwendungen.

Der Verantwortliche Aktuar hat an der Sitzung des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Der Aufsichtsrat erhebt gegen den Bericht des Verantwortlichen Aktuars keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht des Vorstands. Er ist mit dem Vorschlag des

Vorstands über die Verwendung des Bilanzgewinns einverstanden und empfiehlt der Hauptversammlung, entsprechend zu beschließen.

Der Jahresabschluss ist hiermit festgestellt.

Dem Aufsichtsrat hat der Bericht des Vorstands über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG vorgelegen. Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

Die KPMG AG hat diesen Bericht ebenfalls geprüft und folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat zu dem Ergebnis der Prüfung der KPMG AG keine Anmerkungen und erhebt keine Einwendungen gegen die im Lagebericht des Vorstands enthaltene Schlusserklärung.

Dresden, den 30. Mai 2012

Der Aufsichtsrat

Joachim Hoof
Vorsitzender

Überschussverteilung

Überschussanteile für die Versicherten im Jahr 2012

Für das im Geschäftsjahr 2012 beginnende bzw. endende Versicherungsjahr werden die nachstehend aufgeführten Überschussanteile vergütet. Dabei werden die genannten Schlussüberschussanteile für alle bis zum 31.12.2012 eintretenden Leistungsfälle gewährt.

Die Vergleichszahlen des Vorjahres 2011 werden nur dann – in Klammern () – genannt, wenn sie von den Zahlen des Geschäftsjahres 2012 abweichen.

Die laufende Gesamtverzinsung, die wir unseren Versicherungsnehmern in Anbetracht der Entwicklung an den Finanzmärkten bieten können, beträgt 3,40 (4,00) %. Im Tarifwerk 1992 gilt abweichend davon geschäftspalmäßig eine laufende Gesamtverzinsung von 3,50 %. Einschließlich Schlussüberschussbeteiligung beläuft sich die Gesamtverzinsung somit für einen Großteil des Bestandes auf mindestens 4,00 %.

Ab Beginn des Jahres 2008 beteiligen wir unsere Kunden gemäß § 153 VVG an den Bewertungsreserven. Bei Vertragsbeendigung, d. h. bei Ablauf des Vertrages, Tod oder Rückkauf, bei aufgeschobenen Rentenversicherungen spätestens zu Beginn der Rentenzahlung, wird eine Beteiligung an den Bewertungsreserven gemäß § 153 VVG gewährt. Die Bewertungsreserven werden zeitnah zum Fälligkeitstermin ermittelt. Bewertungsreserven schwanken sehr stark; sie können positiv oder negativ sein. Negative Bewertungsreserven gehen nicht zu Lasten unserer Kunden. Fondsgebundene Versicherungen erhalten gemäß VVG grundsätzlich keine Beteiligung an den Bewertungsreserven. Im Jahr 2012 wird eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gewährt.

1 Einzel- und Gruppen-Kapital-Versicherungen (ohne Risikoversicherungen) und Vermögensbildungsversicherungen

1.1 Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammensetzt. Dabei wird der Risiko- und Kostenüberschussanteil bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Der Zinsüberschussanteil ZI bemisst sich in % des überschussberechtigten Deckungskapitals, welches auch evtl.

geleistete Zuzahlungen berücksichtigt. Überschussberechtig ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

Der Risikoüberschussanteil RI wird – getrennt für Männer (RIM) und Frauen (RIF) – in % des Beitrages für das Todesfall-Risiko angegeben und ist beim Tarifwerk 1992 auf 6 ‰, beim Tarifwerk 1994 auf 5 ‰ des unter Todesfall-Risiko stehenden Kapitals begrenzt.

Der Kostenüberschussanteil VK wird in % des Tarifjahresbeitrages angegeben. Bei Versicherungen nach den Tarifwerken 2004 bis 2008 wird der Kostenüberschussanteil VK erstmals nach einer Wartezeit von drei Versicherungsjahren ausgeschüttet, bei den Tarifwerken 2010 und 2012 nach einer Wartezeit von fünf Jahren.

Bei Versicherungen nach Tarifwerk 2012 können den laufenden Überschussanteilen jährlich Kosten in Höhe von maximal 50 % der Überschusszuführung entnommen werden. Im Jahr 2012 beträgt die maximale Kostenentnahme 0 EUR.

Der jährliche Überschussanteil wird – nach Abzug des erforderlichen Betrages für eine evtl. vereinbarte Mehrleistung (vgl. Ziffer 3) – in der Regel zur Erhöhung der Versicherungsleistungen bei Tod und Ablauf (Bonus) verwendet. Der Bonus wird im Todes- (außer bei den Tarifen 3 und 3T) und Erlebensfall in voller Höhe gezahlt. Bei Rückkauf und bei den Tarifen 3 und 3T auch im Todes- bzw. Heiratsfall wird der Barwert des Bonus gewährt. Dieser Bonus ist ebenfalls überschussberechtig.

Es kann auch vereinbart werden, dass die jährlichen Überschussanteile verzinslich angesammelt werden. Bei verzinslicher Ansammlung der jährlichen Überschussanteile werden diese mit insgesamt 3,40 (4,00) % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem rechnungsmäßigen Zins und einem überrechnungsmäßigen Zins, dem Ansammlungsüberschussanteil, zusammen. Das verzinslich angesammelte Überschussguthaben wird für nicht vollendete Jahre höchstens mit dem Rechnungszins verzinst.

Bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen kann auch vereinbart werden, dass der jährliche Überschussanteil mit den Beiträgen des Folgejahres verrechnet wird (Barüberschussanteile).

Bei den Tarifwerken ab 2004 kann auch vereinbart werden, dass die jährlichen Überschussanteile in Fonds angelegt werden.

Überschussverteilung

Durch die Vereinbarung einer anfänglichen Todesfallmehrleistung (vgl. Ziffer 3) erhöht sich der Versicherungsschutz schon ab Versicherungsbeginn. Die hierfür jeweils zum Beginn eines Versicherungsjahres benötigten Beiträge werden zu Lasten der alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschussanteile vorfinanziert und später (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 3,40 % p. a.) mit diesen verrechnet. Verbleibt nach dieser Verrechnung ein positiver Saldo, so wird dieser entsprechend der getroffenen Vereinbarung weiterverwendet. Ein sich eventuell ergebender negativer Saldo wird solange fortgeschrieben (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 3,40 % p. a.), bis er durch spätere verbleibende positive jährliche Überschussanteile vollständig getilgt ist.

Auch wenn keine anfängliche Todesfallmehrleistung vereinbart wurde, kann sich aufgrund der mit dem Abschluss des Vertrages verbundenen einmaligen Kosten ein negativer Saldo ergeben. Dieser negative Saldo wird solange fortgeschrieben (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 3,40 % p. a.), bis er durch spätere verbleibende positive jährliche Überschussanteile vollständig getilgt ist. Ein verbleibender positiver Saldo (jährlicher Überschussanteil) wird entsprechend der getroffenen Vereinbarung verwendet.

Für die einzelnen Tarifarten/Tarifwerke gelten folgende Überschussanteilsätze:

Einzel-Kapitalversicherungen (ohne Vermögensbildungsversicherungen), Sammelversicherungen nach Einzel- und Sondertarifen

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze			
		ZI in %	RIM in %	RIF in %	VK in %
1992	3,50	0,00 (0,50)	60	60	0,6 (1,1)
1994	4,00	0,00	40	35	0,6 (1,1)
2000	3,25	0,15 (0,75)	40	35	0,6 (1,1)
2004, 2005	2,75	0,65 (1,25)	40	35	0,6 (1,1)
2007, 2008,					
2010	2,25	1,15 (1,75)	40	35	0,6 (1,1)
2012	1,75	1,65	40	35	0,6

Vermögensbildungsversicherungen

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze			
		ZI in %	RIM in %	RIF in %	VK in %
1992	3,50	0,00 (0,50)	-	-	-
1994	4,00	0,00	-	-	-
2000	3,25	0,15 (0,75)	-	-	-
2004, 2005	2,75	0,65 (1,25)	-	-	-
2007, 2008,					
2010	2,25	1,15 (1,75)	-	-	-
2012	1,75	1,65	-	-	-

Gruppen-Kapitalversicherungen nach Einzel- und Sondertarifen

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze			
		ZI in %	RIM in %	RIF in %	VK in %
1992	3,50	0,00 (0,50)	60	60	0,6 (1,1)
1994	4,00	0,00	40	35	0,0 (0,5)
2000	3,25	0,15 (0,75)	40	35	0,0 (0,5)
2004, 2005	2,75	0,65 (1,25)	40	35	0,0 (0,5)
2007, 2008,					
2010	2,25	1,15 (1,75)	40	35	0,0 (0,5)
2012	1,75	1,65	40	35	0,0

Bei Einzel-Kapitalversicherungen (ohne Vermögensbildungsversicherungen) mit einer Versicherungssumme von mindestens 50.000 EUR beträgt der Kostenüberschussanteilsatz (VK) 3,0 (3,5) % des Tarifjahresbeitrages.

Bei 2NZ-Tarifen gelten um 0,3 %-Punkte reduzierte VK.

Bei Versicherungen auf verbundene Leben (Tarif 2v) ergibt sich der Risikoüberschussanteilsatz RI als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze.

1.2 Schlussüberschussanteile (SÜA)

1.2.1 Höhe der Schlussüberschussanteile

Beitragspflichtige und planmäßig beitragsfreie Versicherungen erhalten am Ende eines jeden (bei Versicherungen mit Abrufphase während der Grundphase) vollendeten Versicherungsjahres eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile.

Die Schlussüberschussanteile setzen sich aus Zins-, Risiko- und Kosten-Schlussüberschussanteilen zusammen.

Für Leistungsfälle, die bis zum 31.12.2012 eintreten, gelten folgende Schlussüberschussätze:

Tarifwerk	Zins-SÜA in % des überschuss- berechtigten Deckungskapitals	Risiko-SÜA in % des Risiko- beitrags	Kosten-SÜA in % des Tarif- jahres- beitrags
1992	0,60 (0,45)	25,00	0,40 (0,00)
1994	0,00 (0,45)	7,50	0,40 (0,00)
2000	0,60 (0,45)	38,50	0,40 (0,00)
2004, 2005	0,60 (0,45)	38,50	0,65 (0,25)
2007, 2008,			
2010	0,60 (0,45)	38,50	5,90 (5,50)
2012	0,60	38,50	5,90

Überschussberechtigter ist dabei das mit dem Rechnungszins abgezinste Deckungskapital zum Ende des Versicherungsjahres.

Für Vermögensbildungsversicherungen werden keine Schlussüberschussanteile gewährt.

Dieser Schlussüberschussanteilsatz gilt bei Verwendung der laufenden Überschussanteile zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Bonus) oder bei verzinslicher Ansammlung der laufenden Überschussanteile.

Versicherungen gegen Einmalbeitrag erhalten nur Zins-SÜA, aber keine Risiko- und Kosten-SÜA. Bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag werden die genannten Sätze um 60 (50) % gekürzt.

Bei Verrechnung der laufenden Überschussanteile mit den Beiträgen (Barüberschussanteile) oder bei der Anlage der Überschussanteile in Fonds werden die genannten Schlussüberschussanteile um 30 % reduziert. Die zu ermittelnden Sätze werden dabei kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet.

1.2.2 Fälligkeit der Schlussüberschussanteile

Die Schlussüberschussanteile werden beim ursprünglich vereinbarten Ablauf der Versicherung (bei Versicherungen mit Abrufphase am Ende der Grundphase) in voller Höhe fällig. Bei Tod, Heirat (nur beim Tarif 3T) und vorgezogenem Ablauf wird der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gezahlt. Stirbt beim Tarif 3T das mitversicherte Kind, so werden Schlussüberschussanteile in der Höhe gewährt, wie sie bei Rückkauf anfallen würden.

Bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages wird ebenfalls der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn zu diesem Zeitpunkt:

- der Versicherte (beim Tarif 2v der ältere der beiden Versicherten) das 65. Lebensjahr vollendet hat

oder

- das Deckungskapital für Hauptversicherung (einschl. evtl. geleisteter Zuzahlungen) und Bonus bzw. das Guthaben aus verzinslich angesammelten Überschussanteilen zusammen mit dem Barwert der Schlussüberschussanteile die Versicherungssumme (beim Tarif 2tg die noch verbleibende Erlebensfallsumme) mindestens erreicht

oder

- der Versicherte (beim Tarif 2v der ältere der beiden Versicherten) das 60. Lebensjahr vollendet hat und der Aufhebungstermin frühestens 5 Jahre vor Vertragsablauf (bei Versicherungen mit Abrufphase frühestens 5 Jahre vor Ende der Grundphase) liegt.

Ist keine dieser Bedingungen erfüllt, so wird nach einer Aufschubzeit von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Vertragslaufzeit (bei Versicherungen mit Abrufphase von einem Drittel der Grundphase), spätestens aber nach 10 Versicherungsjahren bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages der gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

Überschussverteilung

1.2.3 Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven

Ein Teil der Schlussüberschussanteile wird in Form einer Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gezahlt. Im Jahr 2012 beträgt die Sockelbeteiligung 60 (80) % der Schlussüberschussanteile.

1.3 Todesfallmehrleistung

Bei beitragspflichtigen Versicherungen nach den Tarifen 2, 2v und GS2 konnte bei Vertragsabschluss vor dem 01.01.2011 vereinbart werden, dass im Todesfall unter Einbeziehung der Leistungen aus den laufenden Überschussanteilen und den Schlussüberschussanteilen eine Todesfallmehrleistung in % der Versicherungssumme (bei wachsenden Versicherungen der Anfangsversicherungssumme) gewährt wird. Bei Versicherungen mit Abrufphase ist die Vereinbarung einer Todesfallmehrleistung nur für die Dauer der Grundphase möglich. Die Todesfallmehrleistung muss mindestens 5 % betragen und darf – in Abhängigkeit von Geschlecht, Tarif, Dauer und Endalter – die entsprechenden Höchstsätze nicht überschreiten.

2 Fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherungen

Zu Beginn eines jeden Versicherungsmonats werden per Direktgutschrift Risiko- und sonstige Überschussanteile zugewährt, die das Fondsguthaben erhöhen. Der Risikoüberschussanteil wird – für Männer und Frauen getrennt – in % des Beitrages für das Todesfall-Risiko angegeben und ist auf 5 ‰ des unter Todesfall-Risiko stehenden Kapitals begrenzt. Der sonstige Überschussanteil bemisst sich in % des Beitrages.

Der Risikoüberschussanteil bei fondsgebundenen Lebensversicherungen und fondsgebundenen Rentenversicherungen mit Todesfallschutz beträgt für Männer 50 % und für Frauen 45 %, bei fondsgebundenen Rentenversicherungen ohne Todesfallschutz 0 %. Der Kostenüberschussanteil ist 0 % bei allen fondsgebundenen Tarifen.

3 Indexgebundene Rentenversicherungen

Indexgebundene Rentenversicherungen erhalten keine Überschussanteile.

4 Risikoversicherungen

4.1 Risikoversicherungen ohne Restkredit-, Bausparisiko- und Saldenlebensversicherungen und ohne Risikoversicherungen mit Beitragsrückgewähr

Die Überschussanteile werden zum Ende eines jeden Versicherungsjahres per Direktgutschrift zugewährt.

4.1.1 Tarifwerk 1992

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung aus der Risikoversicherung um 100 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.1.2 Tarifwerk 1994

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung aus der Risikoversicherung bei Männern um 60 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 80 %) und bei Frauen um 40 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 60 %). Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Erhöhungsprozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.1.3 Tarifwerke 2000 und 2004

Bei ab dem 01.01.2003 abgeschlossenen Risikoversicherungen mit einer Anfangsversicherungssumme unter 20.000 EUR erhöht sich im Todesfall die fällige Todesfallleistung aus der Risikoversicherung bei Männern um 40 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 50 %) und bei Frauen um 30 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 40 %).

Für alle anderen Versicherungssummen erhöht sich die fällige Todesfallleistung aus der Risikoversicherung bei Männern um 80 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 100 %) und bei Frauen um 60 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 80 %).

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Erhöhungsprozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze.

Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.1.4 Tarifwerke 2005 bis 2012

Zu Vertragsabschluss kann entweder eine Todesfallmehrleistung oder – bei laufender Beitragszahlung – eine Sofortgewinnverrechnung vereinbart werden. Bei der Sofortgewinnverrechnung werden die Überschussanteile mit den fälligen Beiträgen verrechnet.

Für die Todesfallmehrleistung gelten in Abhängigkeit vom Tarifwerk folgende Sätze:

Tarifwerk 2005

	Männer	Frauen
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	40 %	30 %
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	50 %	40 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	80 %	60 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	100 %	80 %

Tarifwerke 2007 bis 2012

	Männer	Frauen
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	60 %	50 %
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	70 %	60 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	120 %	100 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	140 %	120 %

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Prozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

Überschussverteilung

Für die Sofortgewinnverrechnung gelten in Abhängigkeit vom Tarifwerk folgende Sätze:

Tarifwerk 2005

	Männer	Frauen
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	10 %	8 %
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	12 %	10 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	40 %	33 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	45 %	40 %

Tarifwerke 2007 bis 2012

	Männer	Frauen
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	35 %	30 %
Versicherungssummen unter 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	40 %	35 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (alle Tarife außer Sammelversicherungen nach Sondertarif)	65 %	60 %
Versicherungssummen ab 20.000 EUR (Sammelversicherungen nach Sondertarif)	70 %	65 %

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Prozentsatz als Durchschnitt (kaufmännisch gerundet) der für die versicherten Personen geltenden Sätze. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.2 Restkreditversicherungen

Die Überschussanteile werden zum Ende eines jeden Versicherungsjahres per Direktgutschrift zugeteilt.

4.2.1 Tarifwerke 2000 bis 2005

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung aus der Restkreditversicherung bei Männern um 80 % und bei Frauen um 60 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.2.2 Tarifwerke 2007 bis 2012

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung aus der Restkreditversicherung bei Männern um 120 % und bei Frauen um 100 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.3 Bausparisikoversicherungen

Ab Beginn des ersten Versicherungsjahres wird über die Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) eine Sofortgewinnverrechnung in Prozent des Beitrages gewährt und mit diesem verrechnet. Der Überschussanteilsatz hängt vom Geschlecht der versicherten Person ab; er beträgt für Männer 45 % und für Frauen 40 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.4 Saldenlebensversicherungen

Die Überschussanteile werden zum Ende eines jeden Versicherungsjahres per Direktgutschrift zugeteilt.

Die Überschussanteile werden mit den fälligen Beiträgen verrechnet (Sofortgewinnverrechnung). Der Überschussatz beträgt 33 %. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

4.5 Risikoversicherungen mit Beitragsrückgewähr

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung um 100 % im Tarifwerk 2005, um 140 % in den Tarifwerken 2007 bis 2010 und um 110 % im Tarifwerk 2012. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

5 Rentenversicherungen

5.1 Rentenversicherungen (ohne Hinterbliebenen-Zusatzversicherungen und ohne Rentenversicherungen nach dem Altersvermögensgesetz)

Die im Folgenden genannten Überschussanteile stehen in voller Höhe bei Tod und Kapitalzahlung zur Verfügung.

In der Rentenphase werden die Überschussanteile zur Erhöhung der vereinbarten Grundrente verwendet, soweit sie nicht – bei den Tarifwerken 1992 bis 2004 – zur Finanzierung einer aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung erforderlichen Zusatzrückstellung benötigt werden.

5.1.1 Rentenversicherungen vor Rentenbeginn

Die Kapitalabfindung ist gleich dem Deckungskapital der Hauptversicherung bei Ablauf der vereinbarten Aufschubzeit. Bei Versicherungen mit Abrufphase ist die Kapitalabfindung gleich dem Deckungskapital der Hauptversicherung bei Ablauf der Grundphase bzw. gleich dem jeweils erreichten Deckungskapital der Hauptversicherung am Ende eines jeden Versicherungsjahres während der Ablaufphase.

5.1.1.1 Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammensetzt. Dabei wird der Risiko- und Kostenüberschussanteil bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Der Zinsüberschussanteil ZI bemisst sich in % des überschussberechtigten Deckungskapitals. Überschussberechtigt ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

Der Kosten- und Risikoüberschussanteil VK wird in % der versicherten Jahresrente (VKR) und/oder in % des Tarif-

jahresbeitrages (VKB) angegeben. Bei Versicherungen nach den Tarifwerken 2004 bis 2008 wird VK erstmals nach einer Wartezeit von drei Versicherungsjahren ausgeschüttet, bei den Tarifwerken 2010 und 2012 nach einer Wartezeit von fünf Jahren.

Bei Versicherungen nach Tarifwerk 2012 können den laufenden Überschussanteilen jährlich Kosten in Höhe von maximal 50 % der Überschusszuführung entnommen werden. Im Jahr 2012 beträgt die maximale Kostenentnahme 0 EUR.

Der zur Auffüllung einer aufgrund der erhöhten Lebenserwartung erforderlichen Zusatzrückstellung notwendige Betrag wird auf die jährlichen Überschussanteile angerechnet. Darüber hinaus werden die Überschussanteile verzinslich angesammelt. Der Auffüllbetrag wird bei Rückkauf, im Todesfall und bei Kapitalabfindung zusammen mit den verzinslich angesammelten Überschussanteilen ausgezahlt. Bei Eintritt in die Rentenzahlung erhöht er die Rente nicht.

Laufende Überschussanteile, die am 31.12.1995 (Tarifwerk 1992) bzw. am 31.12.2004 (Tarifwerke 1994, 2000 und 2004) bereits zugeteilt waren, werden nicht zur Bildung dieser Zusatzrückstellung verwendet.

Die jährlichen Überschussanteile werden verzinslich angesammelt und mit insgesamt 3,40 (4,00) % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem rechnungsmäßigen Zins und einem überrechnungsmäßigen Zins, dem Ansammlungsüberschussanteil, zusammen. Das verzinslich angesammelte Überschussguthaben wird für nicht vollendete Jahre höchstens mit dem Rechnungszins verzinst.

Bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen kann auch vereinbart werden, dass der jährliche Überschussanteil mit den Beiträgen des Folgejahres verrechnet wird (Barüberschussanteile).

Bei den Tarifwerken ab 2004 kann auch vereinbart werden, dass die jährlichen Überschussanteile in Fonds angelegt werden oder dass der jährliche Überschussanteil mit den Beiträgen des Folgejahres verrechnet wird.

Aufgrund der mit dem Abschluss des Vertrages verbundenen einmaligen Kosten kann sich ein negativer jährlicher Überschussanteil ergeben. Dieser negative Saldo wird solange fortgeschrieben (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 3,40 % p. a.) und mit den alljährlich am Ende des

Überschussverteilung

Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschussanteilen verrechnet, bis er durch spätere verbleibende positive jährliche Überschussanteile vollständig getilgt ist. Ein verbleibender positiver Saldo wird entsprechend der getroffenen Vereinbarung verwendet.

Es gelten folgende Überschussanteilsätze:

Einzelrentenversicherungen, Sammelrentenversicherungen nach Einzel- und Sondertarifen

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze		
		ZI in %	VKR in %	VKB in %
1992	3,50	0,00 (0,50)	-	0,6 (1,1)
1994	4,00	0,00	-	0,5 (1,0)
2000	3,25	0,15 (0,75)	-	0,5 (1,0)
2004 – 2005	2,75	0,65 (1,25)	-	0,5 (1,0)
2007 – 2010	2,25	1,15 (1,75)	-	0,5 (1,0)
2012	1,75	1,65	-	0,5

Gruppenrentenversicherungen nach Einzeltarifen

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze		
		ZI in %	VKR in %	VKB in %
1992	3,50	0,00 (0,50)	-	0,6 (1,1)
1994	4,00	0,00	-	0,0 (0,4)
2000	3,25	0,15 (0,75)	-	0,0 (0,4)
2004 – 2005	2,75	0,65 (1,25)	-	0,0 (0,4)
2007 – 2010	2,25	1,15 (1,75)	-	0,0 (0,4)
2012	1,75	1,65	-	0,0

Gruppenrentenversicherungen nach Sondertarifen

Tarifwerk	Rechnungszins in %	Überschussanteilsätze		
		ZI in %	VKR in %	VKB in %
2000	3,25	0,15 (0,75)	-	0,0 (0,4)
2004 – 2005	2,75	0,65 (1,25)	-	0,0 (0,4)
2007 – 2010	2,25	1,15 (1,75)	-	0,0 (0,4)
2012	1,75	1,65	-	0,0

Bei Einzelrentenversicherungen mit einer versicherten Anfangsjahresrente von mindestens 3.000 EUR beträgt der Kostenüberschussanteilsatz (VKB) 3,0 (3,5) % des Tarifjahresbeitrages.

Für aufgeschobene Rentenversicherungen der 3. Schicht gegen Einmalbeitrag mit Kapitalwahlrecht gelten laufzeitabhängig folgende Gesamtzinssätze vorbehaltlich einer kapitalmarktbedingten Neufestsetzung:

a) nach dem 21.04.2010 und vor dem 10.11.2010 beantragte Versicherungen

Aufschubzeit	Gesamtzins
3 Jahre	2,40 %
4 Jahre	2,70 %
5 Jahre	3,00 %
6 Jahre	3,10 %
7 Jahre	3,20 %
8 Jahre	3,30 %
9 Jahre	3,40 %
10 Jahre	3,50 %
11 Jahre	3,60 %

b) ab dem 10.11.2010 und vor dem 01.01.2012 beantragte Versicherungen

Aufschubzeit	Gesamtzins
3 Jahre	2,30 %
4 Jahre	2,40 %
5 Jahre	2,50 %
6 Jahre	2,60 %
7 Jahre	2,70 %
8 Jahre	2,80 %
9 Jahre	2,90 %
10 Jahre	3,00 %
11 Jahre	3,00 %

c) ab dem 02.01.2012 beantragte Versicherungen

Aufschubzeit	Gesamtzins
3 Jahre	2,00 %
4 Jahre	2,10 %
5 Jahre	2,20 %
6 Jahre	2,30 %
7 Jahre	2,40 %
8 Jahre	2,50 %
9 Jahre	2,60 %
10 Jahre	2,70 %
11 Jahre	2,80 %

5.1.1.2 Schlussüberschussanteile (SÜA)

5.1.1.2.1 Höhe der Schlussüberschussanteile

Beitragspflichtige und planmäßig beitragsfreie Versicherungen erhalten am Ende eines jeden (bei Versicherungen mit Abrufphase während der Grundphase) vollendeten Versicherungsjahres eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile.

Die Schlussüberschussanteile setzen sich aus Zins-, Risiko- und Kosten-Schlussüberschussanteilen zusammen.

Für Leistungsfälle, die bis zum 31.12.2012 eintreten, gelten folgende Schlussüberschussanteilsätze:

Tarifwerk	Zins-SÜA in % des überschuss- berechtigten Deckungskapitals	Risiko-SÜA in % des Tarif- jahres- beitrags	Kosten-SÜA in % des Tarif- jahres- beitrags
1992	0,60 (0,45)	0,00	0,65 (0,25)
1994	0,00 (0,45)	0,00	0,65 (0,25)
2000	0,60 (0,45)	0,00	0,65 (0,25)
2004	0,60 (0,45)	0,00	0,65 (0,25)
2004B, 2005	0,60 (0,45)	2,50	0,65 (0,25)
2007, 2008, 2010	0,60 (0,45)	6,60	0,50 (0,10)
2012	0,60	6,60	0,50

Überschussberechtigter ist dabei das mit dem Rechnungszins abgezinste Deckungskapital zum Ende des Versicherungsjahres.

Davon abweichend gilt für die Sparkassen-DepotRente flex Folgendes: Beitragspflichtige Versicherungen erhalten für jedes vollendete Versicherungsjahr eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile in ‰ der Kapitalabfindung. Für Leistungsfälle, die bis zum 31.12.2012 eintreten, beträgt der Schlussüberschussanteil 18 ‰ im Tarifwerk 2010 und 22 ‰ im Tarifwerk 2012. Bei gegenüber der Aufschubzeit abgekürzter Beitragszahlungsdauer wird der Schlussüberschussanteilsatz im Verhältnis n / t (n = Aufschubzeit, t = Versicherungsdauer) gestreckt, wobei das Ergebnis auf eine Nachkommastelle gerundet wird. Es erfolgt keine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven.

Die genannten Schlussüberschussanteilsätze gelten bei Verwendung der laufenden Überschussanteile zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Bonus) oder bei verzinslicher Ansammlung der laufenden Überschussanteile.

Versicherungen gegen Einmalbeitrag erhalten nur Zins-SÜA, aber keine Risiko- und Kosten-SÜA. Bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag werden die genannten Sätze um 60 (50) % gekürzt.

Bei Verrechnung der laufenden Überschussanteile mit den Beiträgen (Barüberschussanteile) oder bei der Anlage der Überschussanteile in Fonds werden die Schlussüberschussanteile um 30 % gekürzt. Die zu ermittelnden Sätze werden dabei kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet.

5.1.1.2.2 Fälligkeit der Schlussüberschussanteile

Diese Schlussüberschussanteile werden bei Kapitalwahl am Ende der Aufschubzeit (bei Versicherungen mit Abrufphase am Ende der Grundphase) in voller Höhe fällig. Beim Rentenübergang der Tarifwerke 1992 bis 2004 werden die Schlussüberschussanteile vorrangig für die individuelle Finanzierung der zusätzlich erforderlichen Deckungsrückstellung verwendet; in den neueren Tarifwerken werden die Schlussüberschussanteile auch bei Rentenübergang in voller Höhe fällig. Bei Tod wird der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt. Bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn wird ebenfalls der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn zu diesem Zeitpunkt:

- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat

oder

- das Deckungskapital für die Hauptversicherung (einschließlich einer eventuell eingeschlossenen Hinterbliebenen-Zusatzversicherung) und die verzinslich angesammelten Überschussanteile zusammen mit dem Barwert der Schlussüberschussanteile die Kapitalabfindung mindestens erreicht

oder

- der Versicherte das 60. Lebensjahr vollendet hat und der Aufhebungstermin frühestens 5 Jahre vor Ablauf der Aufschubzeit (bei Versicherungen mit Abrufphase frühestens 5 Jahre vor Ende der Grundphase) liegt.

Überschussverteilung

Ist keine dieser Bedingungen erfüllt, so wird nach Ablauf von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Aufschubzeit (bei Versicherungen mit Abrufphase von einem Drittel der Grundphase), spätestens aber nach 10 Versicherungsjahren bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn der gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

5.1.1.2.3 Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven

Ein Teil der Schlussüberschussanteile wird in Form einer Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gezahlt. Im Jahr 2012 beträgt die Sockelbeteiligung 60 (80) % der Schlussüberschussanteile.

5.1.2 Rentenversicherungen nach Rentenbeginn

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ZR in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtig ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

ZR setzt sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammen und wird dazu verwendet, die garantierten Rentenleistungen durch Zuwachsrenten – die ebenfalls überschussberechtig sind – aufzubessern und die ab Rentenbeginn fällige Grundrente ggf. um eine Gewinnrente zu erhöhen. Auf diese Gewinnrente werden die erreichten Zuwachsrenten solange angerechnet, bis sich daraus noch höhere Rentenleistungen ergeben.

Sofern die Überschussanteile nicht ausreichen, um den Betrag der Gewinnrente zu finanzieren, wird ein negativer Saldo aus den Überschussanteilen und dem Gewinnrentenbeitrag bis zur Tilgung mit dem maßgeblichen Gesamtzinsatz von derzeit 3,40 % p. a. fortgeschrieben. Die Tilgung erfolgt mit den am Ende des Versicherungsjahres zugeordneten Überschussanteilen.

In ZR ist ein Anteil von bis zu 0,5 %-Punkten für Schlussüberschussanteile und eine Beteiligung an den Bewertungsreserven enthalten.

Für die einzelnen Tarifwerke gelten folgende Überschussanteilsätze:

a) Zinsüberschussanteilsätze

Tarifwerk	ZR in %
1992	0,35 (0,95)
1994	0,00 (0,50)
2000	0,80 (1,40)
2004	1,30 (1,90)
2004B, 2005	1,40 (2,00)
2007 – 2010	2,10 (2,70)
2012	2,60

Dabei kann bei Rentenbeginn für die ersten 5 Rentenbezugsjahre eine abweichende Zinsvereinbarung getroffen werden.

b) Gewinnrente

Es kann eine Gewinnrente vereinbart werden, wobei eine vertragsindividuelle Höchstgrenze nicht überschritten werden darf.

Wird bei Tod der hauptversicherten Person eine Hinterbliebenenrente fällig, so wird für die mitversicherte Person ein neuer Gewinnrenten-Prozentsatz ermittelt, der höher oder niedriger sein kann als der für die hauptversicherte Person zuletzt gültige Gewinnrenten-Prozentsatz.

5.2 Rentenversicherungen nach dem Altersvermögensgesetz

Die im Folgenden genannten Überschussanteile stehen in voller Höhe bei Tod und Kapitalzahlung zur Verfügung.

In der Rentenphase werden die Überschussanteile zur Erhöhung der vereinbarten Grundrente verwendet, soweit sie nicht zur Finanzierung einer aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung erforderlichen Zusatzrückstellung benötigt werden.

5.2.1 Rentenversicherungen vor Rentenbeginn

5.2.1.1 Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammensetzt. Dabei wird der Risiko- und Kostenüberschussanteil bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Der Zinsüberschussanteil ZI bemisst sich in % des überschussberechtigten Deckungskapitals. Überschussberechtig ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

Der Kostenüberschussanteil VK wird erstmals nach Ablauf von 10 Versicherungsjahren ausgeschüttet und in % der bis dahin eingezahlten Beiträge angegeben.

Der zur Auffüllung einer aufgrund der erhöhten Lebenserwartung erforderlichen Zusatzrückstellung notwendige Betrag wird auf die jährlichen Überschussanteile angerechnet. Darüber hinaus werden die Überschussanteile verzinslich angesammelt. Der Auffüllbetrag wird bei Rückkauf, im Todesfall und bei Kapitalabfindung zusammen mit den verzinslich angesammelten Überschussanteilen ausgezahlt. Bei Eintritt in die Rentenzahlung erhöht er die Rente nicht.

Laufende Überschussanteile, die am 31.12.2004 bereits zugeteilt waren, werden nicht zur Bildung dieser Zusatzrückstellung verwendet.

Bei der Anlageform „verzinsliche Ansammlung“ werden die jährlichen Überschussanteile – vermindert um den vereinbarten Betrag – verzinslich angesammelt und mit insgesamt 3,40 (4,00) % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem rechnungsmäßigen Zins und einem überrechnungsmäßigen Zins, dem Ansammlungsüberschussanteil, zusammen.

Bei der Anlageform „Fondsansammlung“ werden die jährlichen Überschussanteile – vermindert um den vereinbarten Betrag – in einem Investmentfonds angelegt.

Es gelten folgende Überschussanteilsätze:

ZI beträgt für das Tarifwerk 2000 0,15 (0,75) %, für die Tarifwerke 2004, 2005 und 2006 0,65 (1,25) % und für die Tarifwerke 2007 bis 2010 1,15 (1,75) %; VK ist für alle Tarifwerke 0 %.

Bei übertragenen Versicherungen kann für die ersten 5 Versicherungsjahre eine abweichende Zinsvereinbarung getroffen werden.

5.2.1.2 Schlussüberschussanteile

5.2.1.2.1 Höhe der Schlussüberschussanteile

Beitragspflichtige und planmäßig beitragsfreie Versicherungen erhalten am Ende eines jeden (bei Versicherungen

mit Abrufphase während der Grundphase) vollendeten Versicherungsjahres eine nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile.

Die Schlussüberschussanteile setzen sich aus Zins-, Risiko- und Kosten-Schlussüberschussanteilen zusammen.

Für Leistungsfälle, die bis zum 31.12.2012 eintreten, gelten folgende Schlussüberschussanteilsätze:

Tarifwerk	Zins-SÜA in % des überschuss- berechtigten Deckungskapitals	Risiko-SÜA in % des Tarif- jahres- beitrags	Kosten-SÜA in % des Tarif- jahres- beitrags
2000	0,55	-	-
2004	0,55	-	-
2004B, 2005, 2006	0,55	-	-
2007, 2008, 2010	0,55	-	-
2012	0,55	-	-

Überschussberechtig ist dabei das mit dem Rechnungszins abgezinste Deckungskapital zum Ende des Versicherungsjahres.

Die genannten Schlussüberschussanteilsätze gelten bei verzinslicher Ansammlung der laufenden Überschussanteile.

Bei Anlage der Überschussanteile in Fonds werden die Schlussüberschussanteile um 30 % gekürzt. Der zu ermittelnde Satz wird dabei kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet.

5.2.1.2.2 Fälligkeit der Schlussüberschussanteile

Diese Schlussüberschussanteile werden bei Kapitalauszahlung am Ende der Aufschubzeit in voller Höhe fällig. Bei Rentenübergang werden die Schlussüberschussanteile in den Tarifwerken 2000 und 2004 vorrangig für die individuelle Finanzierung der zusätzlich erforderlichen Deckungsrückstellung verwendet; in den neueren Tarifwerken werden die Schlussüberschussanteile in voller Höhe fällig. Bei Tod wird der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt. Bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn

Überschussverteilung

wird ebenfalls der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn zu diesem Zeitpunkt:

- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat
- oder
- das Deckungskapital für die Hauptversicherung und die verzinslich angesammelten Überschussanteile zusammen mit dem Barwert der Schlussüberschussanteile die Kapitalabfindung mindestens erreicht
- oder
- der Versicherte das 60. Lebensjahr vollendet hat und der Aufhebungstermin frühestens 5 Jahre vor Ablauf der Aufschubzeit liegt.

Ist keine dieser Bedingungen erfüllt, so wird nach Ablauf von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Aufschubzeit, spätestens aber nach 10 Versicherungsjahren bei Rückkauf und Beitragsfreistellung des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn der gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

5.2.1.2.3 Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven

Ein Teil der Schlussüberschussanteile wird in Form einer Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gezahlt. Im Jahr 2012 beträgt die Sockelbeteiligung 60 (80) % der Schlussüberschussanteile.

5.2.2 Rentenversicherungen nach Rentenbeginn

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ZR in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtigter ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

ZR setzt sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammen und wird dazu verwendet, die garantierten Rentenleistungen durch Zuwachsrenten – die ebenfalls überschussberechtigter sind – zu erhöhen.

In ZR ist ein Anteil von bis zu 0,5 %-Punkten für Schlussüberschussanteile und eine Beteiligung an den Bewertungsreserven enthalten.

Für die einzelnen Tarifwerke gelten folgende Überschussanteilsätze:

Tarifwerk	ZR in %
2000	0,80 (1,40)
2004	1,30 (1,90)
2004B, 2005	1,40 (2,00)
2007 – 2010	2,10 (2,70)
2012	2,60

Dabei kann bei Rentenbeginn für die ersten 5 Rentenbezugsjahre eine abweichende Zinsvereinbarung getroffen werden.

6 Berufsunfähigkeitsversicherungen

6.1 Versicherungen vor Eintritt der Berufsunfähigkeit (BU)

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins- und Risikoüberschussanteilen zusammensetzt. Dabei wird der Risikoüberschussanteil per Direktgutschrift zugewiesen und bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Der Zinsüberschussanteil ZI bemisst sich in % des überschussberechtigten Deckungskapitals. Überschussberechtigter ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres. Er beträgt 0,15 (0,75) % beim Tarifwerk 2000 und 0,65 (1,25) % bei den Tarifwerken 2004 und 2005 und 1,15 (1,75) % ab Tarifwerk 2007.

Der Risikoüberschussanteil RI wird in % des überschussberechtigten Risikobeitrages angegeben. Er beläuft sich bei den Tarifwerken 2000 und 2004 auf 25 %. Bei den Tarifwerken ab 2005 ist RI abhängig von der jeweiligen Berufs-kategorie:

Berufs-kategorie	RI
1	90
2	65
3	15
4	5
E	0
S	15

Die jährlichen Überschussanteile werden – nach Abzug des erforderlichen Betrages für eine evtl. vereinbarte Berufsunfähigkeitsmehrleistung (vgl. Ziffer 6.1.1) – verzinslich angesammelt und mit insgesamt 3,40 (4,00) % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem rechnungsmäßigen Zins und einem überrechnungsmäßigen Zins, dem Ansammlungsüberschussanteil, zusammen. Das verzinslich angesammelte Überschussguthaben wird für nicht vollendete Jahre höchstens mit dem Rechnungszins verzinst.

Bei den Tarifwerken ab 2007 kann auch vereinbart werden, dass die jährlichen Überschussanteile in Fonds angelegt werden.

Bei Vorliegen gewisser Voraussetzungen kann ab Tarifwerk 2005 auch vereinbart werden, dass der jährliche Überschussanteil mit den fälligen Beiträgen verrechnet wird (Sofortgewinnverrechnung).

Durch die Vereinbarung einer anfänglichen Berufsunfähigkeitsmehrleistung (BUML) erhöht sich der Versicherungsschutz schon ab Versicherungsbeginn (vgl. Ziffer 6.1.1). Die hierfür jeweils zum Beginn eines Versicherungsjahres benötigten Beiträge werden zu Lasten der alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschussanteile vorfinanziert und später (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 3,40 % p. a.) mit diesen verrechnet. Verbleibt nach dieser Verrechnung ein positiver Saldo, so wird dieser entsprechend der getroffenen Vereinbarung weiterverwendet. Ein sich eventuell ergebender negativer Saldo wird solange fortgeschrieben (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 3,40 % p. a.), bis er durch spätere verbleibende positive jährliche Überschussanteile vollständig getilgt ist.

Auch wenn keine anfängliche BUML vereinbart wurde, kann sich aufgrund der mit dem Abschluss des Vertrages verbundenen einmaligen Kosten ein negativer Saldo ergeben. Dieser negative Saldo wird solange fortgeschrieben (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Gesamtzinssatz von derzeit 3,40 % p. a.), bis er durch spätere verbleibende positive jährliche Überschussanteile vollständig getilgt ist. Ein verbleibender positiver Saldo (jährlicher Überschussanteil) wird entsprechend der getroffenen Vereinbarung verwendet.

6.1.1 Berufsunfähigkeitsmehrleistung (BUML)

Bei Eintritt der Berufsunfähigkeit wird eine Berufsunfähigkeitsmehrleistung (BUML) in % der tariflich vereinbarten Rente gezahlt. Die BUML beträgt bei den Tarifwerken 2000 und 2004 25 %.

Bei Versicherungen ab Tarifwerk 2005 gelten in Abhängigkeit von der Berufsklasse für die BUML folgende BUML-Sätze:

Berufsklasse	BUML in %
1	100
2	65
3	15
4	5
E	0
S	15

6.1.2 Sofortgewinnsätze

Bei Versicherungen mit laufender Beitragszahlung kann ab Tarifwerk 2005 auch vereinbart werden, dass die Überschussanteile mit den fälligen Beiträgen verrechnet werden (Sofortgewinnverrechnung).

Für die Sofortgewinnverrechnung gelten in Abhängigkeit von der Berufsklasse folgende Sofortgewinnsätze:

Berufsklasse	Sofortgewinnsatz in %
1	50
2	40
3	12
4	4
E	0
S	12

6.1.3 Fondsansammlung

Bei Versicherungen ab Tarifwerk 2007 kann auch vereinbart werden, dass die Überschussanteile in Fonds angelegt werden.

6.2 Versicherungen nach Eintritt der Berufsunfähigkeit (BU)

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Zinsüberschussanteil ZI in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberech-

Überschussverteilung

tigt ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres. Für die darüber hinaus eventuell noch bestehenden Anwartschaften auf BU-Leistungen wird jedoch der volle hierauf entfallende Überschussanteil gewährt.

Die jährlichen Zinsüberschussanteile für die Beitragsbefreiung werden zur weiteren Erhöhung der verzinslich angesammelten Überschussanteile verwendet.

Die jährlichen Zinsüberschussanteile für die Barrente werden für die Bildung einer zusätzlichen beitragsfreien BU-Rente (BU-Bonusrente) verwendet, die zusammen mit der tarifmäßig versicherten Rente und einer evtl. vereinbarten BUML fällig wird. Die BU-Bonusrente sowie die evtl. vereinbarte BUML sind wiederum überschussberechtigigt.

Der unter Ziffer 6.1 aufgeführte Zinsüberschussanteil gilt in gleicher Höhe.

7 Zusatzversicherungen

7.1 Risiko-Zusatzversicherungen

Die Überschussanteile werden zum Ende eines jeden Versicherungsjahres per Direktgutschrift zugeteilt.

7.1.1 Tarifwerk 1994

Im Todesfall erhöht sich die fällige Leistung aus der Risiko-Zusatzversicherung bei Männern um 60 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 80 %) und bei Frauen um 40 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 60 %). Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Erhöhungsprozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze. Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

7.1.2 Tarifwerke 2000, 2004 und 2005

Bei ab dem 01.01.2003 abgeschlossenen Risiko-Zusatzversicherungen mit einer Anfangsversicherungssumme unter 20.000 EUR erhöht sich im Todesfall die fällige Todesfallleistung aus der Risiko-Zusatzversicherung bei Männern um 40 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 50 %) und bei Frauen um 30 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 40 %).

Für alle anderen Versicherungssummen erhöht sich die fällige Todesfallleistung aus der Risiko-Zusatzversicherung bei Männern um 80 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 100 %) und bei Frauen um 60 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 80 %).

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Erhöhungsprozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze.

Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

7.1.3 Tarifwerke 2007, 2008 und 2010

Bei Risiko-Zusatzversicherungen mit einer Anfangsversicherungssumme unter 20.000 EUR erhöht sich im Todesfall die fällige Todesfallleistung aus der Risiko-Zusatzversicherung bei Männern um 60 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 70 %) und bei Frauen um 50 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 60 %).

Für alle anderen Versicherungssummen erhöht sich die fällige Todesfallleistung aus der Risiko-Zusatzversicherung bei Männern um 120 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 140 %) und bei Frauen um 100 % (für Sammelversicherungen nach Sondertarif um 120 %).

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Erhöhungsprozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze.

Weitere Überschussanteile werden nicht gewährt.

7.2 Unfall-Zusatzversicherungen (UZV)

Diese Zusatzversicherungen erhalten keine Überschussbeteiligung.

7.3 Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen

Die im Folgenden genannten Überschussanteile stehen in voller Höhe bei Tod und Kapitalzahlung zur Verfügung. Die Überschussanteile werden in der Rentenphase zur Erhöhung der vereinbarten Grundrente verwendet, soweit sie nicht zur Finanzierung einer aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung erforderlichen Zusatzrückstellung benötigt werden.

7.3.1 Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen vor Rentenbeginn

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ZI in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtigter ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres. ZI setzt sich aus Zins-, Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammen. Dabei wird bei den Tarifwerken ab 1994 der Kostenüberschussanteil bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Der jährliche Überschussanteil wird vor Rentenbeginn der Hauptversicherung verzinslich angesammelt und mit insgesamt 3,40 (4,00) % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem rechnungsmäßigen Zins und einem überrechnungsmäßigen Zins, dem Ansammlungsüberschussanteil, zusammen. Das verzinslich angesammelte Überschussguthaben wird für nicht vollendete Jahre höchstens mit dem Rechnungszins verzinst.

Bei den Tarifwerken ab 2004 kann auch vereinbart werden, dass die jährlichen Überschussanteile in Fonds angelegt werden.

Nach Rentenbeginn der Hauptversicherung werden die jährlichen Überschussanteile zur Erhöhung der versicherten Rentenleistungen (Zuwachsrente, die ebenfalls überschussberechtigter ist) verwendet.

Für die einzelnen Tarifwerke gelten folgende Überschussanteilsätze:

Tarifwerk	ZI
1992	0,00 (0,50)
1994	0,00
2000	0,15 (0,75)
2004 – 2005	0,65 (1,25)
2007 – 2010	1,15 (1,75)
2012	1,65

7.3.2 Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen nach Rentenbeginn

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ZR in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtigter ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres. ZR setzt sich aus Zins-,

Risiko- und Kostenüberschussanteilen zusammen und wird dazu verwendet, die garantierten Rentenleistungen durch Gewinnrenten – die ebenfalls überschussberechtigter sind – aufzubessern.

Bei Vereinbarung einer Gewinnrente erhöht sich die Rentenzahlung ab Rentenzahlungsbeginn der Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherung (vergleiche Buchstabe b). Die hierfür jeweils zu Beginn eines Versicherungsjahres benötigten Beiträge werden zu Lasten der alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschüsse vorfinanziert und aufgezinnt (mit 3,40 (4,00) %) mit diesen verrechnet. Der danach verbleibende Teil der Überschüsse dient dem Aufbau einer Zuwachsrente, die auf die Gewinnrente angerechnet wird.

In ZR ist ein Anteil von bis zu 0,5 %-Punkten für Schlussüberschussanteile und eine Beteiligung an den Bewertungsreserven enthalten.

a) Für die einzelnen Tarifwerke gelten folgende Überschussanteilsätze:

Tarifwerk	ZR
1992	0,35 (0,95)
1994	0,00 (0,50)
2000	0,80 (1,40)
2004	1,30 (1,90)
2004B, 2005	1,40 (2,00)
2007 – 2010	2,10 (2,70)
2012	2,60

b) Gewinnrente

Es kann ein individueller Gewinnrenten-Prozentsatz vereinbart werden, wobei eine vertragsindividuelle Höchstgrenze nicht überschritten werden darf.

7.4 Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (BUZ)

7.4.1 Versicherungen vor Eintritt der Berufsunfähigkeit

7.4.1.1 Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins- und Risikoüberschussanteilen zusammensetzt. Dabei wird bei den Tarifwerken ab 1994 der Risikoüberschussanteil per Direktgutschrift zugewiesen und bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Überschussverteilung

Der Zinsüberschussanteil ZI bemisst sich in % des überschussberechtigten Deckungskapitals. Überschussberechtig ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres.

Der Risikoüberschussanteil RI wird in Abhängigkeit vom erreichten Alter in % des überschussberechtigten Risikobeitrages angegeben.

Die jährlichen Überschussanteile werden – nach Abzug des erforderlichen Betrages für eine evtl. vereinbarte Berufsunfähigkeitsmehrleistung (vgl. Ziffer 2) – verzinslich angesammelt und mit insgesamt 3,40 (4,00) % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem rechnungsmäßigen Zins und einem überrechnungsmäßigen Zins, dem Ansammlungsüberschussanteil, zusammen. Das verzinslich angesammelte Überschussguthaben wird für nicht vollendete Jahre höchstens mit dem Rechnungszins verzinst.

Bei den Tarifwerken ab 2004 kann auch vereinbart werden, dass die jährlichen Überschussanteile in Fonds angelegt werden.

Für die einzelnen Tarifwerke werden festgelegt:

a) Tarifwerk 1992

Erreichtes Alter	ZI	RI für Männer	RI für Frauen
von 15 bis 19	0,00 (0,50)	26	56
von 20 bis 24	0,00 (0,50)	26	56
von 25 bis 29	0,00 (0,50)	26	51
von 30 bis 34	0,00 (0,50)	26	46
von 35 bis 39	0,00 (0,50)	32	39
von 40 bis 43	0,00 (0,50)	27	33
von 44 bis 47	0,00 (0,50)	21	27
von 48 bis 50	0,00 (0,50)	15	21
von 51 bis 53	0,00 (0,50)	9	15
von 54 bis 56	0,00 (0,50)	3	8
von 57 bis 59	0,00 (0,50)	0	2
von 60 bis 65	0,00 (0,50)	0	1

b) Tarifwerke 1993 – 2004

Tarifwerk	ZI	RI
1993	0,00 (0,50)	23
1994	0,00	23
2000	0,15 (0,75)	25
2004	0,65 (1,25)	25

c) Tarifwerk 2005

Berufsklasse	ZI	RI
1	0,65 (1,25)	90
2	0,65 (1,25)	65
3	0,65 (1,25)	15
4	0,65 (1,25)	5
E	0,65 (1,25)	0
S	0,65 (1,25)	15

d) Tarifwerke 2007, 2008 und 2010

Berufsklasse	ZI	RI
1	1,15 (1,75)	90
2	1,15 (1,75)	65
3	1,15 (1,75)	15
4	1,15 (1,75)	5
E	1,15 (1,75)	0
S	1,15 (1,75)	15

Bei Versicherungen der Schichten 1 und 2 im Sinne des AltEinkG erhöht sich RI jeweils um 5 %-Punkte.

7.4.1.2 Berufsunfähigkeitsmehrleistung (BUML)

Ist eine Barrente mitversichert, so kann bei Abschluss vereinbart werden, dass bei Eintritt der Berufsunfähigkeit eine Berufsunfähigkeitsmehrleistung (BUML) in % der tariflich vereinbarten Rente gezahlt wird.

Die BUML beträgt bei dem Tarifwerk 1992 einheitlich 30 %. Bei den Tarifwerken 1993, 1994, 2000 und 2004 kann die BUML vertragsindividuell bis zu 25 % betragen; bei den Tarifwerken ab 2005 gelten in Abhängigkeit von der Berufsklasse für die BUML folgende Höchstgrenzen:

Berufsklasse	max. BUML in %
1	100
2	65
3	15
4	5
E	0
S	15

Bei Versicherungen der Schichten 1 und 2 im Sinne des AltEinkG erhöht sich der angegebene maximale BUML-Satz jeweils um 5 %-Punkte.

7.4.2 Versicherungen nach Eintritt der Berufsunfähigkeit

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Zinsüberschussanteil ZI in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet. Überschussberechtig ist dabei ab dem Jahr 2011 das Deckungskapital zu Beginn des Versicherungsjahres. Für die darüber hinaus eventuell noch bestehenden Anwartschaften auf BUZ-Leistungen wird der volle hierauf entfallende Überschussanteil gewährt.

Die jährlichen Zinsüberschussanteile für die Beitragsbefreiung werden zur weiteren Erhöhung der verzinslich angesammelten Überschussanteile verwendet.

Die jährlichen Zinsüberschussanteile für die Barrente werden für die Bildung einer zusätzlichen beitragsfreien BUZ-Rente (BUZ-Bonusrente) verwendet, die zusammen mit der tarifmäßig versicherten Rente und einer evtl. vereinbarten BUML fällig wird. Die BUZ-Bonusrente sowie die evtl. vereinbarte BUML sind wiederum überschussberechtig.

Für die einzelnen Tarifwerke gelten die unter Ziffer 7.4.1.1 aufgeführten Zinsüberschussanteile in gleicher Höhe.

**Sparkassen-Versicherung Sachsen
Allgemeine Versicherung AG**

Aufsichtsrat	73
Vorstand	73
Lagebericht	74
Versicherungszweige und -arten	85
Gewinnverwendungsvorschlag	86
Bilanz	88
Gewinn- und Verlustrechnung	92
Anhang	94
Bestätigungsvermerk	105
Bericht des Aufsichtsrats	106

Aufsichtsrat	Joachim Hoof	Vorsitzender des Vorstands der Ostsächsischen Sparkasse Dresden, Dresden Vorsitzender
	Friedrich Schubring-Giese	Vorsitzender des Vorstands der Versicherungskammer Bayern, München stv. Vorsitzender
	Renate Bohot	Vorsitzende des Vorstands der Kreissparkasse Bautzen, Bautzen
	Christof Ebert	Vertreter der Arbeitnehmer, Dresden
	Helmar Mielich	Vertreter der Arbeitnehmer, Dresden
	Kay Rakowski	Vertreter der Arbeitnehmer, Dresden
	Arthur Scholz	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Vogtland, Plauen
	Dr. Michael Völter	Mitglied des Vorstands der SV Sparkassenversicherung, Stuttgart
Dr. Klaus Zehner	Mitglied des Vorstands der SV Sparkassenversicherung, Stuttgart	
Vorstand	Gerhard Müller	Vorsitzender
	Hans-Jürgen Büdenbender	
	Friedrich Scholl	

Lagebericht

Überblick

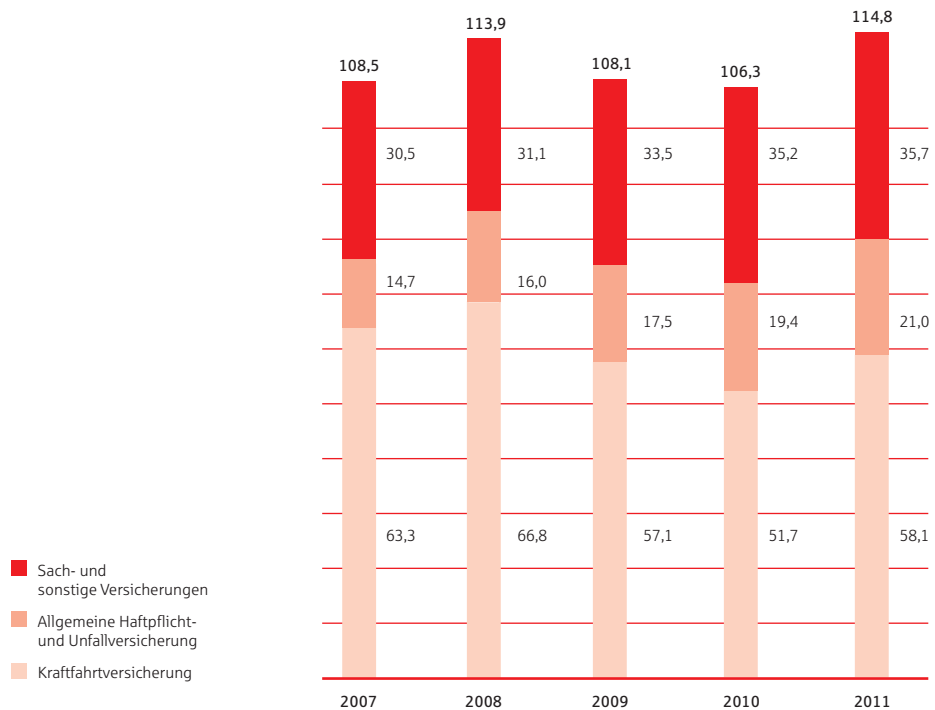
Auch im Geschäftsjahr 2011 konnte das Unternehmen an die positive Entwicklung der Vorjahre anknüpfen. Sowohl im Privat- als auch im gewerblichen Geschäft wurde der Bestand weiter ausgebaut. Mit einem deutlichen Vorsprung zum Markt wurde ein überdurchschnittliches Beitragswachstum im selbst abgeschlossenen Geschäft erzielt. In Verbindung mit einem moderaten Schadenverlauf sowie erfolgreichen ertragsverbessernden Maßnahmen konnte ein sehr positives Gesamtergebnis erzielt werden.

Alle von der Gesellschaft betriebenen Versicherungszweige und -arten sind auf Seite 85 aufgeführt.

Beiträge

Die Beitragseinnahmen lagen im selbst abgeschlossenen Geschäft mit 114,8 Mio. EUR um 8,0 % über dem Vorjahresniveau (106,3). Durch die planmäßige Beendigung eines aktiven Rückversicherungsvertrages gingen die Beiträge für das in Rückdeckung übernommene Geschäft um 83,5 % auf 4,4 (26,7) Mio. EUR. zurück. Für das Gesamtgeschäft bedeutete das einen Rückgang um 10,4 % auf 119,2 (133,0) Mio. EUR.

Beitragseinnahmen des selbst abgeschlossenen Geschäfts in Mio. EUR



Versicherungsbestand

Die stetige Weiterentwicklung der Produktpalette und deren Ausrichtung auf unterschiedliche Kundenbedürfnisse bewirkte im Privatkundengeschäft eine anhaltend positive Entwicklung. Auch das gewerbliche Geschäft konnte in der gesamten Breite ausgebaut werden. Insgesamt wurde der Bestand an Versicherungsverträgen um 6,3 % auf 626 094 (588 897) Verträge gesteigert.

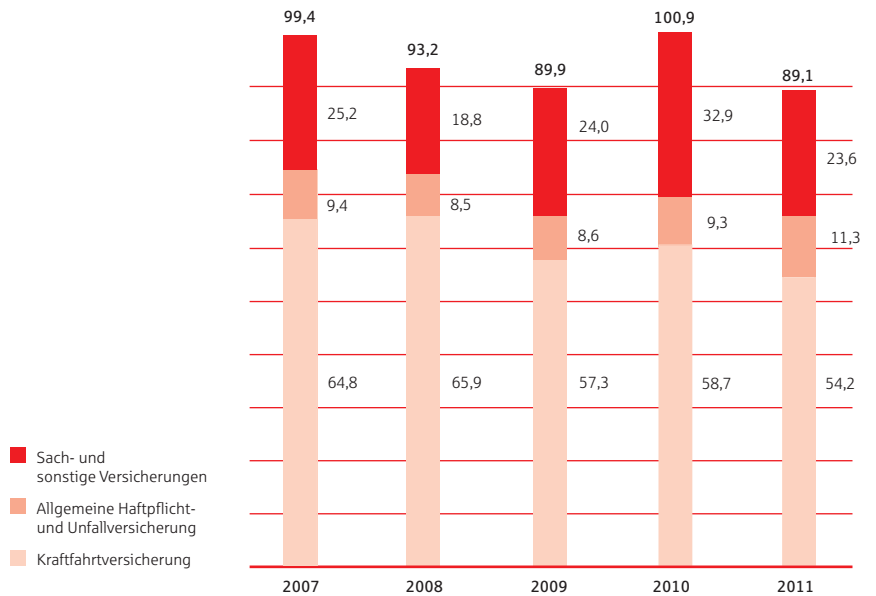
Kosten

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb betragen im Berichtszeitraum brutto 32,5 (36,5) Mio. EUR und für eigene Rechnung 19,0 (23,8) Mio. EUR. Bedingt durch die abschließende Gewinnabrechnung eines beendeten aktiven Rückversicherungsverhältnisses betrug die Kostenquote brutto 27,1 (27,6) % und für eigene Rechnung 25,7 (26,7) %. Im selbst abgeschlossenen Geschäft lag die Kostenquote brutto bei 22,9 (22,3) % und für eigene Rechnung bei 18,6 (17,2) %.

Versicherungsleistungen

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres sind gegenüber dem Vorjahr, welches durch eine hohe Belastung im Elementarschadenbereich gekennzeichnet war, um 23,0 Mio. EUR auf 91,1 Mio. EUR gesunken. Das entspricht einer Schadenquote von 76,1 (86,3) %. Im selbst abgeschlossenen Geschäft betrug die Schadenquote bei einem Aufwand für Geschäftsjahres-Versicherungsfälle von 89,1 (100,9) Mio. EUR 77,1 (95,2) %. Im übernommenen Geschäft entstand ein Aufwand für Versicherungsleistungen des Geschäftsjahres von 2,0 (13,2) Mio. EUR. Die Schadenquote lag bei 49,4 (50,2) %.

Versicherungsleistungen des selbst abgeschlossenen Geschäfts in Mio. EUR



Verlauf des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts

Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung wies vor Schwankungs- und Drohverlustrückstellung einen Ertrag von 2,7 (0,9) Mio. EUR auf. Der Schwankungsrückstellung und ähnlichen Rückstellungen wurden 0,5 Mio. EUR entnommen (0,7 Mio. EUR zugeführt).

Unfallversicherung

Mit einem Bestandszuwachs um 6,1 % auf 78 405 Verträge setzte sich in der Unfallversicherung das Wachstum der vergangenen Jahre fort. Die Beitragseinnahmen erhöhten sich um 10,0 % auf 9,8 Mio. EUR. Die Schadenquote stieg leicht auf 57,5 (50,0) % an. Nach Entnahme von 0,2 Mio. EUR aus der Schwankungsrückstellung schloss das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung mit einem Ertrag von 2,1 (3,1) Mio. EUR.

Lagebericht

Haftpflichtversicherung

In der Allgemeinen Haftpflichtversicherung einschließlich Luftfahrt-Haftpflicht wuchs der Bestand um 4,0 % auf 115 921 Verträge an. Die Beitragseinnahmen stiegen auf 11,2 (10,5) Mio. EUR. Mit 52,0 (47,3) % erhöhte sich die Schadenquote geringfügig. Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung wies nach Erhöhung der Schwankungsrückstellung um 0,2 Mio. EUR einen Ertrag von 0,5 (1,5) Mio. EUR auf.

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Mit einem Bestandsausbau um 6,5 % auf 116 307 Verträge und einer Erhöhung der Beitragseinnahmen um 10,3 % auf 37,8 Mio. EUR konnte in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung ein überdurchschnittliches Wachstum vor allem vom gewerblichen Geschäft verzeichnet werden. Neugeschäft zur Kompensation sanierungsbedingter Kündigungen sowie Mehrprämien aus Bestandssanierung führten zu dieser Entwicklung. Durch die ertragsverbessernden Maßnahmen konnte die Schadenquote auf 94,3 (116,1) % deutlich gesenkt werden. Nach Erhöhung der Drohverlustrückstellung um 0,4 Mio. EUR ergab sich im versicherungstechnischen Ergebnis für eigene Rechnung ein Verlust von 2,2 (3,3) Mio. EUR.

Sonstige Kraftfahrtversicherungen

Entsprechend der Entwicklung in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung waren auch in der Fahrzeugvoll- und Teilversicherung deutliche Zuwachsraten zu verzeichnen. Der Bestand an Versicherungsverträgen wurde um 9,6 % auf 77 220 (70 463) Verträge erhöht. Die Beitragseinnahmen lagen mit 20,3 (17,5) Mio. EUR um 16,4 % über denen des Vorjahres. Neben dem Ausbleiben von witterungsbedingten Kumul-Schadenereignissen bewirkten auch hier die ergriffenen Sanierungsmaßnahmen eine spürbare Verbesserung der Schadenquote auf 91,4 (105,5) %. Das versicherungstechnische Netto-Ergebnis wies einen Verlust von 0,8 (1,6) Mio. EUR auf.

Feuerversicherung

In der Feuerversicherung konnte der Bestand um 2,3 % auf 11 793 (11 532) Verträge ausgebaut werden. Aufgrund der Neuordnung eines Teilbestandes waren die Beitragseinnahmen mit 6,6 (6,7) Mio. EUR leicht rückläufig. Einige

größere Brandschäden verursachten den Anstieg der Schadenquote auf 73,5 (58,4) %. Als versicherungstechnisches Nettoergebnis ergab sich nach Erhöhung der Schwankungsrückstellung um 0,2 Mio. EUR ein Ertrag von 0,6 (0,6) Mio. EUR.

Verbundene Wohngebäudeversicherung

Der Bestand in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung stieg um 4,9 % auf 31 868 (30 392) Verträge. Die Beitragseinnahmen erreichten mit 10,5 (10,1) Mio. EUR eine Steigerung um 4,2 %. Durch das Ausbleiben extremer Unwetterereignisse hat sich die Schadensituation gegenüber dem Vorjahr deutlich entspannt. Die Schadenquote sank auf 69,0 (103,1) %. Nach Verringerung der Drohverlustrückstellung um 0,4 Mio. EUR und Erhöhung der Schwankungsrückstellung um 0,5 Mio. EUR ergab sich im versicherungstechnischen Ergebnis für eigene Rechnung ein ausgeglichenes Ergebnis (VJ: -0,7 Mio. EUR).

Extended Coverage-Versicherung

Sanierungsmaßnahmen in der Versicherung zusätzlicher Gefahren zur Feuer- bzw. Feuer-Betriebsunterbrechungsversicherung (Extended Coverage) führten in Verbindung mit der Neuordnung von Beteiligungsquoten zu einem Beitragsrückgang um 8,0 % auf 6,3 (6,8) Mio. EUR. Der Bestand konnte dennoch um 2,0 % auf 3 464 (3 397) Verträge ausgebaut werden. Mit 79,0 (131,2) % verbesserte sich auch hier witterungsbedingt die Schadenquote deutlich. Die Schwankungsrückstellung wurde um 0,6 Mio. EUR entlastet. Für eigene Rechnung ergab sich im versicherungstechnischen Ergebnis ein Verlust von 1,0 (1,1) Mio. EUR.

Sonstige Versicherungsweige

Der weitere Ausbau des Privatkundengeschäfts führte in den sonstigen Versicherungsweigen zu einem Bestandswachstum um 7,1 % auf 191 116 (178 474) Verträge. Die gebuchten Bruttobeiträge beliefen sich auf 12,3 (11,6) Mio. EUR. Davon entfielen auf die übrige Sachversicherung 10,2 Mio. EUR und auf sonstige Versicherungen 2,1 Mio. EUR. Der Brutto-Schadenaufwand des Geschäftsjahres verringerte sich auf 5,6 (10,1) Mio. EUR. Das entspricht einer Schadenquote von 46,0 (88,4) %. Der Schwankungsrückstellung wurden insgesamt 0,6 Mio. EUR entnommen. Das versicherungstechnische Ergebnis wies einen Ertrag von 4,0 (1,7) Mio. EUR auf.

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Das in Rückdeckung übernommene Geschäft ergibt sich im Wesentlichen aus Retrozessionsverträgen mit der Deutschen Rückversicherung AG, Düsseldorf. Darüber hinaus wurde in geringem Umfang indirektes Geschäft bei der Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft sowie im Rahmen der Beteiligung der Gesellschaft an der Extremus

Versicherungs-AG gezeichnet. Nach der planmäßigen Beendigung eines aktiven Rückversicherungsvertrages zum 31.12.2010 gingen die Beitragseinnahmen im Geschäftsjahr auf 4,4 (26,7) Mio. EUR zurück. Die Schadenaufwendungen verringerten sich entsprechend auf 2,0 (13,2) Mio. EUR. Die Schwankungsrückstellung konnte um den darauf entfallenden Teil mit 4,9 Mio. EUR aufgelöst werden. Das versicherungstechnische Ergebnis betrug 1,0 (-) Mio. EUR.

Kapitalanlagen

	31.12.2011		31.12.2010		Veränderung Mio. EUR
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,1	0,1	0,1	0,1	-
Beteiligungen	2,0	1,5	2,0	1,7	-
Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4,7	3,7	2,0	1,7	2,7
Festverzinsliche Wertpapiere	43,4	33,9	48,5	41,3	-5,1
Namenschuldverschreibungen	28,3	22,1	26,0	22,1	2,3
Schuldscheinforderungen und Darlehen	32,5	25,4	27,4	23,3	5,1
übrige Ausleihungen	2,0	1,6	2,0	1,7	-
Einlagen bei Kreditinstituten	15,0	11,7	9,5	8,1	5,5
	128,0	100,0	117,5	100,0	10,5

Kapitalanlagebestand

Der Bestand an Kapitalanlagen ist gegenüber dem Vorjahr um 9,0 % auf 128,0 Mio. EUR angewachsen. Der Anstieg setzt sich im Wesentlichen aus Zugängen in Höhe von 25,1 Mio. EUR und Abgängen in Höhe von 13,6 Mio. EUR zusammen. Es erfolgten außerplanmäßige Abschreibungen auf Investmentanteile und Inhaberschuldverschreibungen in Höhe von 1,0 Mio. EUR.

Bruttoneuanlagen

Die Bruttoneuanlagen beliefen sich auf 25,1 Mio. EUR, was einer Neuanlagequote von 21,4 % des Kapitalanlagebestandes entspricht. Der größte Teil der Bruttoneuanlage floss dabei mit 12,3 Mio. EUR in Schuldscheindarlehen und Inhaberschuldverschreibungen. Außerdem wurden die Liquiditätsreserven um 5,5 Mio. EUR ausgebaut.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen sank um 0,8 Mio. EUR auf 2,9 Mio. EUR. Dadurch ergab sich eine Verringerung der Nettoverzinsung von 3,3 % im Vorjahr auf 2,4 % im Berichtsjahr. Der Rückgang ist insbesondere auf den erhöhten Abschreibungsbedarf von 1,0 Mio. EUR zurückzuführen. Es entstanden 15 TEUR Gewinne aus dem Abgang hauptsächlich von Inhaberschuldverschreibungen sowie 14 TEUR Abgangsverluste bei Inhaberschuldverschreibungen. Es erfolgten Amortisationsbuchungen nach der Effektivzinsmethode saldiert in Höhe von -90 TEUR. Die laufende Durchschnittsverzinsung – berechnet nach der vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft empfohlenen Methode – liegt unverändert zum Vorjahr bei 3,1 %.

Lagebericht

Jahresergebnis

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss von 2,9 Mio. EUR. Nach Hinzurechnung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr ergibt sich ein Bilanzgewinn von 3,2 Mio. EUR, über dessen Verwendung die Hauptversammlung beschließt. Der Gewinnverwendungsvorschlag ist auf Seite 86 aufgeführt.

Verbundene Unternehmen

Die Gesellschaft ist entsprechend den §§ 15 ff. AktG mit der S.V. Holding AG, Dresden, die 100 % des Aktienkapitals besitzt, sowie der Beteiligungsgesellschaft der Sparkassen des Freistaates Sachsen mbH, Berlin, die ihrerseits 51 % der Anteile der S.V. Holding AG hält, verbunden. Die restlichen 49 % des Aktienkapitals besitzt die B.S. Beteiligungsgesellschaft mbH, München. Diese wiederum wird von der Bayern-Versicherung Lebensversicherung Aktiengesellschaft, München, und der SV Sparkassenversicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart, gehalten.

Weiter ist sie mit der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG, Dresden, deren Aktienkapital sich zu 99,84 % im Besitz der S.V. Holding AG und zu 0,16 % im Besitz der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden, befindet, nach den §§ 15 ff. AktG verbunden.

Im Rahmen einer Funktionsausgliederung wurden vor allem die Funktionen Vertrieb, Rechnungswesen, Betriebsorganisation, Allgemeine Verwaltung und Vermögensanlagen der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG übertragen. Die Vermittlung von Versicherungen erfolgt im Wesentlichen durch die Außendienstorganisation der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG.

Nach den Vorschriften des § 312 AktG erstellte der Vorstand einen Bericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen. Dieser schließt mit der Erklärung: „Die Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zu Grunde, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren. Berichtspflichtige Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse der mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmen wurden weder getroffen noch unterlassen.“

Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Allgemeine Einschätzung

Insbesondere für Versicherungsunternehmen als Risikoträger besitzt der Umgang mit Risiken einen hohen Stellenwert. Dies gilt sowohl für Risiken aus den Bereichen Versicherungstechnik und Kapitalanlage als auch für alle anderen Risiken der strategischen und operativen Unternehmensführung. Das Risikomanagementsystem der Sparkassen-Versicherung Sachsen trägt insofern wesentlich zum langfristigen Unternehmenserfolg bei und dient zur Vermeidung von negativen Auswirkungen der Risikoexpansion auf die Wirtschafts-, Finanz- und Ertragslage.

Das aufgrund des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementierte Risikomanagementsystem wird seit der Veröffentlichung des BaFin Rundschreibens 3/2009 „Aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA)“ kontinuierlich hin zu Solvency II weiterentwickelt. Die Vorschriften der Europäischen Rahmenrichtlinie und insbesondere für Deutschland die 10. VAG Novelle werden weitere spürbare Auswirkungen auf die Gestaltung des Risikomanagementsystems haben. Bereits heute verfügt das Unternehmen über ein umfangreiches Kontroll-, Berichts- und Meldewesen. Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller handelnden Personen sind klar definiert. Die Verantwortung für die Übernahme von Risiken und die Kontrollfunktionen sind strikt getrennt. Das oberste Entscheidungsgremium im Risikomanagementsystem ist das Risikokomitee. Die Entscheidungskompetenz liegt dabei ausschließlich beim Gesamtvorstand, der im Risikokomitee vertreten ist, und ist nicht delegierbar. Die Teilnehmer sind so zusammengestellt, dass alle wesentlichen Funktionen unter Solvency II abgebildet werden und der Gesamtvorstand alle Beschlussvorschläge und Berichte fachkundig diskutieren kann. Im Rahmen des Risikokomitees erfolgt gegenüber dem Gesamtvorstand auch turnusmäßig die Berichterstattung zu den Kapitalanlagen bzw. des Kapitalanlagecontrollings. Des Weiteren zeichnet das Risikokomitee für die Einhaltung einheitlicher Standards und Methoden verantwortlich. Operativ wird das Risikokomitee dabei von dem Steuerungskreis Komposit unterstützt. Der Steuerungskreis ist u.a. für den Aufbau und die Pflege des Risikosteuerungsmodells sowie die Anpassung an Unternehmensspezifika zuständig. Der Zusammenhang zwischen den finanziellen Ressourcen und der aktuellen Risikosituation wird dahingehend mehrdimensional hinsichtlich einer bilanzwirtschaftlichen, einer betriebswirtschaftlichen und einer aufsichtsrechtlichen Sichtweise herausgearbeitet.

Grundsätzlich verfolgt die Sparkassen-Versicherung Sachsen einen primär dezentral ausgerichteten Risikomanagementansatz, bei dem die Risikoidentifikation und -bewertung sowie die Umsetzung von Maßnahmen zur Risikobegrenzung überwiegend den operativen Funktionseinheiten obliegt. Ergänzend dazu erfolgt die unternehmensweite Aggregation der Risiken zentral durch die unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF). Die URCF wird gemeinsam durch das Zentrale Risikomanagement und das Risikocontrolling im Bereich Unternehmensentwicklung wahrgenommen. Das Zentrale Risikomanagement ist im Bereich Vorstandsstab angesiedelt und verantwortet die Steuerung und Koordination des gesamten Risikomanagementprozesses (RMP) im Sinne eines Risikokontrollprozesses gemäß MaRisk (VA), die Weiterentwicklung eines unternehmensweiten Risikomanagementsystems sowie die Risikoberichterstattung. Weiterhin fördert das Zentrale Risikomanagement die Risikokultur in der Sparkassen-Versicherung Sachsen. Das Gesamtbild der aktuellen Risikosituation liefert der jährliche Risikobericht gemäß § 64a Abs. 1 Satz 4 Nr. 3 Buchstabe d VAG. Ergänzende Analysen und Informationen erhält der Gesamtvorstand in deutlich höherer Frequenz; in der Regel monatlich. Ein zentraler Bericht an den Gesamtvorstand ist der Monatsbericht aus dem Unternehmenscontrolling. Neben dem genannten Bericht erhält der Vorstand eine Reihe weiterer regelmäßiger Berichte z.B. aus dem Fachbereichscontrolling und dem Bereich Strategisches Kapitalanlagenmanagement sowie aus dem Kapitalanlagerisikomanagement gemäß dem BaFin Rundschreiben 4/2011.

Die evolutionäre Weiterentwicklung des bestehenden Risikomanagementsystems ist auch in 2012 und den Folgejahren auf die Erfüllung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen fokussiert. Zur vollumfänglichen Umsetzung der MaRisk (VA) hat die Sparkassen-Versicherung Sachsen unter Federführung des Zentralen Risikomanagements bereits in 2008 einen Handlungsplan entworfen. Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen einer Sonderprüfung zur Umsetzung der MaRisk (VA) im September 2011 eingeschätzt, dass der Gesamtvorstand der Sparkassen-Versicherung Sachsen umfangreiche Aktivitäten zur Umsetzung der MaRisk (VA) vorgenommen hat und sich die Sparkassen-Versicherung Sachsen mit dem Umsetzungsstand im Marktdurchschnitt bewegt. Die Empfehlungen werden voraussichtlich bis Mitte des Jahres 2012 umgesetzt.

Aktuell liegt der Hauptfokus der Aktivitäten auf der Finalisierung der Risikostrategie sowie des Risikotragfähigkeitskonzeptes und eines daraus abgeleiteten Limitsystems.

Ziel ist es, neben den aufsichtsrechtlich geforderten Risikobegrenzungen auch ein System aufzubauen, das bei strategischen Fragestellungen wichtige Entscheidungshilfen geben kann. Zur fristgerechten Implementierung des operativen Betriebs zur Solvabilitätsberechnung im Standardansatz gemäß Solvency II und zu Berichtspflichten und Meldeanforderungen gemäß Säule III von Solvency II (vor allem datenrelevante Teile) wurde die Standardsoftware SOLVARA von der Steria Mummert ISS GmbH erworben. Im Rahmen eines Einführungsprojektes werden die Sparten Leben und Nichtleben in 2012 implementiert. Des Weiteren wird die Sparkassen-Versicherung Sachsen in 2012 auch weitere Anstrengungen im Zusammenhang mit dem Own Risk and Solvency Assessment (ORSA) gemäß Solvency II unternehmen. Zur Ermittlung des internen Risikokapitalbedarfs für Steuerungszwecke (Gesamtsolvabilitätsbedarf, overall solvency needs) wird die bisherige Unternehmensplanung hinsichtlich Solvency II bezogener Kennzahlen erweitert.

Um bestmöglich auf die künftigen quantitativen Anforderungen vorbereitet zu sein, wird die Sparkassen-Versicherung Sachsen 2012 erneut an einer freiwilligen Auswirkungsstudie zu Solvency II (QIS6) teilnehmen. Über Teilnahmen an Arbeitsgruppen, Erfahrungsaustauschen und Informationsveranstaltungen zum Themenkreis Solvency II stellt die Sparkassen-Versicherung Sachsen zudem laufend einen Know-how-Aufbau und eine Orientierung an Best Practice Lösungen sicher.

Weitere wichtige Bestandteile des Risikomanagementsystems der Sparkassen-Versicherung Sachsen sind das Interne Kontrollsystem (IKS), die Compliance-Organisation und das Business Continuity Managementsystem (BCM). Die verschiedenen Compliance-Themen werden durch einen Compliance-Beauftragten koordiniert. Der Compliance-Beauftragte ist Mitglied des Risikokomitees. Eine Compliance Richtlinie regelt diesbezüglich seit Ende 2011 verbindliche Verhaltensgrundsätze für die Mitarbeiter. Das bisherige Notfallmanagement wurde ebenfalls in 2011 zu einem ganzheitlichen BCM ausgebaut. Im Zuge dieser Weiterentwicklung hat die Sparkassen-Versicherung Sachsen einen Notfallstab installiert und eine Notfallbeauftragte ernannt sowie ein standardisiertes Alarmierungsvorgehen definiert. BCM Pläne stellen sicher, dass die notwendigen Ressourcen für die kritischsten Geschäftsprozesse (Mitarbeiter, Räumlichkeiten, Externe Dienstleister, IT-Anwendungen, Dokumente) zeitgerecht zur Verfügung stehen.

Das Risikomanagementsystem der Sparkassen-Versicherung Sachsen wird turnusmäßig durch interne und externe

Lagebericht

Stellen überprüft. Die Aufgabe der Internen Revision ist es dabei, durch systematische und zielgerichtete Prüfungsleistungen zu bewerten, ob die Tätigkeiten des Risikomanagements ordnungsgemäß erfolgen. Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung hat der Wirtschaftsprüfer das Risikofrüherkennungssystem nach § 91 Abs. 2 AktG geprüft. Sowohl bei der jährlichen Prüfung der Internen Revision als auch bei der Jahresabschlussprüfung durch den Wirtschaftsprüfer gab es keine wesentlichen Beanstandungen.

Auch im Jahr 2011 wurden im Rahmen des Risikomanagementprozesses vierteljährliche Risikoinventuren durchgeführt, um alle wesentlichen Risiken systematisch zu erfassen. Die identifizierten Risiken unterliegen einer besonderen Beobachtung und werden laufend überwacht und gesteuert. Die Ergebnisse der Jahresrisikoinventur, das heißt die identifizierten Risiken einschließlich ihrer Bewertung sowie die Maßnahmenplanung zur Risikobegrenzung, bilden die Grundlage für die Berichterstattung gegenüber der Aufsichtsbehörde gemäß § 55c VAG.

Der Gesamtvorstand unterrichtet zudem den Aufsichtsrat im Quartalsbericht über das Risikoportfolio und im Rahmen der Aufsichtsrats-Sitzungen über den aktuellen Stand des Risikomanagementsystems.

Bis auf die weiterhin unsichere Entwicklung auf den Kapitalmärkten sind aus heutiger Sicht keine Entwicklungen erkennbar, aus denen sich eine nachhaltige Beeinträchtigung der Wirtschafts-, Finanz- und Ertragslage ableiten lässt. Die jeweiligen Risiken sind bekannt und werden bewusst gesteuert. Die aktuelle Kapitalmarktsituation erfordert ein erhöhtes Monitoring der Risikoexposition. Investitionen in höchste Qualitäten sowie die Maßnahmen zur Risikovermeidung bzw. -früherkennung versetzen die Sparkassen-Versicherung Sachsen in die Lage, den aufsichtsrechtlichen Anforderungen jederzeit nachkommen zu können. Somit sieht sich die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG in der Lage, alle Verpflichtungen aus den bestehenden Verträgen dauerhaft zu erfüllen.

Den Empfehlungen des Deutschen Standardisierungsrates zur Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen folgend, stellt sich die Risikosituation der Sparkassen-Versicherung Sachsen zum Ende des Jahres 2011 im Detail wie folgt dar:

Versicherungstechnische Risiken

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG betreibt die Sparten Kraftfahrt-, Sach-, Haftpflicht- und Unfallversicherung. Unser Portefeuille ist in den einzelnen Versicherungssparten ausgewogen, wobei der Schwerpunkt in der Kraftfahrtversicherung liegt. Es gibt klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Bearbeitung von Versicherungsverträgen. Die versicherungstechnische Risikosituation eines Schaden- und Unfallversicherers ist wesentlich geprägt durch das Prämienrisiko, das Reserverisiko und das Rückversicherungsrisiko.

a) Prämienrisiko

Das Prämienrisiko besteht darin, dass die kalkulierten Prämien für die Schadenbelastung und Kosten nicht ausreichend sind.

Um das Prämienrisiko beherrschbar zu gestalten, basiert die Kalkulation unserer Produkte auf einer breiten Basis ausgewählter Rechnungsgrundlagen und mathematisch-statistischer Verfahren. Es werden u. a. Daten des Verbandes öffentlicher Versicherer (VöV) sowie des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) zur Kalkulation herangezogen.

Zur Risikosteuerung des Portefeuilles gibt es in allen Sparten Annahme- und Zeichnungsrichtlinien. Ein Fachcontrolling analysiert und bewertet kontinuierlich die Schaden- sowie auch die produktspezifischen Beitrags- und Kostenentwicklungen. Aus den Erkenntnissen und der Abschätzung der künftigen Entwicklung werden Maßnahmen sowie ggf. ein Re-Underwritingprogramm abgeleitet. Darüber hinaus sind in nahezu allen Verträgen Beitragsanpassungsmöglichkeiten bei geänderter Risikosituation vorgesehen.

Nach dem BGH-Urteil vom 27.10.2010 zum Gesamtschuldnerausgleich bei Gespannen besteht eine Doppelversicherung zwischen ziehendem Fahrzeug und Anhänger. Bislang wurde der Schaden bei Fahrzeugen mit Anhängern weitgehend der Zugmaschine zugerechnet. Nunmehr erfolgt eine hälftige Teilung. Verbände und weitere Interessenvertretungen arbeiten an einer kurzfristigen gesetzlichen Lösung zur Wiederherstellung des alten Zustandes, die spätestens ab 2013 gelten soll. Für die nicht der Verjährung unterliegenden Jahre wird die Sparkassen-Versicherung Sachsen, wie auch die Marktteilnehmer, weiter Regresse aus Doppelversicherung prüfen und anmelden.

Aufgrund eines am 01.03.2011 ergangenen EuGH-Urteils zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei der Bestimmung von Versicherungsprämien wird sich die Sparkassen-Versicherung Sachsen mit den Verbänden der öffentlichen Versicherer und des GDV dem Thema Unisex-Tarif ab 2012 stellen und die Produktpalette entsprechend anpassen.

b) Reserverisiko

Das Reserverisiko besteht darin, dass insbesondere im Long-Tail-Geschäft die Auszahlungen für eingetretene Schäden die dafür gebildeten Rückstellungen übersteigen.

Die versicherungstechnischen Einzelschadenrückstellungen für bekannte Schäden bemessen wir kaufmännisch auskömmlich durch eine bestmögliche Einschätzung aller Umstände (z. B. medizinische und wirtschaftliche Entwicklung). Bei großen Personenschäden werden zudem Reha-Experten hinzugezogen. Bei Veränderung des Sachverhaltes werden Anpassungen vorgenommen. Darüber hinaus bilden wir zusätzliche Rückstellungen für statistisch zu erwartende, aber am Bilanzstichtag noch unbekannte Schäden auf Basis aktueller Methoden.

Die Rückstellungen werden durch systematische Analysen mit Hilfe mathematisch-statistischer Methoden bewertet und überwacht. Abwicklungsergebnisse werden laufend kontrolliert. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse werden umgesetzt.

Zusätzlich werden nach den handelsrechtlichen Berechnungsvorgaben Schwankungsrückstellungen sowie Drohverlustrückstellungen gebildet.

c) Rückversicherungsrisiko

Das Rückversicherungsrisiko besteht in der Fehleinschätzung unserer Exposure und dem Ausfall von Rückversicherern.

Mit einer sicherheitsorientierten Rückversicherungsstrategie begrenzen wir bei den versicherungstechnischen Risiken sowohl die maximale Schadenbelastung aus Kumulereignissen wie auch Schwankungen aus größeren Einzelschäden.

Ein wesentliches Risiko – insbesondere als regionaler Versicherer – ist das Zufalls- und Konzentrationsrisiko aus Elementarschadenereignissen. Naturkatastrophen der vergangenen Jahre deuten darauf hin, dass die Eintrittswahrscheinlichkeit und die Intensität solcher Schadenereignisse weiterhin zunehmen werden. Um das Risiko der Fehlein-

schätzung zu minimieren, führen wir regelmäßig zusammen mit verschiedenen Rückversicherungspartnern Analysen und Bewertungen unseres Elementarschadenexposure durch.

Um auch bei Großschäden, Kumulereignissen und im Long-Tail-Geschäft das Risiko von Forderungsausfällen bei den Rückversicherern zu begrenzen, beobachten wir fortlaufend deren Bonität und die aktuellen Ratings. Zusätzlich diversifizieren wir unser Elementarschadenrückversicherungsprogramm auf mehrere Rückversicherer und platzieren einen Großteil der sonstigen Rückversicherung bei den gruppeninternen Rückversicherern.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Am Bilanzstichtag bestanden gegenüber Versicherungsnehmern und Rückversicherungsgesellschaften geringe Forderungen mit mehr als 90 Tage zurückliegendem Fälligkeitszeitpunkt. Zur Abdeckung des allgemeinen Ausfallrisikos wurden entsprechende Wertberichtigungen gebildet. Die Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft werden als nicht bestandsgefährdend eingestuft.

Risiken aus Kapitalanlagen

Im Bereich der Kapitalanlagen können Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken auftreten.

a) Marktrisiken

Marktrisiken können durch ungünstige Entwicklungen bei Zinsen oder Kursen von Wertpapieren entstehen. Um ein mögliches Risikovolumen ermitteln zu können, analysieren wir in regelmäßigen Abständen verschiedene Szenarien.

Zur Überprüfung der Marktrisiken sind Stresstests entsprechend R01/2004 in der von der BaFin für 2011 vorgegebenen Form durchgeführt worden. Die Stresstests wurden bestanden. Es besteht deshalb nach heutigen Erkenntnissen keine Gefährdung der Garantien aus den eingegangenen Verpflichtungen durch das Kapitalmarktrisiko. Eine laufende Überprüfung und Aktualisierung der Risikoeinschätzung ist sichergestellt.

b) Kreditrisiken

Kreditrisiken können eintreten, wenn ein Schuldner insolvent wird. Um das Kreditrisiko zu minimieren, erfolgen

Lagebericht

die Investitionen breit gestreut und vornehmlich nur in fundamental erstklassigen Werten. Die Kapitalanlagen sind überwiegend in Anlagen des besseren Investmentgrade-Bereichs investiert. Nachfolgende Tabelle gibt die Aufteilung der Kapitalanlagen des Gesamtbestandes nach Rating wieder.

Rating	TEUR	in %
AAA	45 909	35,9
AA	16 931	13,2
A	41 932	32,8
BBB	10 427	8,1
Non-Investmentgrade	5 047	3,9
ohne Rating	7 786	6,1
Summe	128 032	100,0

Die Anlagen ohne Rating umfassen die strategischen Beteiligungen und die Publikumsfonds.

Staatsanleihen der sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) hält die Gesellschaft im Umfang von 2.245 TEUR in Portugal, Italien und Griechenland.

Land	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR
Portugal	1 000	552
Italien	1 001	892
Griechenland	244	244
Summe	2 245	1 688

Das politische Bemühen, die Schuldenkrise der EU-Staaten nachhaltig beherrschbar zu machen, ist nach wie vor vorhanden. Sowohl der ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) als auch der EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) stellen geeignete Mittel dar, die europäische Schuldenkrise nachhaltig überwinden zu können. Unterstützung wird darüber hinaus noch von Seiten des IWF (Internationaler Währungsfonds) erwartet.

Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass auf den Staatsanleihen der Peripheriestaaten lediglich nicht dauernde Wertminderungen lasten. Eine Ausnahme zu der getätigten Aussage stellt Griechenland dar. Hier muss zwingend von einer dauernden Wertminderung ausgegangen werden. Dem folgend erfolgt eine Abschreibung auf den Marktwert.

Von der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG werden Nachrangpapiere im Kapitalanlagebestand gehalten. Wir gehen derzeit davon aus, dass keine Nachträge ausfallen werden.

c) Liquiditätsrisiken

Zur Vermeidung von Liquiditätsrisiken wird die Fälligkeitsstruktur der Kapitalanlagen nach den Bedürfnissen der Passivseite ausgerichtet, wobei die Wahrung der strukturellen Liquidität der nächsten Jahre von besonderem Gewicht ist. Die kurzfristige Liquidität wird mittels einer Liquiditätsplanung gesteuert, die alle prognostizierten Zahlungsströme des laufenden Jahres erfasst. Um unerwarteten Liquiditätsanforderungen – auch in erheblichem Ausmaß – begegnen zu können, ist stets ein Teil der Kapitalanlagen in hochliquiden Anlagen investiert, die jederzeit schnell und ohne größere Kursrisiken veräußert werden können.

Operationale Risiken

Operationale Risiken können im Zusammenhang mit betrieblichen Systemen oder Prozessen auftreten. Insbesondere können solche Risiken durch unzulängliche oder fehlgeschlagene mitarbeiter- und systembedingte oder aber externe Vorfälle entstehen. Unter operationalen Risiken fassen wir z.B. die Störung beziehungsweise den Ausfall des Verwaltungsgebäudes, von technischen Systemen und der Informationstechnik (im BCM geregelt) wie auch dolose Handlungen (in Compliance-Leitlinien geregelt) und Bearbeitungsfehler zusammen. Das operationelle Risiko umfasst auch Rechtsrisiken, jedoch nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Die gesetzgeberischen Aktivitäten sowie die aktuelle Rechtsprechung werden laufend beobachtet und stellen eine zeitnahe Reaktion auf unternehmensspezifische Veränderungen und die unmittelbare Anwendung (z.B. Anpassung Produktportfolio) sicher.

Das wesentliche Instrument der Sparkassen-Versicherung Sachsen zur Begrenzung der operationalen Risiken ist das Interne Kontrollsystem (IKS). Durch Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, Abstimmungs- und Plausibilitätsprüfungen sowie hierarchisch abgestufte Vollmachten und Berechtigungen wird sichergestellt, dass mögliche Risiken im Rahmen der operativen Tätigkeiten der Funktionseinheiten vermieden bzw. auf ein akzeptables Maß reduziert werden. Die Führungskräfte der Sparkassen-Versicherung Sachsen sind gehalten, neben der Beschreibung der Risiken und Kontrollmaßnahmen auch die Auswirkung auf Wirtschaftlichkeit, Daten und Compliance zu bewerten. Die Nettorisiken nach Wirkung der Kontrollmaßnahmen sind zu

überwachen und ab einem definierten Schadenerwartungswert ist das Zentrale Risikomanagement zu informieren. Durch die Interne Revision erfolgt planmäßig und fortlaufend die Überwachung der Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit des Internen Kontrollsystems. Überdies wird das bestehende IKS in 2012 grundlegend überarbeitet und zukünftig nicht mehr nach Funktionseinheiten sondern nach Geschäftsprozessen strukturiert. Dadurch wird gewährleistet, dass auch bereichsübergreifende Prozesse einschließlich der Kontrollen an den Schnittstellen im Internen Kontrollsystem berücksichtigt werden und eine effiziente Vollständigkeitsprüfung möglich ist.

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen misst der Informationssicherheit größte Bedeutung bei. Daher existieren für die Sicherheit und Stabilität der IT-Systeme umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen, die die Anforderungen nach dem BSI-Grundschutz abdecken. Im Focus stehen die Maßnahmen für schutzbedürftige Daten durch Einsatz von entsprechenden aktuellen Technologien der technischen Infrastruktur, Notfall- und Vorsorgepläne sowie organisatorische und personelle Maßnahmen. Auch das gemeinsame Rechenzentrum GAVI hat zahlreiche organisatorische und technische Maßnahmen ergriffen, um den Sicherheitsanforderungen im Betrieb der IT-Systeme gerecht zu werden und den Ausfall der Technik zu vermeiden. Das sind v. a.:

- Investitionen in die Gebäudeinfrastruktur zur Verbesserung von Brandschutz, Klimatisierung und Energieversorgung
- Räumliche Trennung von Produktions- und Back-up-Systemen in Rechenzentren mit 10 km Abstand
- Regelmäßige Überwachung der Sicherheitseinrichtungen und kontinuierliche Sicherheits- und Qualitätsprüfungen
- Vorhalten von Notfallregelungen und regelmäßige Notfallübungen

Die Sparkassen-Versicherung Sachsen verwendet die IT-Anwendungslandschaft der SV Sparkassenversicherung Holding AG, Stuttgart. In gemeinsamen Gremien werden die strategische Weiterentwicklung der Systeme und die operationelle Beauftragung des gemeinsamen IT-Dienstleisters – der SVI – abgestimmt. Damit und durch konsequente Projektsteuerung und Überprüfung der Projektfortschritte werden finanzielle, technische sowie fachliche Störungen als potentielle Risiken vermieden. Die zu erbringenden Dienstleistungen der SVI wurden vertraglich vereinbart.

Zusammenfassende Darstellung der Risikoabfrage

Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Geschäftsberichtes sind keine Risiken bekannt, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Ausblick

Die Schaden- und Unfallversicherung dürfte 2012 einerseits von der wirtschaftlichen Erholung im Unternehmenssektor profitieren. Auf der anderen Seite wird die nur verhaltene Einkommensentwicklung der privaten Haushalte nur geringe Impulse bieten. Geprägt wird die Beitragsentwicklung in der Schaden- und Unfallversicherung in 2012 so weiterhin vor allem durch die Preiskomponente und hier vor allem durch deutliche Beitragsanpassungen in der Kraftfahrtversicherung in Neugeschäft und Bestand sowie Beitragsanpassungsklauseln in einer Reihe weiterer Sparten und Zweige des Privatkundengeschäfts. Insgesamt ergibt sich damit lt. Schätzungen des GDV ein Beitragswachstum von 2 %.

Für die Jahre 2012/2013 erwarten wir in der Schaden- und Unfallversicherung für das selbst abgeschlossene Geschäft weiterhin eine über der Marktentwicklung liegende Steigerung der Beitragseinnahmen. Das Privatkundensegment wird dabei eine tragende Rolle spielen. Die gemeinsam mit den Sparkassen initiierte Kampagne zum Abschluss von Elementarversicherungen aber auch die konsequente Weiterentwicklung der Produktkonzepte wird unsere Position im Privatkundengeschäft weiter stärken.

In der Kraftfahrtversicherung zeichnete sich bereits 2011 aufgrund der marktweiten negativen Ertragssituation ein Ende der sinkenden Beiträge im Neugeschäft ab. Von teils deutlichen Preiserhöhungen im Bestand insbesondere durch Einzelsanierungen im Gewerbesegment kann für 2012/2013 ausgegangen werden.

Auf der Schadenseite gehen wir davon aus, dass die bereits eingeleiteten ertragsverbessernden Maßnahmen in der Kfz-Versicherung in den nächsten beiden Jahren weiter positive Wirkung zeigen. Die ertragsorientierten Bestandsbereinigungen im gewerblichen Geschäft sowie die Veränderung der Bestandszusammensetzung werden die Schadenentwicklung positiv beeinflussen.

Lagebericht

Unter Berücksichtigung einer unverändert moderaten Kostenentwicklung erwarten wir somit für 2012 und 2013 eine verbesserte combined ratio f.e.R. für das Gesamtgeschäft, die unter dem Marktdurchschnitt liegen wird. Im Kfz-Geschäft werden sich die Quoten durch die eingeleiteten Maßnahmen auf der Beitragsseite wie auch auf der Schadenseite bis Ende 2012 verbessern. Ein konsequentes auch unterjährig wirkendes Sanierungskonzept und -controlling wird zusätzliche Wirkungen zeigen. In nahezu allen anderen Sparten gehen wir in den nächsten zwei Jahren von einer ähnlich positiven Entwicklung wie in den Vorjahren aus. Insgesamt werden die Erträge des Unternehmens durch die Maßnahmen weiter gestärkt werden.

Aufgrund der derzeitigen Niedrigzinsphase gehen wir davon aus, dass die laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen bis 2013 auf einem ähnlichen Niveau wie 2011 liegen wird. Für die Nettoverzinsung gehen wir nach dem durch die Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen bedingten Rückgang wieder von einem Anstieg aus. Da die Kapitalanlagen insgesamt eine eher untergeordnete Rolle spielen, erwarten wir für die nächsten beiden Jahre daraus keine bedeutenden Auswirkungen.

Diese Aussagen stehen allerdings unter dem Vorbehalt, dass die Geschäftsentwicklung in den nächsten zwei Jahren nicht von nachteiligen rechtlichen oder steuerlichen Neuregelungen sowie außergewöhnlichen Kapitalmarktentwicklungen und Naturereignissen beeinflusst wird.

Versicherungszweige und -arten

Lebensversicherung ¹

Unfallversicherung

Haftpflichtversicherung

Kraftfahrtversicherung

Feuerversicherung

Einbruchdiebstahl- und Raub-Versicherung

Leitungswasser-Versicherung

Glasversicherung

Sturmversicherung

Verbundene Hausratversicherung

Verbundene Wohngebäudeversicherung

Technische Versicherungen ¹

Transportversicherung ¹

Kredit- und Kautionsversicherung ¹

Extended Coverage-Versicherung

Betriebsunterbrechungsversicherung

Beistandsleistungsversicherung

Luft- und Raumfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Sonstige Schadenversicherung

¹ Diese Versicherungszweige werden nur im übernommenen Geschäft betrieben.

Jahresüberschuss und Gewinnverwendungsvorschlag

	EUR
Jahresüberschuss	2 918 627,94
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	272 434,71
Bilanzgewinn	3 191 062,65

Der Hauptversammlung wird folgende Gewinnverwendung vorgeschlagen:

Ausschüttung einer Dividende	2 157 000,00
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	1 000 000,00
Vortrag auf neue Rechnung	34 062,65



Bilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva

	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
A. Kapitalanlagen:					
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen:					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		51 129,20			51
2. Beteiligungen		1 963 384,64			1 963
			2 014 513,84		2 014
II. Sonstige Kapitalanlagen:					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		4 773 197,36			1 995
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		43 424 577,22			48 536
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	28 271 378,60				26 000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	32 548 178,09				27 450
c) übrige Ausleihungen	2 000 000,00	62 819 556,69			2 000
4. Einlagen bei Kreditinstituten		15 000 000,00			9 500
			126 017 331,27		115 481
III. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			557 821,36		244
			128 589 666,47		117 740
B. Forderungen:					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer		9 464 500,20			10 247
2. Versicherungsvermittler		-			-
			9 464 500,20		10 247
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft davon Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:					
EUR - (2010: -)			2 206 271,51		4 549
III. Sonstige Forderungen davon verbundene Unternehmen:					
EUR 1 093 387,57 (2010: 4 077 820,48)			1 167 905,62		4 171
			12 838 677,33		18 967

	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
C. Sonstige Vermögensgegenstände:			
I. Sachanlagen und Vorräte	69 880,44		87
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	1 454 834,24		1 159
		1 524 714,68	1 246
D. Rechnungsabgrenzungsposten:			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	1 748 590,69		1 598
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	2 440,06		133
		1 751 030,75	1 731
		144 704 089,23	139 683

Bilanz zum 31. Dezember 2011

Passiva

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
A. Eigenkapital:				
I. Gezeichnetes Kapital		6 135 502,57		6 136
II. Kapitalrücklage		13 578 194,68		13 578
III. Gewinnrücklagen				
andere Gewinnrücklagen		6 775 240,13		6 775
IV. Bilanzgewinn				
davon Gewinnvortrag				
EUR 272 434,71 (2010: 36 717,11)		3 191 062,65		272
			29 680 000,03	26 761
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			4 000 000,00	4 000
C. Versicherungstechnische Rückstellungen:				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	11 322 079,41			11 821
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	2 694 773,02	8 627 306,39		3 390
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	98 152 179,01			102 009
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	51 657 201,43	46 494 977,58		57 098
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	963 200,00			1 314
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	288 930,00	674 270,00		514
IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		29 534 029,00		34 894
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	4 745 936,08			5 245
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	80 000,00	4 665 936,08		105
			89 996 519,05	94 176
D. Andere Rückstellungen:				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1 291 161,00		1 123
II. Steuerrückstellungen		1 967 060,00		1 153
III. Sonstige Rückstellungen		2 199 237,13		1 758
			5 457 458,13	4 034

	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		2 062 053,53	2 912
F. Andere Verbindlichkeiten:			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	225 593,23		336
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	9 003 783,07		3 225
III. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern: EUR 3 361 831,43 (2010: 3 030 162,00) verbundene Unternehmen: EUR 174 401,61 (2010: 389 091,87)	4 278 682,19		4 145
		13 508 058,49	7 706
G. Rechnungsabgrenzungsposten		-	94
		144 704 089,23	139 683

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341 f und § 341 g HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist.

Dresden, den 21. März 2012

Der Verantwortliche Aktuar
Karsten Domke

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

Gesamtes Versicherungsgeschäft

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung:				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	119 170 432,57			133 044
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	44 945 045,55			42 612
		74 225 387,02		90 432
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	498 680,44			-901
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	695 047,90			211
		-196 367,46		-1 112
			74 029 019,56	89 320
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung			-21 768,73	-26
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			283 226,48	287
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung:				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle:				
aa) Bruttobetrag	89 414 747,35			100 631
bb) Anteil der Rückversicherer	35 391 841,93			38 710
		54 022 905,42		61 921
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle:				
aa) Bruttobetrag	-3 856 686,48			1 517
bb) Anteil der Rückversicherer	-5 440 601,07			578
		1 583 914,59		939
			55 606 820,01	62 860
5. Veränderung der sonstigen versicherungs- technischen Netto-Rückstellungen			-473 717,84	-2 515
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung			607 860,18	869
7. Aufwendungen für den Versicherungs- betrieb für eigene Rechnung:				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		32 467 696,35		36 521
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		13 459 096,93		12 706
			19 008 599,42	23 814
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			759 239,78	772
9. Zwischensumme			-1 218 324,24	3 781

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr TEUR
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			5 360 461,00	-3 577
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			4 142 136,76	204
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen:				
a) Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen EUR – (2010: 3 539,34)	127 620,38			36
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	3 911 499,29			3 639
c) Erträge aus Zuschreibungen	-			64
d) Gewinne aus Abgang von Kapitalanlagen	15 296,32			115
		4 054 415,99		3 854
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen:				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	173 829,49			151
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	960 860,40			1
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	13 828,04			15
		1 148 517,93		167
		2 905 898,06		3 687
3. Technischer Zinsertrag		-65 265,88		-65
			2 840 632,18	3 622
4. Sonstige Erträge		494 183,91		509
5. Sonstige Aufwendungen		2 324 158,77		2 759
			-1 829 974,86	-2 250
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			5 152 794,08	1 576
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		2 224 525,79		1 337
8. Sonstige Steuern davon Organschaftsumlage: EUR 7 322,35 (2010: 1 935,64)		9 640,35		3
			2 234 166,14	1 340
9. Jahresüberschuss			2 918 627,94	236
10. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			272 434,71	36
11. Bilanzgewinn			3 191 062,65	272

Anhang

Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden entsprechend den Vorschriften des HGB, des AktG, des VAG und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der zum 31.12.2011 geltenden Fassung aufgestellt.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

Aktiva

Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten aktiviert. Die Ermittlung des Zeitwertes erfolgte in zwei Fällen durch Anwendung der Equity-Methode. Für eine Beteiligung fand ein externes Wertgutachten Verwendung. Bei den übrigen Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen wurde der Zeitwert mit den Anschaffungskosten angesetzt. Investmentanteile und Inhaberschuldverschreibungen sind mit den um Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten aktiviert. Ihr Zeitwert wurde mit den zum Abschlussstichtag ermittelten Wertpapierkursen angesetzt. Am Bilanzstichtag erfolgte die Bewertung der im Umlaufvermögen befindlichen Wertpapiere nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die im Anlagevermögen befindlichen Wertpapiere wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, übrige Ausleihungen sowie Einlagen bei Kreditinstituten sind ebenfalls mit den um Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten ausgewiesen. Die Zeitwerte wurden durch die Barwertmethode bestimmt und gegebenenfalls um bonitätsabhängige Spreads angepasst. Im Zuge der Gesetzesänderung des § 341c HGB wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr von Nennwertbilanzierung auf Bilanzierung zu fortgeführten Anschaffungskosten umgestellt. Bei den auf fremde Währung lautenden Wertpapieren und Anteilen wurden alle Geschäftsvorgänge in der Originalwährung erfasst und zum jeweiligen Tageskurs (Devisenkassamittelkurs) in Euro umgerechnet. Zum Bilanzstichtag wurden die Forderungen und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger mit dem Devisenkassakurs umgerechnet. Die Gewinne und Verluste aus der Umrechnung werden gemäß § 256a HGB erfolgswirksam erfasst.

Wegen des allgemeinen Zahlungsausfallrisikos wurden die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer pauschal wertberichtigt.

Die Bewertung der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgte zu den Anschaffungskosten, vermindert um steuerlich zulässige Abschreibungen.

Passiva

Die Beitragsüberträge beim selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wurden nach der taggenauen Berechnungsmethode ermittelt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen berechnet. Die nicht übertragsfähigen Einnahmeteile wurden nach dem BMF-Erlass vom 30.04.1974 abgesetzt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde für jeden gemeldeten Schaden entsprechend der Sachlage laut Schadenmeldung geschätzt und mit fortschreitender Schadenermittlung jeweils den neuesten Erkenntnissen angepasst. Für Spätschäden wurde nach aktuariellen Methoden eine angemessene Rückstellung gebildet. Den bei der Abwicklung der offenen Schäden noch zu erwartenden Schadenregulierungsaufwendungen wurde durch Rückstellungen nach dem BMF-Erlass vom 02.02.1973 Rechnung getragen. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Der in der Rentendeckungsrückstellung enthaltene technische Zinsertrag umfasst die Zinszuführung zur Rentendeckungsrückstellung und wurde gemäß § 38 RechVersV dem versicherungstechnischen Bereich zugeordnet. Die Rückversichereranteile wurden entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Die Rückstellung für erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurde nach dem voraussichtlichen Bedarf gebildet und um den entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen ermittelten Anteil für das in Rückdeckung gegebene Geschäft vermindert.

Die Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen wurden nach § 29 und § 30 Abs. 1 RechVersV und den in der Anlage zu dieser Verordnung enthaltenen Vorschriften gebildet. Für in Rückdeckung übernommene Versicherungen von Terrorrisiken wurde nach § 30 Abs. 2a RechVersV eine Terrorrisikenrückstellung gebildet.

Grundlage für die Bemessung der Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften bildeten die nach dem Bilanzstichtag zu erwartenden Schäden und

Kosten, die in einigen Versicherungszweigen durch die Beiträge voraussichtlich nicht gedeckt werden können.

In der Höhe der voraussichtlich zurückzugewährenden Beiträge wegen Fortfalls oder der Verminderung des technischen Risikos wurde eine Stornorückstellung gebildet. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurden gemäß den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt.

Bei Pensionsrückstellungen erfolgte die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen nach § 253 Abs. 1 und 2 HGB mit dem Teilwertverfahren bzw. der PUC-Methode unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und einem Zinssatz von 5,13 %. Bei gehaltsabhängigen Pensionszusagen wurde eine erwartete Gehaltssteigerung von 3,0 % sowie eine Rentendynamik von 1,5 % zugrunde gelegt.

Die Rückstellung für zu erwartende Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen wurde unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 3,94 % sowie einem Entgelttrend von 2,0 % p.a. gebildet. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Verpflichtungen des Bestandes von zwei Jahren wurden berücksichtigt. Die Altersteilzeitrückstellung wurde mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung dieser Schuld dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet. Die entsprechenden Wertpapiere wurden gemäß § 253 Absatz 1 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet.

Die sonstigen Rückstellungen wurden nach dem voraussichtlichen Bedarf gebildet.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Das in Rückdeckung übernommene Geschäft wurde periodengerecht, sofern noch keine Abrechnungen vorlagen auf der Grundlage von Schätzungen, bilanziert.

Latente Steuern werden nicht ausgewiesen, da der bestehende Aktivüberhang unter Ausnutzung des Wahlrechts des § 274 HGB bilanziell nicht angesetzt wird. Die aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus der steuerlichen Nichtanerkennung der bestehenden Drohverlustrückstellung sowie Unterschieden zwischen handelsrechtlicher und steuerlicher Bewertung der Schaden- und Pensionsrückstellungen.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft ist Mitglied im „Verein Verkehrsofferhilfe e.V.“ und im Verein „Deutsches Büro Grüne Karte e.V.“. Daraus resultiert die Verpflichtung, die zur Durchführung des Vereinszwecks erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Haftung bemisst sich nach dem Anteil an der Beitragseinnahme, die die Mitgliedsunternehmen aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung jeweils im Geschäftsjahr erzielten.

Als Mitglied des Solidaritätspools der öffentlichen Versicherer zur Deckung von Terrorismusschäden haftet die Gesellschaft im Rahmen ihrer quotenmäßigen Beteiligung.

Gegenüber einem Unternehmen bestehen Verpflichtungen aus nicht eingezahltem Stammkapital in Höhe von 511 TEUR.

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Die Gesellschaft least selbst genutzte Teile des Verwaltungsgebäudes An der Flutrinne 12 in Dresden zur Durchführung des laufenden Geschäftsbetriebes. Aus diesem Vertrag werden keine Risiken erwartet.

Anhang

Entwicklung der Aktivposten A I bis II im Geschäftsjahr 2011

	Bilanzwerte Vorjahr TEUR	Zugänge TEUR	Umbuchungen TEUR
A I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	51	-	-
2. Beteiligungen	1 963	-	-
3. Summe B I.	2 014	-	-
A II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 995	3 012	-
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	48 536	7 152	-
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	26 000	3 220	82
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	27 450	5 189	-63
c) übrige Ausleihungen	2 000	-	
4. Einlagen bei Kreditinstituten	9 500	6 500	
5. Summe B II.	115 481	25 073	19
Insgesamt	117 495	25 073	19

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
-	-	-	51
-	-	-	1 963
-	-	-	2 014
-	-	234	4 773
11 537	-	726	43 425
1 031	-	-	28 271
27	-	-	32 549
-	-	-	2 000
1 000	-	-	15 000
13 595	-	960	126 018
13 595	-	960	128 032

Anhang

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Anteilsbesitz zum 31.12.2011	Anteil in %
Sparkassen-Versicherung Sachsen, Lebensversicherung AG, Dresden	0,16
Consal Beteiligungsgesellschaft AG, München	0,39
Deutsche Rückversicherung Aktiengesellschaft, Düsseldorf und Berlin	0,85
ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, Düsseldorf	0,50
☒ Direkt-Marketing GmbH & Co. KG, Halle/Saale	0,73
GDV Dienstleistungs-GmbH & Co. KG, Hamburg	0,12

Zeitwerte der Kapitalanlagen

Der Zeitwert der zu Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen betrug 125 221 TEUR (saldierte Lasten: 2 811 TEUR). In den Lasten der zu Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen enthalten sind nicht vorgenommene Abschreibungen bei festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 7 124 TEUR. Davon fallen 999 TEUR auf öffentlich garantierte Wertpapiere, 3 138 TEUR auf Pfandbriefe und 2 791 TEUR auf Rentenpapiere von Banken. Die verbleibenden 196 TEUR gehören zu Wertpapieren von Versicherungen. Von den Lasten wurden während der Erstellung des Jahresabschlusses 157 TEUR durch einen

Verkauf realisiert. Bei den anderen Investitionen wird davon ausgegangen, dass der Nennwert bei Fälligkeit gezahlt wird.

Währungsreserven

Zum Bilanzstichtag befanden sich mit Buchwert 1 398 TEUR Öffentliche Pfandbriefe in dänischen Kronen im Bestand. Darauf bestanden stille Reserven aus Fremdwährungen in Höhe von 3 TEUR.

	fortgeführte Anschaffungskosten 2011 TEUR	Zeitwert 2011 TEUR	Bewertungs- differenz 2011 TEUR
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	51	51	-
2. Beteiligungen	1 963	4 502	2 539
II. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4 773	4 932	159
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	43 425	39 946	-3 479
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	28 272	27 000	-1 272
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	32 548	32 067	-481
c) übrige Ausleihungen	2 000	1 723	-277
4. Einlagen bei Kreditinstituten	15 000	15 000	-
Insgesamt	128 032	125 221	-2 811

Nicht zum Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Bilanzposition	Struktur	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR
A.II.2	Floater mit Kündigungsrecht	998	869
A.II.3b	Floater mit Kündigungsrecht	450	384

Staatsanleihen in PIIGS-Staaten

	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR
Portugal	1 000	552
Italien	1 001	892
Griechenland	244	244
Insgesamt	2 245	1 688

Das politische Bemühen, die Schuldenkrise der EU-Staaten nachhaltig beherrschbar zu machen, ist nach wie vor vorhanden. Sowohl der ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) als auch der EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) stellen geeignete Mittel dar, die europäische Schuldenkrise nachhaltig überwinden zu können. Unterstützung wird darüber hinaus noch von Seiten des IWF (Internationaler Währungsfonds) erwartet.

Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass auf den Staatsanleihen der Peripheriestaaten lediglich nicht dauernde Wertminderungen lasten. Eine Ausnahme zu der getätigten Aussage stellt Griechenland dar. Hier muss zwingend von einer dauernden Wertminderung ausgegangen werden. Dem folgend erfolgt eine Abschreibung auf den Marktwert.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 6 136 TEUR. Es ist eingeteilt in 12 000 auf den Namen lautende Aktien zu je 1000,00 DM (511,29 EUR). Diese sind in voller Höhe eingezahlt. Das Aktienkapital hält mit 100 % die S.V. Holding AG, Dresden. Die Mitteilung nach § 20 AktG ist der Gesellschaft ordnungsgemäß zugegangen.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die S.V. Holding AG, Dresden, hat der Gesellschaft im Jahr 2006 zur Stärkung der Kapitalausstattung ein Nachrangdarlehen in Höhe von 4 000 TEUR mit einer Laufzeit von 10 Jahren gewährt.

Anhang

Sonstige Rückstellungen

Rückstellung für Altersteilzeit	TEUR
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	86
Beizulegender Zeitwert der verrechneten Vermögensgegenstände	88
Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden	330
Gebildete Rückstellungen für Altersteilzeit	244

Sonstige Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren existieren nicht.

Versicherungstechnische Positionen

Gesamtgeschäft

	2011 EUR	2010 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	119 170 432,57	133 044 471,12
verdiente Bruttobeiträge	119 669 113,01	132 142 932,68
verdiente Nettobeiträge	74 029 019,56	89 320 276,42
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	85 558 060,87	102 147 893,74
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	32 467 696,35	36 521 233,48
Rückversicherungssaldo	-2 229 755,66	9 171 553,12
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	4 142 136,76	204 520,18
versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen	144 717 423,50	155 283 119,26
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	98 152 179,01	102 008 865,49
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	29 534 029,00	34 894 490,00
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	626 094	588 897

Von den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb entfallen 12 348 TEUR auf Abschlussaufwendungen und 20 120 TEUR auf Verwaltungsaufwendungen.

Die versicherungstechnischen Brutto-Rückstellungen beinhalten eine Rückstellung für drohende Verluste in Höhe von 4 300 TEUR.

Die Abwicklungsgewinne brutto betragen 4,7 (9,0) % der verdienten Bruttobeiträge, die Abwicklungsgewinne für eigene Rechnung betragen 8,7 (9,2) % der verdienten Beiträge für eigene Rechnung. Sie haben sich überwiegend in den Versicherungszweigen Kraftfahrt, Feuer und Unfall ergeben.

Gesamtes selbst abgeschlossenes Geschäft

	2011 EUR	2010 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	114 768 966,11	106 296 731,07
verdiente Bruttobeiträge	115 561 226,26	105 920 362,25
verdiente Nettobeiträge	69 921 132,81	63 336 705,99
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	83 628 388,85	89 381 930,57
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	26 445 825,38	23 606 234,90
Rückversicherungssaldo	-2 229 755,66	9 449 525,78
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	3 196 050,52	182 322,55
versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen	140 295 309,18	146 292 924,69
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	98 007 221,48	101 872 136,00
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	26 660 443,00	27 151 016,00
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	626 094	588 897

Kraftfahrzeug-Haftpflicht

	2011 EUR	2010 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	37 783 187,83	34 248 263,77
verdiente Bruttobeiträge	37 773 746,01	34 751 439,63
verdiente Nettobeiträge	22 138 339,15	20 574 750,27
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	33 046 837,41	36 321 458,05
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	5 531 184,06	4 873 981,88
Rückversicherungssaldo	-990 478,89	3 052 449,60
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	-2 221 475,24	-3 314 092,01
versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen	64.070.255,51	68 922 686,69
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	61 042 678,00	65 963 966,00
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	-	-
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	116 307	109 233

Anhang

Sonstige Kraftfahrt

	2011 EUR	2010 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	20 332 282,14	17 463 256,21
verdiente Bruttobeiträge	20 320 590,77	17 461 323,01
verdiente Nettobeiträge	13 717 139,77	11 693 878,50
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	17 847 607,87	17 534 252,66
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	3 917 956,65	3 362 804,49
Rückversicherungssaldo	666 612,61	1 481 581,70
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	-827 877,22	-1 620 174,56
versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen	6 572 547,13	6 339 964,00
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	3 929 113,00	4 038 117,00
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	827 000,00	863 000,00
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	77 220	70 463

Haftpflicht

	2011 EUR	2010 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	11 223 636,89	10 460 458,74
verdiente Bruttobeiträge	11 135 606,78	10 265 933,95
verdiente Nettobeiträge	6 583 057,99	6 045 715,22
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	5 393 303,82	4 173 721,06
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	4 319 127,54	3 938 934,46
Rückversicherungssaldo	-706 956,41	-934 431,15
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	505 295,36	1 463 855,03
versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen	16 395 315,89	14 247 008,46
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	8 452 810,00	6 596 289,00
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	5 603 443,00	5 380 016,00
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	115 921	111 502

Verbundene Wohngebäude

	2011 EUR	2010 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	10 489 843,87	10 068 647,98
verdiente Bruttobeiträge	10 360 646,32	9 870 753,78
verdiente Nettobeiträge	5 812 817,50	5 583 857,37
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	6 832 712,60	9 227 590,93
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	2 530 587,18	2 549 700,30
Rückversicherungssaldo	-684 918,29	1 962 745,22
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	19 312,91	-669 397,24
versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen	12 193 769,58	12 835 373,00
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	3 786 742,00	4 620 641,00
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	5 584 000,00	5 047 000,00
Anzahl selbst abgeschlossener mindestens einjähriger Versicherungsverträge	31 868	30 392

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

	2011 EUR	2010 EUR
gebuchte Bruttobeiträge	4 401 466,46	26 747 740,05
verdiente Bruttobeiträge	4 107 886,75	26 222 570,43
verdiente Nettobeiträge	4 107 886,75	25 983 570,43
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	1 929 672,02	12 765 963,17
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	6 021 870,97	12 914 998,58
Rückversicherungssaldo	-	-277 972,66
versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	946 086,24	22 197,63
versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen	4 422 114,32	8 990 194,57
davon		
- Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	144 957,53	136 729,49
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen	2 873 586,00	7 743 474,00

Anhang

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

	2011 TEUR	2010 TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	15 658	13 614
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	-	-
3. Löhne und Gehälter	6 210	5 589
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	1 104	1 012
5. Aufwendungen für Altersversorgung	47	58
6. Aufwendungen insgesamt	23 019	20 273

Sonstige Angaben

Im Laufe des Geschäftsjahres waren durchschnittlich 141 Innendienst-Mitarbeiter angestellt.

Der Vorstand hat seine Bezüge von der Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG, Dresden, erhalten. Es erfolgte eine Dienstleistungsverrechnung.

Die Aufsichtsratsvergütungen betragen 75 TEUR.

Aufsichtsrat und Vorstand sind auf Seite 73 aufgeführt.

Der Jahresabschluss der Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Sachsen-Finanzgruppe, Leipzig, einbezogen. Dieser wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Für das Geschäftsjahr wurden vom Abschlussprüfer 70 TEUR für Abschlussprüfungsleistungen und 8 TEUR für Steuerberatungsleistungen berechnet. Übrige Leistungen gemäß § 285 Nr. 17 b) bis d) HGB wurden nicht in Anspruch genommen.

Dresden, den 23. April 2012

Sparkassen-Versicherung Sachsen
Allgemeine Versicherung AG



Gerhard Müller



Hans-Jürgen Büdenbender



Friedrich Scholl

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Dresden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit

und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt ein insgesamt zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 24. April 2012

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Roland Oppermann
Wirtschaftsprüfer

Rüdiger Hildebrandt
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Gesellschaft ständig überwacht und sich über deren Lage und Entwicklung durch mündliche und schriftliche Berichte des Vorstands unterrichten lassen.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011 sind durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, geprüft und mit den ordnungsgemäß geführten Büchern, den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung in Übereinstimmung befunden worden. Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsbericht, aufgrund dessen der Abschluss mit dem gesetzlichen Bestätigungsvermerk versehen wurde, Kenntnis genommen und erhebt keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht des Vorstands. Er ist mit dem Vorschlag des Vorstands über die Verwendung des Bilanzgewinns einverstanden und empfiehlt der Hauptversammlung, entsprechend zu beschließen.

Der Jahresabschluss ist hiermit festgestellt.

Dem Aufsichtsrat hat der Bericht des Vorstands über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen nach § 312 AktG vorgelegen. Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

Die KPMG AG hat diesen Bericht ebenfalls geprüft und folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat zu dem Ergebnis der Prüfung der KPMG AG keine Anmerkungen und erhebt keine Einwendungen gegen die im Lagebericht des Vorstands enthaltene Schlusserklärung.

Dresden, den 30. Mai 2012

Der Aufsichtsrat

Joachim Hoof
Vorsitzender



**Beiräte, Bezirksdirektionen
Gruppe öffentlicher Versicherer**

Beiräte	110
Bezirksdirektionen	112
Gruppe öffentlicher Versicherer	113

Sparkassenbeirat

Marian Peter Badura	stv. Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Chemnitz
Martin Bücher	Mitglied des Vorstands der Sparkasse Leipzig
Andreas Fohrmann	Mitglied des Vorstands der Sachsen Bank (bis 29.02.2012)
Frank Hensel	Mitglied des Vorstands der Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien
Gerald Iltgen	Mitglied des Vorstands der Kreissparkasse Bautzen
Heribert Kosfeld	stv. Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Mittelsachsen (bis 31.01.2011)
Uwe Krahl	Mitglied des Vorstands der Kreissparkasse Döbeln
Andrea Kriebel	Mitglied des Vorstands der Sparkasse Meißen
Wolfgang Kuhs	Mitglied des Vorstands der Sparkasse Vogtland
Heiko Lachmann	Mitglied des Vorstands der Ostsächsischen Sparkasse Dresden
Paul Joachim Lemmermeyer	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Zwickau
Roland Manz	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Erzgebirge (ab 01.01.2012 Erzgebirgssparkasse)
Heidrun Naumann	Vorsitzende des Vorstands der Sparkasse Muldental
Manfred Preiß	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Mittleres Erzgebirge (ab 01.01.2012 Erzgebirgssparkasse)
H.-Ferdinand Schramm	Mitglied des Vorstands der Sparkasse Mittelsachsen
Ulrich Wolff	Mitglied des Vorstands der Kreissparkasse Aue-Schwarzenberg (ab 01.01.2012 Erzgebirgssparkasse)
Wolfgang Zender	Verbandsgeschäftsführer des Ostdeutschen Sparkassenverbandes

Kommunalbeirat

Michael Czupalla	Landrat des Landkreises Nordsachsen Vorsitzender des Verbandsvorstandes und Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbandes
Michael Geisler	Landrat des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
Dr. Gerhard Gey	Landrat des Landkreises Leipzig
Michael Jacobs	Bürgermeister der Stadt Heidenau
Dr. Fritz Jaeckel	Abteilungsleiter in der Sächsischen Staatskanzlei (ab 01.12.2011)
Burkhard Jung	Oberbürgermeister der Stadt Leipzig (ab 01.07.2011)
Bettina Kudla	Mitglied des Deutschen Bundestages, Abgeordnete des Wahlkreises Leipzig der CDU
Bernd Lange	Landrat des Landkreises Görlitz
Dr. Tassilo Lenk	Landrat des Vogtlandkreises, Präsident des Sächsischen Landkreistages e.V.
Barbara Ludwig	Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz (ab 01.07.2011)
Eva-Maria Möbius	Oberbürgermeisterin der Stadt Oelsnitz/Vogtland (bis 30.01.2012)
Detlef Nonnen	Bürgermeister und Kämmerer der Stadt Chemnitz (bis 30.06.2011)
Helma Orosz	Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Dresden
Friedrich Schlosser	Oberbürgermeister der Stadt Flöha
Volker Uhlig	Landrat des Landkreises Mittelsachsen (ab 01.12.2011)
Ingolf Wappler	Bürgermeister der Stadt Lengefeld (bis 30.06.2011)
Dr. Michael Wilhelm	Staatssekretär des Sächsischen Staatsministeriums des Inneren (ab 01.07.2011)

Bezirksdirektionen

Bezirksdirektion Chemnitz
Uferstraße 48
09126 Chemnitz
Tel. 0371 53914-0
Fax 0371 53914-13
E-Mail bd-chemnitz@sv-sachsen.de

Bezirksdirektion Dresden
Wasastraße 8
01219 Dresden
Tel. 0351 41747-0
Fax 0351 41747-20
E-Mail bd-dresden@sv-sachsen.de

Bezirksdirektion Leipzig
Markt 7
04109 Leipzig
Tel. 0341 90473-0
Fax 0341 90473-23
E-Mail bd-leipzig@sv-sachsen.de

Gruppe öffentlicher Versicherer

BGV Badische Versicherungen

Badische Allgemeine Versicherung AG, Karlsruhe

Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Karlsruhe

BGV-Versicherung AG, Karlsruhe

Badische Rechtsschutzversicherung AG, Karlsruhe

Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt, Detmold

Öffentliche Versicherung Braunschweig

Öffentliche Sachversicherung, Braunschweig

Öffentliche Lebensversicherung, Braunschweig

Öffentliche Versicherungen Oldenburg

Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg

Öffentliche Lebensversicherungsanstalt, Oldenburg

ÖSA – Öffentliche Versicherungen Sachsen-Anhalt

ÖSA – Öffentliche Feuerversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg

ÖSA – Öffentliche Lebensversicherung Sachsen-Anhalt, Magdeburg

ÖVB – Öffentliche Versicherung Bremen

Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse, Aurich

Provinzial NordWest-Gruppe

Provinzial NordWest Holding AG, Münster

Westfälische Provinzial Versicherung AG, Münster

Provinzial NordWest Lebensversicherung, Kiel

Landesdirektion Kiel

Landesdirektion Münster

Provinzial Nord Brandkasse Aktiengesellschaft, Kiel

Vertriebs- und Verwaltungsgemeinschaft der Hamburger Feuerkasse und der Provinzial, Hamburg

Gruppe öffentlicher Versicherer

Provinzial Rheinland Konzern

Provinzial Rheinland Holding, Düsseldorf

Provinzial Rheinland Versicherung AG, Düsseldorf

Provinzial Rheinland Lebensversicherung AG, Düsseldorf

Sparkassen Direktversicherung AG, Düsseldorf

Sparkassen-Versicherung Sachsen

Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden

Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG, Dresden

Sparkassenversicherung Konzern

SV Sparkassenversicherung Holding AG, Stuttgart

SV Sparkassenversicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart

SV Sparkassenversicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart

Versicherungskammer Bayern Konzern

Versicherungskammer Bayern, Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München

Bayerische Landesbrandversicherung Aktiengesellschaft, München

Bayerischer Versicherungsverband Versicherungsaktiengesellschaft, München

Bayern-Versicherung Lebensversicherung Aktiengesellschaft, München

Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung Aktiengesellschaft, München

SAARLAND Feuerversicherung AG, Saarbrücken

SAARLAND Lebensversicherung AG, Saarbrücken

Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG, Berlin

Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg AG, Berlin

OVAG Ostdeutsche Versicherung AG, Berlin

VGH Versicherungen

Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover

Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover

Provinzial Krankenversicherung Hannover AG, Hannover

Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover

Gemeinsame Versicherungs- und Dienstleistungsunternehmen

Consal Beteiligungsgesellschaft Aktiengesellschaft, München

Bayerische Beamtenkrankenkasse AG, München

Union Krankenversicherung Aktiengesellschaft, Saarbrücken

Union Reiseversicherung Aktiengesellschaft, München

CombiRisk Risk-Management GmbH, München

Deutsche Assistance Versicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf

Deutsche Rückversicherung Aktiengesellschaft, Düsseldorf und Berlin

D.R.S. Deutsche Rechtsanwalts Service GmbH, Düsseldorf

DR Swiss Deutsche Rückversicherung Schweiz AG, Zürich

GaVI Gesellschaft für angewandte Versicherungs-Informatik mbH, Mannheim

Heubeck AG, Köln

IFS Umwelt und Sicherheit GmbH, Kiel

Institut für Schadenverhütung und Schadenforschung der öffentlichen Versicherer e.V. (IFS), Kiel

ivv – Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH, Hannover

Mehrwert Service GmbH, Düsseldorf

ÖBAV Servicegesellschaft für betriebliche Altersversorgung öffentlicher Versicherer mbH, Düsseldorf

OEV Online Dienste GmbH, Düsseldorf

Gruppe öffentlicher Versicherer

ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-Aktiengesellschaft, Düsseldorf

ÖRAG Service GmbH, Düsseldorf

Reha Assist Deutschland GmbH, Meschede

Sparkassen-PensionsManagement GmbH, Köln

Sparkassen Pensionsfonds AG, Köln

Sparkassen Pensionskasse AG, Köln

SV Informatik GmbH, Mannheim

Verband öffentlicher Versicherer, Berlin und Düsseldorf

VersAM Versicherungs-Assetmanagement GmbH, Münster

West Pensionsfonds AG, Düsseldorf



Impressum

Herausgeber

Sparkassen-Versicherung Sachsen
An der Flutrinne 12
01139 Dresden
Telefon: 0351 4235-0
Telefax: 0351 4235-555
E-Mail: e-mail@sv-sachsen.de
Internet: www.sv-sachsen.de

Verantwortlich/Redaktion

Sparkassen-Versicherung Sachsen
Bereich Rechnungswesen
Bereich Marketing

Konzept/Layout

Sparkassen-Versicherung Sachsen
Bereich Marketing

Druck

WDS Pertermann GmbH, Dresden

Gedruckt auf

umweltfreundlichem Papier
(Galaxi Keramik)

Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG
Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG
An der Flutrinne 12 · 01139 Dresden
Telefon: 0351 4235-0 · Telefax: 0351 4235-555
E-Mail: e-mail@sv-sachsen.de · www.sv-sachsen.de

